

Einheit und Widerspruch
Theoretisches und Diskussionsorgan der Partei der Arbeit Österreichs

Heft 6 – Juni 2018

Impressum

Partei der Arbeit Österreichs (PdA)

pda@parteiderarbeit.at

www.parteiderarbeit.at

Bennoplatz 6/Eingang Bennogasse 7

1080 Wien

© bei den Autoren

Wien, 2018

Eigenverlag

Herstellung: Frick Kreativbüro & Onlinedruckerei e.K., Krumbach

Einheit und Widerspruch

**Theoretisches und Diskussionsorgan
der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)**

Heft 6 – Juni 2018

Inhalt

- 7 Editorial
Von Gerfrid Tschinkel für die Redaktion
- 11 Widerstand, Klassenkampf, Solidarität
Resolution des 3. Parteitages der Partei der Arbeit Österreichs (PdA)
- 25 Bericht der internationalen Kommission des Parteivorstandes
an den 3. Parteitag
Von Georgios Kolias für den Parteivorstand der PdA
- 31 100 Jahre Kommunismus in Österreich:
Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft
Von Tibor Zenker
- 56 Die marxistische Philosophie
Von Helmuth Fellner
- 74 Die PdA an der Spitze des Klassenkampfes
Von Georgios Kolias
- 87 Die PdA als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse
Von Georgios Kolias
- 92 Zwei Seiten einer Medaille – Über „transformatorische
Tagträume“ in der Steiermark und im Bund
Von Dominik Maier
- 99 Kapitalismus auf der Überholspur?
Von Matthias Koderhold
- 107 Die Organisation der Dialektiker
Von Peter Ostertag und Dominik Maier
- 115 Was werden die griechischen Kommunisten im Falle eines
Krieges tun?
Von Nikos Mottas

Editorial

Von Gerfried Tschinkel für die Redaktion

Friedrich Engels schreibt in einem aufschlussreichen Brief an Conrad Schmidt im Oktober 1890: *„Es ist mit den ökonomischen, politischen und andern Reflexen ganz wie mit denen im menschlichen Auge, sie gehn durch eine Sammellinse und stellen sich daher verkehrt, auf dem Kopf, dar. Nur dass der Nervenapparat fehlt, der sie für die Vorstellung wieder auf die Füße stellt. (...) Wie im Geldmarkt sich die Bewegung des Industriemarkts im ganzen und großen (...) widerspiegelt, und natürlich verkehrt, so spiegelt sich im Kampf zwischen Regierung und Opposition der Kampf der vorher schon bestehenden und kämpfenden Klassen wider, aber ebenfalls verkehrt, nicht mehr direkt, sondern indirekt, nicht als Klassenkampf, sondern als Kampf um politische Prinzipien, und so verkehrt, dass es Jahrtausend gebraucht hat, bis wir wieder dahinterkamen.“*

Wie undurchsichtig das politische Geschehen auch heute ist, zumal demgegenüber der ökonomische Hintergrund verblasst, zeigt sich etwa daran, wie sich die Regierungspartei FPÖ „bemüht“, als frei von rechts-extremen Elementen dazustehen. Womit sie sich als weniger angreifbaren Vertreter des Finanzkapitals etablieren will. Der Protest gegen die FPÖ als rechtsextreme Partei drückt sich also auch darin aus, dass die FPÖ erstrecht ungeniert als unbedenklicher Vollstrecker imperialistischer Interessen auftritt und sich dabei durchaus auch frei macht von eigenen „Prinzipien“. Wenn auch nur zum Schein. *„Bekundet wird Zustimmung, hinter vorgehaltener Hand werden aber auch Zweifel geäußert, ob man nicht das Geschäft des politischen Gegners betreibe.“* (FAZ 15.2.2018) Was so als „Entgegenkommen“ erscheint, ist in Wirklichkeit das Gegenteil davon, die Absicherung der Herrschaftsausübung. Der Klasseninhalt der Politik, welche die FPÖ betreibt, ist derselbe, wenngleich er direkter zur Geltung kommen mag und so doch erst recht verhüllt bleibt.

Auch weil die Politik eine relativ eigenständige Bewegung gegenüber den Klassenkämpfen durchmacht, es scheinbar um die bloße Konkur-

renz der besseren Ideen gehe, wird die politische Auseinandersetzung, wie sie die herrschende Klasse führt, nicht als direkter Angriff des Kapitals gegen die unterdrückte Klasse wahrgenommen. Umso mehr gilt es, politische Gegenangriffe so zu führen, dass durch Losungen und Aktionen der Zusammenhang von unmittelbarem ökonomischen Interesse der Arbeiterklasse und ihrer notwendigen Opposition gegenüber der herrschenden Politik vorgeführt wird.

Denn womit wir es durch die Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ zu tun haben, ist, trotz aller „*Nebelgranaten*“, die „*zur Kaschierung der sozialen Grausamkeiten*“ dienen sollen, eine „*Verschärfung der Langzeitoffensive des Kapitals*“. So steht es in der Resolution des 3. Parteitages der Partei der Arbeit Österreichs, der am 17. Februar 2018 in Wien stattfand. „*Diese Regierung ist von der Ansicht des rabiatesten Flügels der Unternehmerschaft getrieben, dass die Interessenvertretungen der arbeitenden Menschen geschwächt, wenn möglich sogar zerschlagen werden müssen.*“ Aufgabe der PdA ist es nicht nur, zur Erkenntnis zu verhelfen, dass die Geschichte der Menschheit eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, sondern auch, die Arbeiterklasse zu organisieren, oder besser zur „*Selbstorganisation der arbeitenden und arbeitslosen, der jungen und alten, der prekär beschäftigten sowie der in normalen Arbeitsverhältnissen stehenden Menschen beizutragen.*“

Sosehr auch die Regierung momentan auf einem Konjunkturhoch reitet, „*zu dem sie nichts beigetragen hat*“ (Otto Bruckner), mit diesem Rückenwind wird sie auf Dauer nicht rechnen können. So schön das Gerede vom Aufschwung der Wirtschaft auch ist, nach dem kleinen Lüftchen geht es bald auch wieder bergab. Dies sieht zumindest Matthias Koderhold so, wenn er schreibt, dass mit „*dem für 2019 prognostizierten Abflauen der Weltwirtschaft (...) auch schon das Ende des aktuellen Konjunkturzyklus in Österreich eingeläutet*“ wird.

Fragen der Strategie und der langfristigen politischen Orientierung sind gerade angesichts dessen von hoher Aktualität. In dieser Ausgabe der Einheit und Widerspruch erscheinen zwei Beiträge, welche die Strategiedebatte der PdA fortsetzen, und zwar auf einer etwas anderen Ebene als bisher. Das heißt, zum einen, orientiert an unmittelbar

praktischen Aufgabenstellungen unserer Partei (Georgios Kolias), sowie, zum anderen, in direkter Auseinandersetzung mit den illusionären Vorstellungen der KPÖ Steiermark (Dominik Maier).

Dies betreffend lohnt es sich natürlich auch, die Erfahrungen aus den Kämpfen zu berücksichtigen, welche die jetzt hundertjährige Geschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich ausmachen. Hierzu hat Tibor Zenker einen spannenden Streifzug unternommen. Denn, wie Marx und Engels schon in „Die deutsche Ideologie“ betonten: *„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“*

Natürlich begehen auch wir den 200. Geburtstag von Karl Marx. Allerdings nicht so wie es rundum üblich ist, mit dem Abfeiern des unnahbaren Genies, um sein Werk zum hunderttausendstenmal zu Tode zu zerpfücken. Sodass nichts mehr übrigbleibt als ein paar akademische Phrasen, mit denen sich die Bewohner des Elfenbeinturms selbst beruhigen. Diese wollen sich dessen versichern, dass der Klassenkampf ein für allemal aus dem „Marxismus“ verbannt sei und haben bei allen selbstkritischen Bedenken übersehen, dass sie sich längst selbst *„herrschaftlich organisiert“* haben. Solch ein *„Marxismus“*, der vor allem der *„Selbstbeobachtung der bürgerlichen Gesellschaft“* dient, kann nicht revolutionär und gesellschaftsverändernd wirken, zumal er von der menschlichen Praxis abgetrennt ist. Weder muss sich die Theorie an der Praxis messen noch begreift sie diese. Die *„Neue Marx-Lektüre“*, so Georg Fülberth, nimmt *„ihren Ausgangspunkt nicht von der Realität außerhalb des Textes“*. Als gäbe es eine Selbstbewegung der Theorie, die absolut nicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse rückgeführt werden könne.

Helmuth Fellner erinnert indes daran, dass der Marxismus vor allem auch eines ist, Materialismus. Und dass die Gedankenprodukte eine Widerspiegelung der unabhängig vom Bewusstsein existierenden materiellen Wirklichkeit sind. Die materielle Welt, so auch die

gesellschaftlichen Verhältnisse, sind primär, das Bewusstsein davon abgeleitet. Das Denken, der Geist, das Ideelle zeugen nicht aus sich heraus die Bewegung der Welt und noch nicht einmal die Bewegung des Begriffs. Der Idealismus ist jedoch *„nicht schlechthin unsinnig, sondern eine verkehrte Widerspiegelung der Wirklichkeit (...)“*.

Die Praxis muss Prüfstein des Denkens sein. Solange das Denken Kopf steht, bewegen sich die Füße nicht.

Widerstand, Klassenkampf, Solidarität

Resolution des 3. Parteitages der Partei der Arbeit Österreichs, Wien, 17. Februar 2018

„Die Partei des Widerstands, des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität – PdA“

Der Kapitalismus als weltweit dominantes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hat eine in dieser Dimension wohl einmalige Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Hoffnung und Verzweiflung, zwischen maßlosem Überfluss und massenhafter Verelendung entstehen lassen. Eine Supergruppe von rund 150 transnationalen Konzernen kann heute aufgrund intensiver Verflechtungen über Beteiligungen, Personalüberschneidungen und Kreditbeziehungen auf etwa 40 Prozent der Weltwirtschaft entschieden Einfluss nehmen.

Das Monopolkapital in Form „Transnationaler Konzerne“ (TNK) ist bestrebt, überall auf der Welt Zugriff auf Rohstoffe zu erlangen, Absatzmärkte zu erschließen, Investitionsmöglichkeiten zu finden und die billigste Arbeitskraft auszubeuten.

Das internationale, ja weltweite Betätigungsfeld der TNKs bedeutet jedoch nicht, dass sie keine nationale Basis mehr hätten. Bloß vereinzelt gibt es tatsächlich Konzerne multi- oder zumindest binationalen Charakters. Hingegen haben so gut wie alle großen TNKs einen klar nationalen Charakter und eine entsprechende Mehrheitseigentümerstruktur. Somit haben sie auch immer einen bestimmten Nationalstaat als Heimatbasis. Dieser jeweilige Nationalstaat, dieser jeweilige nationale Imperialismus, hat die Aufgabe, die Interessen seiner Konzerne in politischer, diplomatischer, juristischer und letztendlich militärischer Hinsicht zu vertreten und durchzusetzen, im Inneren, vermehrt aber auch nach außen und dies weltweit.

Weder die Internationalisierung noch imperialistische Bündnisse noch imperialistische Bündnisse höherer Qualität wie die EU heben die grundsätzliche innerimperialistische Konkurrenzsituation auf. So geht es um den permanenten Kampf um Einflussgebiete, Rohstoffe, Anlagensphären und Marktanteile unter den imperialistischen Staaten.

Die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der imperialistischen Mächte führt immer wieder dazu, dass vorläufige Machtverhältnisse neu zu ordnen sind. Immer wieder geht es um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Großmächten und ihren Verbündeten.

Mit dem „Zusammenbruch“ der Sowjetunion und der sozialistischen Länder Europas endete jene Periode weltpolitischer „Bipolarität“ (als Konfrontation des Imperialismus mit dem Sozialismus), wie sie sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hatte.

Hatte es in den 1980er bis Anfang der 1990er Jahre den Anschein, als käme es zu einer kapitalistischen „Triade“ mit den imperialistischen Zentren USA, Japan und EU als zentralen Akteuren, blieb es bei einer innerimperialistischen Dominanz der USA. Nicht zuletzt auch deshalb, weil Japan seit der Krise 1990 in einer chronischen Dauerstagnation steckt.

Wir befinden uns heute inmitten eines Übergangs zu einer neuen „Multipolarität“ (imperialistischer Kräfte). Diese ist vor allem gekennzeichnet durch massive Verschiebungen in den global-ökonomischen Kräfteverhältnissen, v.a. charakterisiert durch den Aufstieg Chinas und der großen Schwellenländer sowie den Abstieg des Metropolenkapitalismus.

Kapitalismus bedeutet Zerstörung und Krieg

„Multipolarität“ soll jedoch nicht heißen, dass es zu einem Gleichgewicht der Kräfte käme und die Interessen verschiedener imperialistischer Staaten dadurch gezügelt würden. Diese Konstellation trägt erhebliches Potenzial einer neuen großen, weltweiten kriegerischen

Konfrontation in sich, die mit den Mitteln der Politik, aber auf verschiedenen Schauplätzen der Welt auch bereits militärisch ausgetragen wird.

Die Partei der Arbeit Österreichs sieht die Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse und ihre entschiedensten Organisationen und Parteien, die kämpferischen Gewerkschaften, kommunistische und sozialistische Jugend- und Frauenorganisationen und schließlich die kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder und Kontinente sich auf die Möglichkeit eines kommenden umfassenden imperialistischen Krieges vorbereiten. Diese Gefahr wird verstärkt durch die Unberechenbarkeit und Kriegsrhetorik der gegenwärtigen US-Administration unter Präsident Trump.

Wir sehen die Aufgabe der kommunistischen und Arbeiterparteien darin, sich jedem nationalistischen Chauvinismus und dem Klima der Feindseligkeit der Völker untereinander entgegenzustellen, und den Menschen die Überwindung der kapitalistischen Barbarei und Kriegstreiberei durch den Kampf für die Geschwisterlichkeit der Menschen und der Völker in einer sozialistischen Welt als lohnendes Ziel aufzuzeigen.

Die weltweiten Klassenunterschiede in Bezug auf Einkommen und Wohlstand haben sich durch die kapitalistische Krise seit 2007 noch verschärft. So besitzen heute 1% der Weltbevölkerung 50% des weltweiten Reichtums, während die ärmsten 75% nur 3% besitzen. 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt und 3,5 Millionen Kinder sterben jedes Jahr an den Folgen von Unterernährung.

Der Kapitalismus ist dabei, in fortschreitendem Tempo die Lebensgrundlagen der Menschheit zu zerstören. Allein die Luftverschmutzung, etwa durch den Verkehr oder offene Feuer verursacht, steht in Zusammenhang mit 6,5 Millionen Todesfällen jährlich. Die zweitgrößte Gefahr ist verschmutztes Wasser, durch das Infektionen übertragen werden und an dem jedes Jahr 1,8 Millionen Menschen sterben. Die zunehmende Zerstörung der Erdatmosphäre durch Treibhausgase, der rücksichtslose Raubbau an der Natur etwa durch Abholzung

riesiger Waldflächen zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen und Tiere. Die Produktion von Billigfleisch für die westlichen Industrienationen in riesigen Tierfabriken befördert zusätzlich die Vernichtung von Regenwald zur Produktion von Soja für die Tiernahrung. Auch die Erzeugung von Treibstoffen aus Pflanzen benötigt immer mehr Flächen, die gerade in Ländern der so genannten „Dritten Welt“ zur Ernährung der Menschen fehlen.

Widerstand von unten gegen die Regierung des Kapitals

Die Partei der Arbeit Österreichs schätzt die Bildung der österreichischen Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ im Dezember 2017 als Verschärfung der Langzeitoffensive des Kapitals ein. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen und Reformen würde zu einer unmittelbaren Verschlechterung der Arbeits- und Lebensumstände der breiten Mehrheit der Bevölkerung führen. Das wichtigste Ziel der Regierung ist es, die Position des Kapitals im Land zu stärken. Mit dem 12-Stunden-Arbeitstag und der 60-Stunden-Arbeitswoche – schon seit Längerem eine Realität für viele Werktätige in etlichen Branchen – kehren wir zu Verhältnissen zurück, die man einst als längst überholt betrachtete. Neben den Arbeitsrechten werden auch verstärkt ebenfalls hart erkämpfte demokratische Rechte bedroht. Die Besetzung kritischer Ministerposten, die den bewaffneten Arm des bürgerlichen Staates verwalten und leiten sollen, durch einige der reaktionärsten Mitglieder des bürgerlichen politischen Personals dieses Landes ist definitiv eine alarmierende Entwicklung. Ein Schwerpunkt dieser Regierung, der als Nebelgranate zur Kaschierung der sozialen Grausamkeiten dienen soll, ist auch die Restriktion in der Flüchtlingspolitik. Unterstützungsleistungen sollen gekürzt, das Menschenrecht auf Schutz weitgehend abgeschafft werden.

Die ersten Proteste, vor allem aber die Großdemonstration vom 13. Jänner 2018 in Wien, an der bis zu 70.000 Menschen teilnahmen, zeigt, dass es viele, vor allem auch unorganisierte Menschen gibt, die dieser unsozialen Regierungspolitik Widerstand entgegensetzen. Dies ist ein ermutigendes Zeichen dafür, dass Widerstand von unten entsteht. Immer mehr Menschen sehen, dass es keinen Sinn hat, sich auf

die bürgerlichen Oppositionsparteien zu verlassen oder ihnen sogar die Initiative zu überlassen. Sicher ist, dass im Rahmen der Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und den verschiedenen Kapitalfraktionen unterschiedliche Kräfte versuchen werden, den Frust und den Zorn der Bevölkerung in ihrem Interesse auszunutzen. Die SPÖ versucht jetzt schon, sich als „progressive“ und „arbeiterfreundliche“ Opposition und Alternative aufzustellen, um die Werktätigen innerhalb des bestehenden Systems gefangen zu halten. Mit ihrer Dominanz innerhalb der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung bleibt sie schließlich weiterhin die entscheidende Stütze des Kapitals, die sie immer war, indem sie jeden Protest und Kampf im Vorhinein zahnlos macht und die parlamentarischen Illusionen unter den Werktätigen aufrechterhalten soll. Schließlich wird das neue Regierungsprogramm im Prinzip eine Fortsetzung der volksfeindlichen Politik der SPÖ-ÖVP-Regierungen unter verschärften Verhältnissen sein. Wie der so genannte „Plan A“ schon zeigte, hat die Sozialdemokratie von selbst die Weichen gestellt, um bei zentralen Fragen wie Arbeitszeitflexibilisierung „Kompromisse“ möglich zu machen.

Die Regierung Kurz-Strache plant neben den unsozialen Maßnahmen weiteren Demokratieabbau und den Ausbau von Repressions- und Überwachungsmaßnahmen. Der/die einzelne/n Bürger/in sollen für den Staatsapparat zum „gläsernen Menschen“ werden, über den man alles erfahren und speichern kann, um im Bedarfsfall darauf zurückzugreifen. Die Regierung strebt nach der Schaffung eines Überwachungsstaates nach Metternichschem Vorbild, jedoch mit den weitaus größeren Möglichkeiten der digitalen Welt von heute. Die Führung des Innenressorts durch den FPÖ-Scharfmacher Kickl und die Oberhoheit über das Bundesheer durch FP-Minister Kunasek bedeutet eine vollständige Kontrolle der FPÖ über die Geheimdienste und über alle bewaffneten Kräfte der Republik. Mit der Zulassung dieser Machtbündelung in den Händen einer Partei, die eine offene Flanke hin zum Rechtsextremismus hat und von deutschnationalen Burschenschaften dominiert wird, zeigt Bundespräsident Alexander Van der Bellen, dass seine Amtsführung frei von Prinzipien ist. Seine einzige Sorge besteht darin, dass Österreichs Regierung auch weiterhin braves Vollzugsorgan der Europäischen Union der Banken und Konzerne bleibt.

Angriffe auf Interessenvertretung der Arbeitenden abwehren

Diese Regierung ist von der Ansicht des rabiatesten Flügels der Unternehmerschaft getrieben, dass die Interessenvertretungen der arbeitenden Menschen geschwächt, wenn möglich sogar zerschlagen werden müssen. Da dies nicht in einem Schritt durchsetzbar ist, weil z.B. die Arbeiterkammern in weiten Kreisen der Bevölkerung hohes Ansehen genießen, versucht man es eben scheinbarweise. So ist von der schwarz-blauen Regierung die massive Reduzierung der AK-Umlage angedacht, was einer finanziellen Aushungerung der AK gleichkäme. Wichtige Bereiche der AK-Arbeit, wie die kostenlose Rechtsberatung und Vertretung ihre Mitglieder oder die Erarbeitung von Grundlagen für die Auseinandersetzung mit dem Kapital, würden damit eingeschränkt.

Auch die Zurückdrängung des Einflusses der Gewerkschaften steht auf der Agenda dieser Regierung, und so wird sie es gerne gehört haben, dass der designierte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian sagte, er gehe lieber zum Heurigen als auf die Barrikaden. Er verkörpert mit seiner Aussage die ganze Verkommenheit der sozialdemokratischen Arbeiteraristokratie, die nur auf die Erhaltung der eigenen Pfründe bedacht ist und die auch schon weitgehend unfähig ist, Arbeitskämpfe zu organisieren. Die ersten unsozialen Maßnahmen der Regierung richten sich gegen Arme, Arbeitslose und KollegInnen aus Nachbarstaaten, die hier arbeiten – lauter Gruppen, die dem ÖGB weitgehend egal sind. Der Wandel der Arbeitswelt wird im ÖGB überhaupt nicht abgebildet, er beschränkt sich auf die Vertretung einer immer kleiner werdenden Zahl von Beamten, öffentlich Bediensteten und relativ gut verdienenden Schichten der ArbeiterInnenklasse in der Industrie, wobei auch hier durch den zunehmenden Einsatz von LeiharbeiterInnen längst eine Parallelwelt schlechter gestellter KollegInnen geschaffen wurde, gegen die der ÖGB nichts unternimmt.

Gemeinsam mit der kämpferischen Gewerkschaftsorganisation KO-Mintern ist die Partei der Arbeit bestrebt, zur Selbstorganisation der arbeitenden und arbeitslosen, der jungen und alten, der prekär beschäftigten sowie der in normalen Arbeitsverhältnissen stehenden

Menschen beizutragen. Solidarität sollte nicht nur der Name der Zeitung des ÖGB, sondern die gelebte Praxis des Klassenkampfes sein.

Neutralitätswidrige Einbindung Österreichs in EU-Aufrüstung

„Permanent Structured Cooperation“ (kurz: PESCO), also „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ nennt sich die neueste Errungenschaft der Europäischen Union. Sie bezieht sich auf die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU und soll die militärische Einheitlichkeit und Schlagkraft in mehrerlei Hinsicht erhöhen.

Konkret verpflichten sich die PESCO-Teilnehmerstaaten u.a. dazu, ihr Verteidigungsbudget regelmäßig zu erhöhen, Rüstungsausgaben im Ausmaß von 20% dieses Verteidigungsbudgets zu tätigen, die europäische Rüstungsindustrie in Projektentwicklung und „Forschung“ zu unterstützen, die einzelnen nationalen Armeen hinsichtlich Strukturen, Gerät und Strategien aneinander anzupassen, um gemeinsame Einsätze nicht nur koordiniert, sondern künftig tatsächlich einheitlich durchführen zu können. Kurz: Es geht um mehr Einsätze einer EU-Armee, mehr Militärschläge, Interventionen, Okkupationen, die mit mehr Waffen in den neuen Strukturen einfacher beschlossen und umgesetzt werden sollen. Die EU macht sich kampfbereit. Die Teilnahme Österreichs an diesem neutralitätswidrigen Bündnis hat Kurz als Außenminister der Koalitionsregierung unter dem SP-Kanzler Kern unterschrieben.

Dass mit den bündnisfreien bzw. neutralen Staaten Schweden, Finnland und Österreich abermals drei Länder ihren Status ein weiteres Stück weit aufgeben, ist wenig überraschend, insbesondere in Helsinki und Wien bindet man sich gerne an Berlin. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) erklärte auch umgehend die vollständigste Kompatibilität der immerwährenden Neutralität Österreichs mit PESCO. Auch von der SPÖ gab es keine Einwände gegen diese Aussage. Die Erklärung vom 26. Oktober 1955 über die immerwährende Neutralität Österreichs ist offensichtlich das Papier nicht mehr wert, auf dem sie steht. Sie wird nur mehr in Festreden der Politiker zur Beruhigung der Bevölkerung gerühmt. Die österrei-

chischen Parlamentsparteien wetteifern darum, wer das Geschäft der Unterwerfung Österreichs unter die EU – das Kartell der europäischen Banken und Konzerne – am besten beherrscht. Entgegen der offensichtlichen Tatsache, dass die EU kein Zusammenschluss der Völker auf gleicher Augenhöhe, sondern eben ein Kartell zur Durchsetzung der Kapitalinteressen ist, wird von Sozialdemokraten und „Linken“, wie in Österreich der KPÖ, die Illusion genährt, die EU könne in eine „Sozial- und Friedensunion“ verwandelt werden. Dieses Vorhaben ist in etwa so sinnvoll, wie aus einem Löwen einen Vegetarier machen zu wollen.

„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein“, heißt es im traditionsreichen „Solidaritätslied“. Und so ist es für jede/n, der/die den europäischen Imperialismus realistisch betrachtet, klar, dass ein Kontinent des Friedens und der Solidarität nicht mit der EU, sondern erst durch ihre Zerschlagung und Überwindung erreichbar ist. Der neoliberale Mainstream von heute, der auch Teile der Linken erfasst hat, versucht jegliche Gegnerschaft zur EU als nationalistisch und rückwärtsgerichtet zu brandmarken. Dazu ist zu sagen: Es gibt keinen konsequenteren Internationalismus als den der revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Dieser kämpft für den Sturz und die Überwindung aller imperialistischen Strukturen wie die EU, weil nur so der Weg für eine friedliche und prosperierende Entwicklung aller Menschen freigemacht werden kann.

Technischer Wandel und Arbeitsmarkt

Der rasante und unregelmäßige technische Wandel der letzten Jahrzehnte hat dramatische Auswirkungen in Produktion und Verwaltung. Die schier unermessliche Steigerung der Produktivität schlägt sich jedoch weder in verbesserten Lebensbedingungen für die Masse der Menschen noch in vermindertem Ressourcenverbrauch zu Gunsten künftiger Generationen nieder. Stattdessen führt technologischer Wandel zu vermehrter Ausbeutung, zur Zerstörung erkämpfter demokratischer und Arbeitsrechte. Mächtige Konzerne setzen neue Technologien und Digitalisierung brutal und ungezügelt gegen die Interessen der Arbeitenden und des größten Teils der Bevölkerung ein. Der Einsatz

von Informations- und Kommunikationstechnologien in immer breiterem Ausmaß führt zu Umbrüchen in vielen Bereichen.

Moderne Steuerungstechnik ermöglicht die Aufgliederung fordristischer Produktionsschritte in immer kleinere, voneinander unabhängige Einzelschritte, die verteilt an verschiedensten Orten stattfinden können. Auslagerungen und Verlagerung von Produktion an die jeweils billigste, also höchsten Kapitalgewinn versprechende Stelle, sind die Konsequenz daraus. Mit aktueller Kommunikationstechnologie, „Internettechnologie“ können unterschiedlichste Akteure direkt kommunizieren, mit „Plattformtechnologien“ werden bisher nötige Strukturen obsolet, neue „freie“ Beschäftigungsstrukturen geschaffen und bestehende Regulative ausgehebelt. So entstehen etwa 80% der neu geschaffenen Arbeitsplätze im atypischen, unregulierten, oft prekären Bereich jenseits geregelter Vollzeit-Arbeitsverhältnisse. Diese Werkstätigen finden sich in den bestehenden Gewerkschaftsstrukturen ebenso wenig vertreten wie ein großer Teil der migrantischen Neuankömmlinge, die oft als „Reservearmee“ für minder qualifizierte oder weiterhin schwere manuelle Tätigkeiten dienen. Steigender Arbeitsdruck und ständiges Wachsen der Leistungsansprüche für Werkstätige führen zunehmend zu Überlastung, frühzeitigem Verschleiß und gesundheitlichen, vermehrt auch psychischen Problemen.

Bereits vor mehr als fünfundzwanzig Jahren, auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, wurde in den 27 Prinzipien (Grundsätzen) der Rio-Deklaration erstmals global das Recht auf nachhaltige Entwicklung (sustainable development) verankert. Als unerlässliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung werden u.a. die Bekämpfung der Armut, eine angemessene Bevölkerungspolitik, Verringerung und Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen sowie die umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse genannt. Die notwendige Entkopplung von „Wirtschaftswachstum“ und Umweltverbrauch stellt sich seither bestenfalls punktuell dar, jedenfalls nicht in einem Maß, das dem Raubbau an natürlichen Ressourcen Grenzen setzt, nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz für künftige Generationen ermöglicht. Reichtum in den Händen weniger ist dagegen rasant gewachsen, die

Spaltung zwischen „oben“ und „unten“, zwischen Arm und Reich hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht.

Neokonservatives Frauenbild bekämpfen – gemeinsamer Kampf für vollständige Gleichheit und Freiheit!

Die Regierung aus Konservativen und Rechten hat zum besonderen Ziel, den Frauen ihren „angestammten“ Platz an Herd und Heim zu vermitteln. Dieser antiemanzipatorische Ansatz verwundert nicht bei einer Regierung, die von deutschnationalen Burschenschafnern und reaktionären Bauernbündlern dominiert wird. Er bedeutet eine offene Kampfansage an all' jene, die Gleichberechtigung in allen Gesellschaftsbereichen als selbstverständliche Notwendigkeit ansehen.

Während die öffentliche Meinung – schon unter der SPÖ-geführten letzten Regierung – mit Unsinnigkeiten wie dem Burka-Verbot aufgeheizt wird und sich die reaktionärsten Männerbündler und Chauvinisten plötzlich als Vorkämpfer für die Frauenrechte geben, ist die tatsächliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern in vielen Bereichen der Gesellschaft noch ein weit entferntes Ziel.

Nach wie vor gibt es große Unterschiede in der Entlohnung. Das so genannte Jobwunder der letzten Jahre und Jahrzehnte ist vor allem auf dem Rücken von Frauen entstanden, die in schlecht bezahlte Teilzeitjobs gedrängt wurden, was für viele drohende Altersarmut aufgrund von zu erwartenden Niedrigstpensionen bedeuten wird. Auch werden Kinderbetreuungseinrichtungen – wie kürzlich im ebenfalls schwarz-blau regierten Oberösterreich – zurückgefahren statt ausgebaut. Für viele berufstätige Frauen, die nach wie vor auch die Hauptlast der Kindererziehung und Haushaltsführung zu tragen haben, bedeutet das eine noch schwerere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

In der Forschung, der Kultur, in technischen und vielen anderen Berufen gibt es einzelne Frauen, die zu den Besten ihres Faches gehören. Sie sind allerdings nach wie vor die Ausnahme aufgrund eines Bildungssystems und einer Arbeitswelt, die nicht auf die Bedürfnisse junger studierender und berufstätiger Frauen zugeschnitten sind.

Die Partei der Arbeit unterstützt jede Bewegung, die sich für tatsächliche Verbesserungen zugunsten der Frauen einsetzt, so auch das neuerliche Frauenvolksbegehren, das viele Forderungen für die Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Beruf enthält.

Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass der Klassenkampf die Triebkraft solcher Veränderungen ist. Daher ist es unsere größte Pflicht, für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung des Sozialismus sowie der klassenlosen Gesellschaft zu kämpfen. Dies wird Voraussetzung wirklicher, vollständiger Gleichheit und Freiheit sein, wie Clara Zetkin schrieb:

„Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein. Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.“

Zurichtung von Jugendlichen und Studierenden für das Kapital

„Als ich klein war, ging ich zur Schule / und ich lernte, was mein und was dein. / Und als da alles gelernt war, / schien es mir nicht alles zu sein.“ – Bertolt Brecht

Im Fordismus der Nachkriegszeit war das Kapital in Österreich kurzfristig in der Lage, über diese Wahrheit wie sie Bertolt Brecht beschreibt, hinwegzutäuschen – darüber, dass staatliche Bildungseinrichtungen eben keine Bildungseinrichtungen sind, sondern lediglich dazu dienen, dem Kapital ausreichend ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Heute wird es wieder offensichtlicher, welchen Charakter staatliche Bildungseinrichtungen tatsächlich haben. Gut beschreiben lässt sich dies anhand der Hochschulreformen der letzten Jahre. Die Hochschulreformen, die mit dem Bologna-Prozess und dem Universitätsgesetz 2002 eingeleitet wurden, passen diese den neuen Anforderungen des Kapitals in den europäischen Zentren des Imperialismus an die Ware Arbeitskraft an. Die Auslagerung großer Teile der Produktion und die

Digitalisierung vieler Arbeitsbereiche machen gut ausgebildete Arbeitskräfte erforderlich. Diese sollen dem Kapital durch den Ausbau von Fachhochschulen, eine Stärkung der sogenannten MINT-Fächer, die Einführung von Bachelor und Master und eine Reihe anderer Maßnahmen schnell und ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Die von ÖVP und FPÖ geplante Studienplatzfinanzierung wäre ein weiteres Instrument zur Steuerung des Andrangs auf die Universitäten in die dem Kapital nützlichen Fächer. Bachelor und Master erfüllen hier einen doppelten Zweck: Einerseits kann innerhalb von 3 Jahren Regelstudienzeit ein Abschluss erworben werden, was auch für junge Erwachsene aus bildungsfernen Schichten ein Anreiz sein kann, noch schnell einen Studienabschluss zu machen, der wohlgeachtet weder im staatlichen noch im privatwirtschaftlichen Bereich als solcher anerkannt wird. Andererseits wird in vielen Studiengängen durch Zugangsbeschränkungen für den Master die Konkurrenz unter den Studierenden erhöht, wodurch die Vereinzelung zu- und die Solidarität abnimmt. Gleichzeitig führt die Prekarisierung des Lebens von Studierenden dazu, dass immer weniger Studierende einen höheren Studienabschluss machen können, selbst wenn sie das möchten. Das Kapital schlägt hier zwei Fliegen mit einer Klappe: Einerseits erhält es mit HochschulabsolventInnen mit einem Bachelor verhältnismäßig gut ausgebildete Arbeitskräfte, deren Abschluss allerdings andererseits „nichts wert“ ist und die entsprechend niedrig entlohnt werden.

Nicht nur die dargelegten Umgestaltungen an den Hochschulen sind ein Resultat der neuen Anforderungen an Arbeitskräfte in Österreich. Die Ausbildungspflicht bis 18 ist ebenso Ausdruck dessen, dass das Kapital in den europäischen imperialistischen Zentren kaum noch einen Bedarf an ungelerten oder schlecht ausgebildeten Arbeitskräften hat. Das überholte duale Ausbildungssystem (Betrieb/Berufsschule) ist jedoch immer weniger in der Lage, qualifizierten FacharbeiterInnenachwuchs in ausreichender Zahl bereitzustellen, weshalb hier immer mehr die öffentliche Hand durch die Schaffung eigener Ausbildungseinrichtungen einspringt. Weitere Probleme in diesem Zusammenhang sind die schlechte Ausstattung und die Schließung von Berufsschulen mit veraltetem Gerät, das in der Realität kaum noch zur Anwendung kommt.

Hinzu kommt, dass der Staat sich zunehmend aus der Finanzierung von Bildungseinrichtungen zurückzieht. Dies lässt sich von der Kleinkindbetreuung, die hauptsächlich von privaten Einrichtungen mit staatlicher Subventionierung getragen wird, über Schulen, die mittels Werbung ihr Budget aufbessern oder wie in Innsbruck gleich in ein Einkaufszentrum eingebaut werden, bis hin zu den Hochschulen, in den Forschung immer mehr von der Finanzierung durch Drittmittel aus der Wirtschaft abhängt, beobachten.

Als Partei der Arbeit ist es deshalb unsere Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Jugend Österreichs und dem Kommunistischen StudentInnenverband die Jugend in die Lage zu versetzen, die Geschichte der Menschheit als Geschichte von Klassenkämpfen zu begreifen und zur Erkenntnis zu gelangen, dass das barbarische Gesellschaftssystem des Kapitalismus gestürzt werden muss, um eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg zu erkämpfen, dass das Ende der Geschichte noch nicht erreicht ist.

Die PdA kämpft an der Seite der Werktätigen

Es ist vor allem die ArbeiterInnenklasse, welche führend im Kampf gegen die Langzeitoffensive des Kapitals und seine Regierung sein muss. Dazu muss sie den „sozialpartnerschaftlichen“, unternehmerfreundlichen Kräften in Gewerkschaften, Arbeiterkammer und allen Massenorganisationen ihr Vertrauen entziehen und den Kampf gemeinsam mit den Kräften des Klassenkampfes aufnehmen. Es braucht starke, klassenorientierte Gewerkschaften und Massenorganisationen. Es braucht ein Bündnis mit allen von der Politik der Regierungen des Kapitals und Monopolkapitals betroffenen Volksschichten in Stadt und Land, mit der arbeitenden, studentischen und lernenden Jugend, mit einer kämpferischen Frauenbewegung und einer konsequenten Bewegung gegen jede Beteiligung Österreichs an imperialistischen Bündnissen.

In diesem Sinne will die Partei der Arbeit Österreichs die Zusammenarbeit mit allen konsequent klassenorientierten Kräften wie der kämpferischen Gewerkschaftsplattform KOMintern, der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und dem Kommunistischen StudentInnen-

verband (KSV) verstärken. Die vielen – vor allem unorganisierten – Menschen, die gegen das Kapital und seine Regierung sind und das auf verschiedene Weise zum Ausdruck bringen, werden in uns einen ehrlichen und unbestechlichen Partner zum Aufbau des Widerstandes von unten haben. Uns ist bewusst, dass unsere Kräfte noch bescheiden, die Stärke unserer Organisation noch gering sind. Jedoch haben die großen reformistischen Organisationen ebenso wie die ehemals Kommunistische Partei, die zu einer zweiten Sozialdemokratie geworden ist, hinreichend bewiesen, dass von ihnen nichts zu erwarten ist. Die einen sind nur eine weitere Herrschaftsalternative des Kapitals, die anderen eine politisch orientierungs- und wirkungslose Partei, sieht man von der in Jahrzehnten aufgebauten Stärke und Verankerung der KPÖ Steiermark ab, die jedoch über ihren regionalen Wirkungskreis nicht hinauskommen will oder kann, da sie den Konflikt mit ihrer Bundespartei scheut.

Die Partei, die heute in der Traditionslinie der vor 100 Jahren gegründeten Kommunistischen Partei in Österreich steht, ist die Partei der Arbeit. Sie möchte mit ihren Grundsätzen und ihrem politischen Angebot dem Volk eine tatsächliche Alternative und Perspektive geben. Sie ist eine von den Interessen und dem Einfluss jeglicher Fraktion der herrschenden Klasse und des Monopolkapitals unabhängige politische Partei. Sie fühlt sich nur der ArbeiterInnenklasse und der Bevölkerung Österreichs sowie der internationalen Solidarität der Werktätigen verbunden und verpflichtet. Sie sieht ihre historische Aufgabe darin, der werktätigen Bevölkerung dazu zu verhelfen, sich selbst zu ermächtigen und über ihren eigenen Kampf das zu bekommen, was ihr zusteht: ein Leben, das den modernen Bedürfnissen entspricht und unter den heutigen riesigen Fortschritten der Produktivkräfte möglich ist. Ein Leben ohne Überarbeitung, Entbehrungen, Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut. Ein Leben jenseits von Mängeln an medizinischer Versorgung und Pflege, Bildung und kulturellen Angeboten für die breite Masse. Ein Leben mit gesicherter Zukunft ohne Ausbeutung, Kriege und Elend.

An der Seite der Werktätigen und nicht stellvertretend für sie setzen sich die PdA und ihre Mitglieder für diese Ziele ein. Damit dieses System und seine Vertreter von unseren erkämpften Rechten die Finger lassen, müssen wir uns jetzt und hier organisieren und kämpfen!

Bericht der Internationalen Kommission des Parteivorstandes an den dritten Parteitag der PdA

Wien, 17. Februar 2018

Seit dem 2. Parteitag hat die Internationale Kommission des Parteivorstandes mehrere Aufgaben übernommen und im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen und im Sinne der Beschlüsse des Parteitags und des Parteivorstands auch erfüllt, um die internationalen Beziehungen der PdA zu stärken. Man kann insgesamt bemerken, dass die PdA international trotz der Schwierigkeiten und trotz ihrer jungen Geschichte gut verankert ist und weitere Fortschritte in diese Richtung erzielt. Die PdA wird international von dutzenden Kommunistischen und Arbeiterparteien respektiert und als die wirkliche kommunistische marxistisch-leninistische Kraft in Österreich anerkannt und damit als erster und in der Regel ausschließlicher Gesprächspartner dieser Parteien gesehen.

In dieser Periode haben Delegierte der PdA an zwei Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien, zwei Europäischen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien, zwei Vollversammlungen der Europäischen Kommunistischen Initiative, einem Internationalen Seminar der Initiative in Athen, einer öffentlichen Veranstaltung und Kundgebung der Partito Comunista in Rom und zwei Internationalen Seminaren in Prag teilgenommen und Beiträge der PdA präsentiert. Zugleich wurden zahlreiche Gruß- und Solidaritätsbotschaften an anderen Kommunistischen Parteien verfasst und geschickt, anlässlich von Parteitagen, Jubiläen, kritischen politischen Auseinandersetzungen oder Repression und Verfolgung. Es wurde regelmäßige Korrespondenz mit Parteien, mit denen uns enge

Beziehungen verbinden, geführt. Es wurden zahlreiche Erklärungen der Initiative, sowie gemeinsame Erklärungen mehrerer solidnet-Parteien oder Erklärungen einzelner Parteien zu wichtigen aktuellen Themen übersetzt und veröffentlicht.

Einen wichtigen Erfolg erzielte unsere Partei mit ihrer Aufnahme in die solidnet-Liste und der damit verbundenen Teilnahme an den Internationalen Treffen Kommunistischer und Arbeiterparteien, die die Kommunistische Partei Griechenlands vor 20 Jahren ins Leben gerufen hat und seitdem zu einem zentralen Bestandteil multilateraler Beziehungen vieler Kommunistischer und Arbeiterparteien weltweit geworden ist. Es ist uns natürlich bewusst, dass diese Treffen keine Einheit der internationalen Kommunistischer Bewegung darstellen. Im Gegenteil wird sogar an solchen Treffen ersichtlich wie unterschiedlich Strategie, Analyse und Selbstverständnis der Parteien sind. Das mindert aber nicht den Wert dieser Treffen, der genau darin besteht, dass Diskussionen oder sogar Auseinandersetzungen geführt werden, ohne eine falsche nicht bestehende Einheit vorzutäuschen. Außerdem erlauben sie den direkten Austausch mit anderen Parteien auf bilateraler und multilateraler Ebene, die Stärkung der Beziehungen mit jenen Parteien, mit denen uns mehr vereint, durch die gemeinsamen Positionen und den gemeinsamen ideologisch-politischen Kampf auch innerhalb dieser Treffen und der internationalen kommunistischen Bewegung. Schließlich bietet die solidnet-Seite eine wichtige Gelegenheit die Positionen und Entwicklung unserer Partei anderen Parteien und einem breiteren internationalen Publikum bekannter zu machen.

In diesem Rahmen konnte unsere Partei auch an den zwei Internationalen Treffen, die seit ihrer Aufnahme stattgefunden haben, teilnehmen. Sowohl an unserem ersten Treffen in Hanoi, organisiert von der KP Vietnams, als auch beim Treffen in Leningrad, organisiert von der KPRF sind unsere Partei und ihre Beiträge auf Interesse und Resonanz vonseiten vieler Parteien gestoßen. Es bot uns die Gelegenheit neue internationale Beziehungen zu knüpfen und sich als international engagierte Partei, die sich für die Weiterentwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung einsetzt, zu beweisen. Wir haben

auch mehrere wichtige Solidaritätserklärungen unterstützt, die von vielen der Parteien ebenfalls getragen werden. Unsere Teilnahme verschafft uns außerdem einen besseren Einblick in die Positionen und Entwicklung anderer Parteien und den Verhältnissen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wie bekannt, ist die PdA auch Gründungsmitglied der Europäischen Kommunistischen Initiative. Die Initiative ist zu einem wichtigen Bestandteil unserer internationalen Tätigkeit geworden und das vollkommen zu Recht. Selbstverständlich handelt es sich um keine neue Kommunistische Internationale. Trotzdem basiert die Initiative auf einem klaren Bekenntnis der beteiligten Parteien zum Kampf gegen die EU und zum kommunistischen revolutionären Charakter, den die Parteien haben oder erlangen sollen, was sie sehr deutlich von den Internationalen Treffen unterscheidet. Im Rahmen der Initiative besteht deswegen ein wichtiges Potential für die Weiterentwicklung in der Zukunft.

Als Misserfolg kann demnach aber betrachtet werden, dass kein Delegierter der PdA am internationalen Treffen, Seminar und Veranstaltung der Initiative, anlässlich der 100 Jahre der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die die Russische Kommunistische Arbeiterpartei in Leningrad letzten Sommer organisierte, teilgenommen hat, auch wenn das dem Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen geschuldet war. Dennoch war es eine symbolisch und politisch wichtige Veranstaltung, die sich vom Charakter her klar von den entsprechenden Veranstaltungen und Feierlichkeiten der KPRF im Rahmen des ITKAP unterschied. Trotzdem hat die PdA die gemeinsame Erklärung dieses Treffens unterstützt und auch auf Deutsch übersetzt, was ihr Interesse und ihre Anerkennung der Wichtigkeit solcher Initiativen deutlich machte.

Insgesamt kann die PdA eindeutig als eine aktive und engagierte Mitgliedspartei der Europäischen Kommunistischen Initiative betrachtet werden und wird auch als solche anerkannt. Unsere regelmäßige Teilnahme an den Treffen, die Unterstützung der Aktivitäten als auch ihr Versuch die Erklärungen der Initiative dem deutschsprach-

chigen Publikum zugänglich zu machen, sind sehr wichtig und werden geschätzt.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Teilnahme an internationalen Treffen und Initiativen mit gewissen Verpflichtungen verbunden ist, die nicht unterschätzt werden dürfen. Diese Verpflichtungen mögen meistens nicht formell sein, beruhen aber auf dem Anspruch auf Ernsthaftigkeit, welchen wir uns selbst stellen und sich auch viele Schwesterparteien erwarten. Das bedeutet, dass das Engagement, die Durchführung beschlossener Aktivitäten oder Aktionen, die regelmäßige Teilnahme usw., ernst genommen werden müssen. Darüber hinaus bedeuten Internationale Beziehungen für eine Kommunistische Partei nicht nur Diplomatie und gute Kontakte zu pflegen, sondern auch Position zu beziehen. Nur so wird man ernst genommen und nur so schmieden sich enge Beziehungen zwischen Parteien, die grundlegende Überzeugungen, Analysen und Positionen teilen. Aus diesem Grund hat auch die PdA eine klare Position in Fällen bezogen, wo sich Schwesterparteien in Auseinandersetzung mit dem Opportunismus befanden oder sogar mit fraktionistischen Angriffen konfrontiert waren, wie das der Fall z.B. in Spanien oder in der Türkei war. Außerdem gehört die Solidarität mit den geschwisterlich verbundenen Kommunistischen Parteien zu einem zentralen Bestandteil der internationalen Beziehungen. Das gilt sowohl im Falle der Repression und Verfolgung, wie in Polen, als auch bei ihren Kämpfen jeglicher Art, auch bei Wahlen.

Die PdA hat in der letzten Periode auch ihre bilateralen Beziehungen weiter ausgebaut. Neben der Stärkung schon bestehender enger Beziehungen mit vielen Parteien, konnten neue Kontakte geknüpft werden, die vielversprechenden sind. Sowohl im Rahmen der Initiative als auch außerhalb wurde die PdA bekannter und von mehreren Parteien als enger Verbündeter wahrgenommen. Vielleicht können wir einige Parteien erwähnen, mit denen die PdA wirklich enge Beziehungen seit ihrem Bestehen entwickelt hat oder erste Schritte in dieser Richtung macht, wie z.B. die Kommunistische Partei der Völker Spaniens, die Partito Comunista in Italien, die Deutsche Kommunistische Partei, die Russische Kommunistische Arbeiterpartei, die

Kommunistische Partei Schwedens, die Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, die Kommunistische Partei der Türkei, die Kommunistische Partei Venezuelas, die Kommunistische Partei Mexikos und natürlich die Kommunistische Partei Kubas und die Kommunistische Partei Griechenlands, die unserer Partei schon seit ihrer Gründung sehr nahe stehen und mit ihrem Gewicht, das sie innerhalb der internationalen Kommunistischen Bewegung haben unsere Anliegen oft unterstützten, wie z.B. die Aufnahme unserer Partei in die solidnet. Die internationalen Gäste und Grußworte an unserer zentralen Veranstaltung anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution letzten Jahres, zeugen auch davon, dass die PdA enge Verbündete international hat. Dasselbe gilt für die Grußworte für diesen Parteitag. Darunter befinden sich Grußworte von der PCPE, der KP Venezuelas, der KP Mexikos, der KP Australiens, der KP Schwedens, der KP in Italien, der KP Schwedens, der Russischen RKAP, der Neuen KP Jugoslawiens, der DKP, der KKE und anderen.

Man sollte nicht denken, dass all dies selbstverständlich ist oder gar für die Zukunft gesichert ist. Vor allem für eine junge Partei gibt es große Herausforderungen und sie muss ihre internationale Stellung erkämpfen. Die PdA musste und muss auch in der Zukunft beweisen, dass für sie bilaterale und multilaterale Beziehungen mit Kommunistischen und Arbeiterparteien wichtig sind und den Eckpunkt ihrer internationalen Beziehungen ausmachen. Außerdem sollte die Bedeutung der internationalen Beziehungen nicht unterschätzt werden. Eine internationale Isolation würde für jede Partei auf alle Fälle politisch ein Fehler sein und demoralisierende Wirkungen haben. Starke geschwisterliche internationale Beziehungen können vor allem unter schwierigen politischen Bedingungen zu einem entscheidenden Faktor der Überlebens- und Arbeitsfähigkeit einer Partei werden.

Als Kommunistische Partei kann sich die PdA nur als Teil einer internationalen Bewegung sehen, egal wie widersprüchlich, schwach und zerrissen oder desorientiert sie heute sein oder erscheinen mag. Denn unsere Partei bekennt sich zum proletarischen Internationalismus, der nur dann auch wirklich konkret und effektiv wird, wenn sie auf ein enges Verhältnis, eine genossenschaftliche Zusammenarbeit und Ko-

ordination mit den jeweiligen Kommunistischen Parteien – mit jenen Parteien, die ihren Kampf in ihren Ländern auf den revolutionären Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems und den Aufbau des Sozialismus-Kommunismus ausrichten, – basiert. In diesem Sinne werden wir unsere Arbeit als Partei und internationale Kommission des Parteivorstandes fortsetzen und weiter ausbauen müssen.

100 Jahre Kommunismus in Österreich: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Von Tibor Zenker

Das Versagen und der Zusammenbruch der II. Internationale angesichts des Ersten Weltkrieges sowie weitere gravierende Auffassungsunterschiede gegenüber den revolutionären Ereignissen bzw. Möglichkeiten zu und nach Kriegsende führten ab 1914 zu einem tiefgehenden Differenzierungsprozess in der Arbeiterbewegung. Gewisse Vorboten dieser Entwicklung hatten sich einerseits durch die bereits vollzogene Spaltung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Bolschewiki und Menschewiki angekündigt, andererseits aber auch schlichtweg durch die (deutsche) Revisionismusdebatte: Wenngleich sich Linke (Rosa Luxemburg), Zentristen (Karl Kautsky) und Parteiführung (August Bebel) theoretisch und in Beschlüssen gegen ihn wandten, so siegte in der sozialdemokratischen Praxis doch Eduard Bernstein.

Dieser gesamte Prozess hatte schließlich in ganz Europa notwendigerweise auch organisatorische Folgen, letzter Anstoß war gewiss die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Russland und die Haltung der Parteien und Gruppierungen zu dieser. Die zuvor zumindest in der Form einheitliche proletarische Bewegung spaltete sich in zwei Teile: In einen reformistischen und revisionistischen Bereich, der auch offen antirevolutionäre, später antisozialistische Positionen ganz im Sinne Bernsteins bezog – diesen repräsentierte in zumeist namentlicher, aber nicht unbedingt (oder eben gerade nicht) in eigener inhaltlicher Kontinuität die Sozialdemokratie; sowie in einen revolutionären und marxistischen Bereich, der sich positiv auf die Oktoberrevolution von 1917 bezog und in weiterer Folge zumeist zum alleinigen Bannerträger des Sozialismus wurde – diese Parteien sammelten sich ab März 1919 in

der III., Kommunistischen Internationale (Komintern oder KI) und bildeten fortan die kommunistische Weltbewegung, gemeinsam mit gewerkschaftlichen, Jugend- und sonstigen Vorkampfordorganisationen.

Einen zwischenzeitlichen Mittelweg zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Ausrichtung, zwischen Reformismus und Revolution, versuchte zunächst der „Austromarxismus“ oder auch die USPD in Deutschland (wenngleich sich dieser vorübergehend auch die Spartakusgruppe angeschlossen hatte). Diese Sonderwege entpuppten sich als Sackgassen, der „integrale Sozialismus“ – ob als Tendenz zur evolutionären Konvergenz oder als simple Synthese gedacht – blieb eine Illusion, im österreichischen Fall gar eine abstrakte Anmaßung und eine naive Verabsolutierung spezieller Zufälligkeiten, die noch verheerende Folgen haben sollten. Die österreichische SDAP und der Großteil der USPD fielen zurück in den Schoß des banalen sozialdemokratischen Reformismus, dessen sie auch zaghaft entstiegen waren.

Partei Gründung und revolutionäre Orientierung

Bereits vier Monate vor Gründung der Komintern – und ein Jahr nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – wurde am 3. November 1918 in Wien-Favoriten die „Kommunistische Partei Deutschösterreichs“ gegründet. Dies markiert die Schaffung einer eigenständigen kommunistischen Bewegung in Österreich, unabhängig von der Sozialdemokratie. In formeller und struktureller Hinsicht stellt sich dies als Abspaltung von der alten Sozialdemokratie dar – nicht jedoch inhaltlich. Denn es sollte die KPÖ sein, die tatsächlich konsequent in der Tradition und der inhaltlichen Linie des Marxismus, der IAA und auch des Hainfelder Einigungsparteitages stand und darauf aufbaute, während die SDAP – strukturell und vereinsrechtlich freilich in der Kontinuität von Hainfeld – inhaltlich bereits einen Bruch mit ihrer eigenen Geschichte vollzogen hatte: Mit den Parteitag zu Beginn des 20. Jahrhunderts programmatisch schon auf problematischem Kurs, trug sie 1914 den dynastisch-imperialistischen Krieg der österreichischen Bourgeoisie mit, sie verhinderte 1918/19 die sozialistische Revolution in Österreich und gab sich 1926 in Linz end-

gültig ein – teilweise recht kurioses – reformistisch-revisionistisches Parteiprogramm.

Mit diesem sowie ihrer Realpolitik – v.a. in Wien – bestimmte sich die SDAP deutlich als Partei der Sozialreform und der Sozialprogramme, womit sie zur Kapitalismus-, Ausbeutungs- und Armutsverwaltung überging. Tatsächlich verbesserte dies aber das tägliche Leben der arbeitenden Menschen, für diese stellte sich die SDAP durchaus als nützliche Partei dar, wenngleich dies einen gewissen paternalistischen Touch hatte. Doch die eigentliche Aufgabe der Arbeiterpartei, die in Hainfeld festgehalten wurde, ließ sie fallen, sie wirkte sogar dagegen. Ein bemühter Verbalradikalismus, die Überhöhung des in der Klasse isolierten Schutzbundes und linke Phrasen als Feigenblätter sollten dies kaschieren (was gegenüber der Arbeiterklasse auch gelang), in Wahrheit aber war die SDAP bereits zur reinen Wahlpartei gekommen. Der Maximierung der Stimmenanteile bei bürgerlich-demokratischen Wahlen wurde alles untergeordnet, denn dies war das höchste Gut und die einzige Form des sozialdemokratischen „Klassenkampf“-Verständnisses. Dass man dann auch die Erlangung des demokratischen Sozialismus (oder wenigstens der sozialen Demokratie) mit dem Stimmzettel – d.h. über eine Mandatsmehrheit im österreichischen Nationalrat – propagierte, war der letzte Zynismus einer Partei, die in der Realität die permanente Kapitulation zur Strategie und Taktik ihrer ideologischen Verwehrlosung und Verwesung erkorren hatte. 1933/34 sowie erstrecht 1938 hatte sie in aller Folgerichtigkeit der bürgerlichen und imperialistischen Offensive in Gestalt des Faschismus nichts mehr entgegenzusetzen, da sie sich selbst entwaffnet hatte. Eine Tatsache, die Otto Bauer zumindest kurz vor seinem Tod noch bewusst wurde.

Doch zurück zur KPÖ. Im Kern orientierte die junge Partei – auch nach den Erfahrungen der revolutionären Situation in Österreich im Laufe des Jahres 1918 (Jännerstreik, Matrosenaufstand von Cattaro) – auf die unmittelbar bevorstehende proletarische soziale Revolution: Doch die KPÖ war – trotz mancher tieferer Bastionen – nicht in der Lage, die Führung der revolutionären und Rätebewegung im Sinne des sofortigen Sturzes der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung zu über-

nehmen – und die SDAP wollte dies nicht. In Abgrenzung zur SDAP verlor sich die junge KPÖ zunächst in Ansätzen des linken Radikalismus, in putschistischen Vorstellungen, aber auch in Fraktionsauseinandersetzungen. Dies limitierte ihren Einfluss in der Arbeiterklasse und hemmte ihre Entwicklung in den ersten Jahren der Republik. Ebenfalls war von Bedeutung, dass der KPÖ-Gründung kein Wirken einer namhaften Linksoption in der österreichischen Sozialdemokratie vorangegangen war, die in einer Neugründung mit prominenten Vertretern und entsprechender Anziehungskraft gemündet wäre: In Deutschland z.B. geschah die Gründung der KPD hingegen auf Basis der Arbeit der Spartakusgruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter Beteiligung von Franz Mehring, Wilhelm Pieck und bald auch Clara Zetkin. Ernst Thälmann leitete schließlich die stärkste und größte kommunistische Partei der Welt – nach der KPdSU. In Österreich aber verblieben die prominentesten „Linken“ wie Friedrich Adler oder Otto Bauer innerhalb der SDAP und ordneten sich der rechten Führung unter. Damit fehlte es der KPÖ zu Beginn nicht nur an Galionsfiguren, sondern auch an Erfahrung in der Leitung einer Partei mit mehreren tausend Mitgliedern. Vieles musste erst gelernt werden – unter den harten Bedingungen des Klassenkampfes. Das dennoch Erreichte ist daher keineswegs geringzuschätzen.

Bolschewisierung und antifaschistischer Kampf

Mitte der 1920er Jahre forcierte die Komintern die „Bolschewisierung“ ihrer Mitgliedsparteien. Das bedeutete, dass diese auf eine gemeinsame organisatorische, theoretische und strategische Grundlage gestellt wurden, um ihre Schlagkraft als Einheit, aber auch im Einzelnen zu erhöhen. Auf Basis des Marxismus-Leninismus und des demokratischen Zentralismus erhielt auch die KPÖ Struktur, ideologische Nachhaltigkeit und eine klarere Linie. Eng verbunden mit diesen Maßnahmen sind in Österreich die Namen des damals neuen Generalsekretärs (und sodann Vorsitzenden) Johann Koplenig sowie des Komintern-Beauftragten Georgi Dimitroff. In der Tat gelang es der KPÖ zusehends, sich als kämpferische, revolutionäre Kraft der österreichischen Arbeiterklasse zu etablieren – nach Maßgabe des Möglichen – und Terrain zu gewinnen.

Im Zuge der Julirevolte 1927 sowie aufgrund des mutigen Auftritts von Koplenig beim Begräbnis der Opfer und im Hochverratsprozess, der deswegen gegen ihn angestrengt wurde, wuchs das Ansehen der Partei beträchtlich. Erstmals wurde vielen Anhängern der SDAP klar, dass sie im Zweifelsfall von der Sozialdemokratie im Stich gelassen würden, in der KPÖ aber über einen aufrichtigen Mitstreiter und verlässlichen Verbündeten verfügten. Es ist kein Wunder – und wahrlich kein Zufall –, dass die KPÖ bereits 1933 von der Regierung Dollfuß verboten wurde, während die SDAP dieses Schicksal erst nach den Februarkämpfen 1934 erlebte. Mit Fortschreiten der Faschisierung in Österreich zeichnete sich seitens des Widerstandes das kommende Kräfteverhältnis ab: Die Sozialdemokratie wich ein ums andere Mal zurück, die KPÖ hielt die Stellung. Als am 12. Februar 1934 revolutionäre Arbeiter der Basis des Schutzbundes zum bewaffneten Widerstandskampf übergingen, geschah dies mit Missbilligung der SDAP-Spitze und vielerorts unter Verrat durch die jeweilige SDAP-Führung, wohingegen die Kommunisten überall, wo es ihnen möglich war, aktiv an den Kämpfen teilnahmen.

Als Resultat der Durchsetzung der austrofaschistischen Diktatur ging die Leitung der alten Sozialdemokratie ins Exil, in Österreich reorganisierten sich in der Illegalität Gruppen der „Revolutionären Sozialisten“ (RS), die neben der KPÖ den antifaschistischen Kampf weiterführten. Viele ehemalige Mitglieder der SDAP und des Schutzbundes schlossen sich jedoch den Kommunisten an – die Mitgliederzahl der KPÖ vervierfachte sich unmittelbar nach den Februarkämpfen, erstmals erlangte die Partei, unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität, so etwas wie Masseneinfluss. Mit der Annexion Österreichs durch Deutschland im März 1938 stellten die RS ihre Aktivitäten weitgehend ein – zu übermächtig erschien ihnen der Gegner des deutschen Faschismus. Doch auch die grundsätzliche Befürwortung des „Anschlusses“ Österreichs an Deutschland, also ihre deutschnationale Ausrichtung, mag hierbei mit eine Rolle gespielt haben. Die KPÖ aber, die sich als einzige politische Partei zur eigenständigen österreichischen Nation bekannte und dies auch theoretisch begründete, setzte den Kampf abermals fort – nicht nur als antifaschistischen Widerstandskampf gegen die Nazi-Herr-

schaft, sondern auch als nationalen Freiheitskampf gegen die deutsche Fremdherrschaft.

Tatsächlich wurde die KPÖ 1938-1945 zur tragenden Säule des antifaschistischen Kampfes in Österreich. Die „offizielle Geschichtsschreibung“ übersieht oder vergisst dies gerne und überhöht dafür maßlos die Bedeutung bürgerlicher und katholischer Widerstandsgruppen. Doch die Wahrheit ist, dass es den Kommunistinnen und Kommunisten zu verdanken ist, dass Österreich den in der „Moskauer Deklaration“ geforderten eigenen Beitrag zu seiner Befreiung vom Hitler-Faschismus geleistet hat. Gleichzeitig bedeutet dies, dass die KPÖ freilich auch eine besonders hohe Opferzahl zu beklagen hatte.

Volksdemokratische Orientierung und Klassenverankerung

Nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee war die KPÖ Ende April 1945 eine der drei demokratischen Parteien, die die Unabhängigkeit Österreichs und die Wiederherstellung der Republik im Sinne der Verfassung von 1920 erklärten. Die Sozialdemokratie konstituierte sich neu als „Sozialistische Partei“ (SPÖ), was auch eine formelle Fusion der alten SDAP und der RS implizierte, namentlich aber natürlich eine bewusste Mogelpackung war, die erst 1991 rückgängig gemacht wurde. Die ehemaligen Christlichsozialen und Austrofaschisten gründeten ihrerseits die sogenannte „Volkspartei“ (ÖVP).

In der Provisorischen Regierung waren die drei Parteien gleichberechtigt vertreten. Die KPÖ-Strategie war auf die Ermöglichung eines volksdemokratischen Kurses gerichtet, d.h. auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung, die den Weg zum Sozialismus eröffnen sollte. Dies entsprach im Wesentlichen der Einheits- und Volksfronttheorie der Vorkriegszeit und der aktuellen kommunistischen Praxis in Osteuropa. Diese Strategie scheiterte in Österreich nicht nur am Unwillen der SPÖ, die stattdessen auf die Wiederherstellung des österreichischen Kapitalismus und ihre eigene Partizipation an diesem setzte, sondern auch an der zu schwachen Position der KPÖ. Ihr Einsatz für das Wiedererstehen Österreichs wurde ihr nicht gedankt, sie musste ein enttäuschendes Ergebnis bei der ers-

ten Nationalratswahl, die auch viel zu früh stattfand, hinnehmen und verblieb mit nur einem Minister in der Konzentrationsregierung, was jedoch mehr Formalität als tatsächlich Teilhabe bedeutete. In Wahrheit wurde die KPÖ bereits ab Herbst 1945 gezielt ausgegrenzt: SPÖ und ÖVP schlossen sich zu einem antikommunistischen und antisowjetischen Bündnis zusammen, dem international auch die amerikanisch-westeuropäische Umorientierung auf den neuen Hauptfeind, die UdSSR, und die Entfesselung des „Kalten Krieges“ entsprachen. Die Teilnahme am „Marshall-Plan“ schuf gewisse Tatsachen, mit denen die Einbindung Österreichs in den Westblock greifbar wurde – ÖVP und SPÖ ließen daran keine Zweifel, außen- und innenpolitisch. 1947 verließ die KPÖ konsequenterweise endgültig die Regierung: Energieminister Altmann legte sein Amt zurück, man versprach sich dadurch auch eine eindeutigeren Oppositionspolitik. Die KPÖ war jedoch sodann erstrecht massiven Diffamierungskampagnen v.a. der SPÖ ausgesetzt, hatte sich aber selbst auch sehr eng an die sowjetische Kommandantur und die Rote Armee gebunden, denen in Österreich nach Jahren faschistischer Propaganda immer noch mit Ressentiments begegnet wurde – faktisch waren aber auch die Übernahme des „deutschen Eigentums“ durch die UdSSR und das Fehlverhalten mancher sowjetischer Soldaten Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus. Die KPÖ erreichte in den unmittelbaren Nachkriegsjahren daher zwar ungeahnte Mitgliederzahlen von 150.000 – viele Menschen versprachen sich dadurch wohl persönliche Vorteile –, stellte aufgrund der ungünstigen Verhältnisse aber nur kleine Fraktionen im Nationalrat und in den Landtagen.

Andererseits kann und muss man sagen: In immerhin sechs von neun Landtagen gelang der KPÖ nun erstmals der Einzug (nur in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg nicht). Auf Gemeindeebene gab es v.a. in Industrie- und Bergbaugegenden – und keineswegs nur in der sowjetischen Besatzungszone – zum Teil außergewöhnliche Stimmenanteile von bis zu 30 Prozent, vereinzelt auch darüber hinaus. D.h., trotz überschaubarer NRW-Prozentzahlen zwischen fünf und sechs Prozent, ist für die Nachkriegszeit zu konstatieren, dass die KPÖ in der österreichischen Arbeiterklasse fest verankert und ein relevanter Faktor war: Bei den AK-Wahlen 1949 und 1954 erreichten die kommu-

nistische Liste bzw. die „Gewerkschaftliche Einheit“ (GE) bundesweit annähernd 10 Prozent der Stimmen. Bei den industriellen Großbetrieben stellten die KommunistInnen ca. ein Drittel der Betriebsräte, in den USIA-Betrieben drei Viertel. Und keineswegs ist dieser Einfluss der KPÖ nur an Wahlen festzumachen – deren Aussagekraft und Bedeutung bleiben im bürgerlichen Parlamentarismus ja ohnedies immer begrenzt –, sondern auch an Mobilisierungserfolgen. Nachdem ihre Zahl an NR-Abgeordneten begrenzt geblieben waren und Neuwahlen blockiert wurden, setzte die KPÖ vermehrt auf außerparlamentarische Aktivitäten, zunächst im Kleinen, bald im Großen: Sie war die treibende Kraft der Proteste gegen die Lohn- und Preispolitik der Regierung ab 1947, die 1950 im großen Oktoberstreik mündeten.

Der Oktoberstreik von 1950 wurde von SPÖ- und ÖGB-Führung zum kommunistischen Putschversuch umgelogen, was der KPÖ abermals massiv schadete und z.T. bis heute nachwirkt. In unmittelbarer Folge wurden KPÖ-Funktionäre aus dem ÖGB ausgeschlossen, in vielen Betrieben verloren kommunistische Arbeiter ihre Arbeitsplätze. Das von der KPÖ vorgeschlagene Neutralitätsgesetz wurde lange verhindert und als Hochverrat verunglimpft. Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages von 1955 und dem Abzug der alliierten Besatzungstruppen kippte die Stimmung weiter: Die KPÖ scheiterte am Wiedereinzug in den Nationalrat, während sich ehemalige Nazis und Deutschnationale in Form des VdU (später: FPÖ) und mit Billigung und Förderung der SPÖ dort festsetzen konnten.

Die gesamte Rolle der Sozialdemokratie muss man sich nochmals konzentriert vergegenwärtigen: Die SPÖ verschwendete nach dem Zweiten Weltkrieg keinerlei Gedanken daran, mittels Einheitsfront einen sozialistischen Kurs zu ermöglichen. Durch die Etablierung der Volksdemokratien und den Aufbau sozialistischer Staaten in Ost- und Südosteuropa – in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich – hätte die internationale Entwicklung dies begünstigt, das sozialistische Lager wuchs weit über die UdSSR hinaus und erfasste schon 1949 China. Die SPÖ hatte sich jedoch mit der bürgerlichen Herrschaft und dem Kapitalismus arrangiert und teilte sich mit der ÖVP die Macht geschwisterlich. Mittels „Sozialpartnerschaft“ wurde die Sozialdemo-

kratie gar zur wichtigsten sozialen Stütze der kapitalistischen Ausbeutung in Österreich. Nur wenige aufrechte Sozialisten in der SPÖ, die dies nicht mittragen wollten, fanden den Weg in die KPÖ: So z.B. Erwin Scharf, ehemaliger RS-Funktionär und SPÖ-Zentralsekretär, der nach seinem Parteiausschluss über die zwischenzeitliche, von ihm gegründete Sozialistische Arbeiterpartei schließlich der KPÖ beitrug. Die ganze Tragödie der SPÖ wurde 1969 deutlich, als auf Betreiben Bruno Kreiskys, ideologisch ein Rechtssozialdemokrat, die „Eisenstädter Erklärung“ verabschiedet wurde, die jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten ausschloss. Um endgültig alleinregierungsfähig zu werden, paktierte Kreisky kurz darauf mit der FPÖ, deren damaliger Obmann der ehemalige SS-Obersturmführer Friedrich Peter war.

Gegen den modernen Revisionismus – für marxistisch-leninistische Erneuerung

Die KPÖ hatte zu diesem Zeitpunkt bereits viele Mandate verloren, nicht nur ihre Vertretung im Nationalrat (1959), auch in einigen Landtagen (Salzburg 1949, Burgenland 1956, Niederösterreich 1959, Wien 1969). Ab 1970 (Kärnten, Steiermark) war sie schließlich in keinem Regionalparlament mehr vertreten. Auch innerlich wurde sie geschwächt: 1965 war der langjährige Vorsitzende Koplénig zurückgetreten, sein Nachfolger wurde Franz Muhri. In dieser Zeit gab es zunächst zwei antirevisionistische Abspaltungen von der KPÖ, nämlich den „Verein revolutionärer Arbeiter“ (VRA) sowie die „Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs“ (MLPÖ) – beide konnten sich jedoch nicht festigen und gerieten auf hoxhaistische bzw. maoistische Abwege (in der Tradition der Letzteren steht heute mehr oder minder die „Initiative für den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei“, IA.RKP). Das hatte jedoch auch den Grund, dass die Fraktion des modernen Revisionismus, die sich in der KPÖ rund um Ernst Fischer und Franz Marek ausbreitete und die Partei in eine veritable Krise geführt hatte, sich letztendlich nicht durchsetzen konnte. Im Zentralkomitee und schließlich am Parteitag 1969 erlitten die Revisionisten deutliche Niederlagen, die Einheit der Partei auf Basis einer marxistisch-leninistischen Identität blieb bestehen. Damit war jedoch der Austritt einer relevanten Zahl von Mitgliedern verbunden, auch

der Jugendverband FÖJ (Freie Österreichische Jugend), der nach dem Zweiten Weltkrieg den Kommunistischen Jugendverband (KJV) ersetzt hatte, ging verloren.

Dass der 1918 (wenige Tage nach der Partei) gegründete, 1931 im Prinzip bereits illegalisierte und im antifaschistischen Widerstand höchst verdienstvolle KJV 1945 nicht weitergeführt bzw. nicht neu konstituiert wurde, hatte seinen Grund in der volksdemokratischen Orientierung der KPÖ: In der FÖJ sollten kommunistische, sozialistische und katholische Jugendliche und junge Erwachsene gemeinsam im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung aktiv sein. Da es zu dieser nicht kam, war die Idee an sich hinfällig, die FÖJ blieb de facto die der KPÖ nahestehende Jugendorganisation. Im Zuge der offenen Parteikrise stellte sich die FÖJ-Führung 1968 deutlich auf die Seite der Revisionisten und die Wege trennten sich dementsprechend. Junge Mitglieder der KPÖ gründeten daher am 10. Mai 1970 die Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ) als neue, klar marxistisch-leninistische Jugendorganisation.

Ein wenig anders gestalteten sich die Dinge im Studierendenbereich: Der Verband demokratischer Studenten konnte sich 1970 zwar erfolgreich der revisionistischen und „eurokommunistischen“ Fraktion entledigen und in Marxistisch-Leninistische Studenten (MLS) umbenennen, in weiterer Folge, in der die MLS eine maoistische Ausrichtung annahm und zum Kern des späteren „Kommunistischen Bundes“ (KB) wurden, kam es jedoch zum Bruch mit den KPÖ-nahen Studierenden: Diese gründeten am 14. Oktober 1972 den Kommunistischen Studentenverband (KSV, heute: StudentInnenverband).

Festzuhalten ist somit, dass die Gründung von KJÖ und KSV deutliche Bekenntnisse der um die KPÖ gruppierten kommunistischen Bewegung zum Antirevisionismus und zur Erneuerung der Bewegung auf marxistisch-leninistischer Grundlage waren. Im Falle des KSV bedeutete die Neukonstituierung auch eine Absage an den linken Radikalismus, Maoismus und Trotzismus. Die Nebenprodukte MLS, KB und GRM („Gruppe Revolutionärer Marxisten“) verschwanden von der Bildfläche.

Auch im gewerkschaftlichen Bereich hatte eine kleine revisionistische Gruppe den Namen „Gewerkschaftliche Einheit“ gekapert, daher erfolgte 1974 die Gründung des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB). Die GE fand über die Gruppe „Unabhängige Gewerkschafter“ (UG) schließlich zu den Grünen, ihre Reste sind heute Teil der grünen Gewerkschafts- und AK-Fraktion AUGE/UG.

Unterm Strich ist über die Parteikrise zu sagen: Die Widerstandsfähigkeit der KPÖ erwies sich als richtige und notwendige Katharsis: Die Oberhoheit über den Revisionismus, der selbst vor der KPdSU nicht haltmachte, blieb erhalten, mit der Gründung von KJÖ, KSV und GLB wurden deutliche antirevisionistische, marxistisch-leninistische Signale gesetzt. Gleichzeitig stand in der Partei selbst die Erneuerung und Neuausrichtung auf der Agenda: Im Gegensatz zur Nachkriegszeit, als auf eine zeitnahe volkdemokratisch-revolutionäre Entwicklung gesetzt wurde, ging es nun darum, eine längerfristige Orientierung und Strategie zu erarbeiten, in der es um die Heranführung an den Sozialismus gehen sollte.

Die 1970er Jahre waren, nach einer abermaligen Absage an den grasierenden „Eurokommunismus“, daher innerparteilich geprägt von programmatischen Diskussionen und Fortschritten, einer eigenständigen SMK-Analyse, strategischen und bündnispolitischen Fixierungen und theoretischen analytischen Konferenzen, die schließlich in der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms unter der Leitung von Ernst Wimmer mündete. Dieses Programm, „Sozialismus in Österreichs Farben“, wurde 1982 beschlossen – es ist das letzte marxistisch-leninistische Programm der KPÖ.

Konterrevolution und Neuorientierung

Angesichts der umfassenden Niederlage des sozialistischen Lagers in Europa und des Sieges der Konterrevolution zwischen Elbe und Beringstraße 1989-1991 stellte sich in fast allen kommunistischen Parteien des Kontinents die Sinn- und Existenzfrage – auch in der KPÖ.

Und die KPÖ unternahm dies mit neuem Personal: Langjährige, ja jahrzehntelange, maßgebliche Führungspersonen schieden 1990/91 – z.T. unfreiwillig – aus dem Zentralkomitee aus, darunter u.a. Ernst Wimmer, Erwin Scharf, Hans Kalt, Karl Russhelm, Willi Gaisch und Karl Zenker. Vinzenz Böröcz war bereits drei Jahre zuvor zurückgetreten, und auch der Vorsitzende Muhri stand nicht mehr für sein bisheriges Amt zur Verfügung.

An die Spitze der KPÖ traten Walter Silbermayr und Susanne Sohn – dies blieb eine kurze Episode, die jedoch andeutete, worin die Gefahr bestand: Das Projekt des neuen Vorsitzteams bestand in der Liquidierung der KPÖ als kommunistischer Partei und der Neugründung als allgemeiner Linkspartei, die zwar immer noch links der SPÖ stünde, aber ihrer wesentlichsten Werkzeuge entledigt wäre: An die Stelle von Marxismus-Leninismus, Klassenkampf und Revolution sollten Linkspluralismus, Reformismus und Sozialarbeit treten. Doch noch binnen Jahresfrist zeigte sich, dass die verbliebene Mitgliedschaft nicht zu dieser Selbstaufgabe bereit war, dieser Weg fand 1990/91 keine Mehrheit. Silbermayr und Sohn traten zurück (und aus), am Parteitag 1991 wurde eine neue Parteileitung gewählt: Margitta Kaltenegger, Otto Bruckner und Julius Mende fungierten als BundessprecherInnen, Walter Baier als Sekretär.

So hatte die KPÖ zwar unter ihrem Namen Bestand, die Auf- und Abweichung bisheriger Linien hatte dennoch begonnen. Die so oder so anstehende Neuorientierung implizierte zunächst Orientierungslosigkeit, die Einheitlichkeit war beschädigt. Damit war die KPÖ freilich nicht alleine, denn dieser Zustand – oder eher: Prozess – spiegelte die Vorgänge in allen europäischen kommunistischen Parteien – ob West- oder Ostpartei – wider und führte bei verschiedenen Parteien zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Drei Entwicklungslinien

Manche Parteien verschrieben sich der vollständigen Sozialdemokratisierung – dies betraf z.B. die einst so große Italienische KP, die über die Zwischenstation „Demokratische Linke“ (SD) heute als „Demo-

kratische Partei“ (PD) firmiert, oder auch die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (heute: Ungarische Sozialistische Partei, MSZP). In beiden Ländern kam es daher folgerichtig zu kommunistischen Neugründungen: In Italien zunächst der Partei der kommunistischen Wiedergründung (Partito della Rifondazione Comunista), in weiterer Folge der Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) sowie der Kommunistischen Partei (Partito Comunista, PC), in Ungarn der Kommunistischen Arbeiterpartei (MKMP, heute: Arbeiterpartei, MP). – Dieser erste Weg ist also jener der vollständigen Liquidierung der kommunistischen Partei und des Übergangs zur Sozialdemokratie.

Andere Parteien unterzogen sich einer teilweisen Sozialdemokratisierung, um sich als linkssozialistische Parteien und als Koalitionspartner der Sozialdemokratie und der Grünen anzubieten. Dies betrifft z.B. die heutige deutsche Partei „Die Linke“, wenn man sie in Kontinuität der SED und PDS sehen möchte, oder die französische und spanische KP. Allerdings kam es auch in diesem Bereich zu Neugründungen, die z.T. von kommunistischen Parteien als Bündnisse initiiert wurden und sich sodann verselbständigten: Dafür stehen z.B. die Izquierda Unida in Spanien oder – insbesondere – zunächst Synaspismos und sodann SYRIZA in Griechenland. Aber auch manch neu gegründete KP schlug in weiterer Folge diesen Weg ein, etwa die bereits oben erwähnte Rifondazione in Italien. – Dieser zweite Weg bedeutet also die Liquidierung des kommunistischen Charakters der Partei (wobei der formelle Name hier keine Rolle spielt) bzw. des kommunistischen Kerns eines Bündnisses und den Übergang zum allgemeinlinken Reformismus.

Drittens gab es jene Parteien, die den Versuch einer Erneuerung auf marxistisch-leninistischer Grundlage unternahmen. Das bekannteste (und erfolgreichste) Beispiel hierfür ist die KP Griechenlands (KKE, die sich zuvor allerdings auch einem besonders misslichen Irrweg verschrieben hatte), ebenso fällt die Portugiesische KP (PCP) in diesen Bereich. Neuerdings, nach einer längeren gegenteiligen Phase an der Parteispitze, muss man auch der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) diese Umorientierung attestieren, wenngleich die drei genannten Parteien unleugbare Unterschiede aufweisen. Daneben sind natür-

lich auch in diesem Bereich Neugründungen dort notwendig gewesen, wo diese Erneuerung nicht mehr möglich war (z.B. PC in Italien), mancherorts sind auch frühere antirevisionistische, zwischenzeitlich maoistische oder hoxhaistische Parteien in die Bresche gesprungen (z.B. PTB/PVDA in Belgien in der zweiten Hälfte der 0er Jahre). – Dieser dritte Weg bedeutet daher den Erhalt bzw. die Wiederherstellung des kommunistischen, marxistisch-leninistischen Charakters der Partei.

So bitter die Rückschläge und die Bedingungen der Neubeginne waren und sind, so ist es doch nicht frei von Ironie, dass diese Dreiteilung als gewisse Duplizität des Historischen erscheinen mag: Nach 100 Jahren stehen wir wieder, um es mit dem recht klassischen deutschen Beispiel zu untermalen, vor der Frage: SPD – USPD – KPD. Sie lautet nun eben: SPD – LINKE – DKP. Oder schon weiter zuge-spitzt (und mit gänzlich anderem Kräfteverhältnis), nach griechischen Bedingungen: PASOK – SYRIZA – KKE.

Die KPÖ unter Walter Baier

Hiermit nun zurück zur KPÖ in den 1990er Jahren. Im März 1994 tagte der 29. Parteitag in Linz. Dabei wurde nicht nur Walter Baier zum neuen Vorsitzenden gewählt, sondern auch das programmatische Dokument „Grundzüge einer Neuorientierung“ verabschiedet. Trotz einer Reihe richtiger Feststellungen und Festlegungen und mancher Lippenbekenntnisse ist in den „Grundzügen“ die kommende Entwicklung vorgezeichnet: Der Leninismus springt über die Klinge, dafür wird dem Pluralismus der Meinungen das Wort geredet – das hat jedoch weniger mit Demokratie oder Antidogmatismus zu tun als vielmehr mit der Aufgabe des Strebens nach sowie des Anspruches auf Wahrheit und Wirklichkeit. Damit einher geht die Aufhebung der Solidarität mit dem sozialistischen Lager, der „Realsozialismus“ wird gar als Irrweg eingeschätzt. Zwar ist noch von einer marxistischen Identität der KPÖ die Rede, jedoch stellt sie sich in den Kontext so genannter „Linkskräfte“ mit äußerst unterschiedlichen ideologischen und gesellschaftspolitischen Ansätzen, bis hin zum Christentum. Dazu passt dann auch die Neuordnung der eigenen Geschichte: die Revisionisten

der 1960er Jahre werden rehabilitiert, die damaligen Entscheidungen der KPÖ verdammt und zum Grund des Niedergangs erhoben. An diesem arbeitete man jedoch gerade selbst: Später im gleichen Jahr erreicht die KPÖ ihren historischen Tiefpunkt bei NR-Wahlen (0,21%, ca. 11.000 Stimmen) sowie bei den AK-Wahlen (1 Mandat).

Die Parteiführung um Baier sah die KPÖ immer weniger als Partei der Arbeiterklasse, des Klassenkampfes und der Revolution, sondern bemühte sich um das Finden einer biologischen Nische im politischen System, in der die KPÖ als pluralistisch-linksintellektuelle und moralisierende Zwischenruferin überleben könnte. Demgemäß orientierte sich z.B. die nun (1994-2004) als Wochenzeitung (und keineswegs als KPÖ-Zentralorgan) erscheinende „Volksstimme“, in diesem Sinne ist aber etwa auch die Nationalratswahl 1999 zu sehen, für welche die Kulturschaffenden Alfred Hrdlicka, Sigi Maron und Helmut Zenker als prominente Spitzenkandidaten gewonnen werden konnten – das positive Ergebnis blieb jedoch überschaubar. Denn diese politische Nische gibt es freilich nur, wenn sie die Herrschenden zulassen, d.h. als Reserve benötigen. Gleichzeitig bedeutete diese Orientierung den tieferen Bruch mit der Geschichte des Frühsozialismus und der marxistisch-leninistischen KPÖ, mit der Arbeiterklasse als historischem Subjekt sowie mit den verbliebenen Kräften der kommunistischen Identität, denen parteiintern und extern mit den diffamierenden Vokabeln der Klassenfeinde und des Antikommunismus – Dogmatismus, Stalinismus, Sektierertum – begegnet wurde.

So sehr der Marxismus-Leninismus nun in der KPÖ zunächst nur noch ein wenig geduldet, sodann aber bekämpft wurde, so zeigte sie sich andererseits offen für alle möglichen Ideen von außerhalb: In die Partei drangen Ansichten ein, die dem Marxismus fremd waren – postoperaistische Ansätze, „zivilgesellschaftliche“ Partikularinteressen, bürgerlicher „Feminismus“, kosmopolitische Illusionen, ein bestenfalls „marxianischer“ Eklektizismus oder auch die „antinationale“ Ideologie und somit offener Antikommunismus. Dem gegenüber gerieten Klassenstandpunkt, Antiimperialismus, solidarischer Internationalismus und einfachste marxistische Grundlagen ins Abseits. Im Konkreten waren damit Differenzen verbunden etwa um die Frage

der Beurteilung der EU und ihrer Perspektiven, der Beteiligung oder des Aufgehens in Bündniskonstellationen bzw. deren Breite, sogar die Kuba-Solidarität war keine Selbstverständlichkeit mehr. Im Kern aber sind all dies Abkömmlinge der Selbstbestimmung der Partei als solcher, ihres Charakters, ihrer Identität, ihrer Programmatik und Strategie – sowie ihres Zieles.

Man stand also zur Jahrtausendwende und im Vorfeld des 31. Parteitages im Jahr 2000 wieder in der Debatte über Programmatisches. Während sich nicht weniger als zwölf Parteivorstandsmitglieder gegen die politische Plattform, die von der engeren Parteiführung um Baier vorgeschlagen wurde, wandten, fand auch der Gegenentwurf der sich immer deutlicher herausbildenden marxistisch-leninistischen Opposition keine Mehrheit – der Parteitag beschloss die Einleitung einer umfassenden Programmdebatte, inklusive der Durchführung begleitender Konferenzen (Arbeiterklasse heute, Kommunalpolitik) und der zwischenzeitlichen Einrichtung eines Online-Diskussionsforum. Die Debatte gestaltete sich jedoch schwierig, zu weit waren die Standpunkte bereits auseinandergedriftet. Aus diesem Grund verband sich jede inhaltliche Debatte geradezu zwingend – so unerquicklich das auch ist – mit Personalfragen. Ein offener Brief, der von vielen prominenten Mitgliedern und MandatarInnen der KPÖ unterschrieben wurde, forderte eine Neuausrichtung und den Rücktritt Baiers, dieser wiederum unterstellte der Opposition offenen Fraktionismus. Somit war für den nächsten, den 32. Parteitag, mit einer Zuspitzung zu rechnen – dieser fand aufgrund der vorverlegten Nationalratswahl schließlich im April 2003 in Wien statt und wurde als Mitgliederparteitag abgehalten. D.h. alle KPÖ-Mitglieder waren teilnahme- und stimmberechtigt.

Vom 32. zum 33. Parteitag der KPÖ

Als inhaltlicher Kompromiss wurde das Papier „Wofür steht die KPÖ?“ beschlossen, das maßgeblich vom allseits angesehenen Manfred Groß, Vorsitzender des GLB, verfasst worden war. Bei der Neuwahl des Parteivorstandes sowie der leitenden Funktionen standen einander komplett gegensätzliche Listen und KandidatInnen gegen-

über. Bei der Wahl um den Vorsitz kandidierte für die Opposition der Tiroler Landesvorsitzende Manfred Eber gegen Baier und unterlag mit 183 gegen 204 Stimmen (52,7 Prozent). Dies war nicht nur einer gezielten (und vermutlich kostenintensiven) Zusatzmobilisierung der Parteiführung zum Wahlvorgang geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass der prominenteste (vermeintliche) Vertreter der Opposition, der Grazer Stadtrat Ernest Kaltenegger, entgegen jeder Erwartung in seiner Wortmeldung zur Wahldebatte nicht zur Wahl Ebers aufrief und somit Baier den Verbleib an der KPÖ-Spitze ermöglichte. Dass die Mehrheitsverhältnisse andere gewesen wären, zeigten die restlichen Wahlen: Bei der Wahl um die Frauenvorsitzende gewann die Tiroler Landessekretärin Petra Stöckl gegen die Baier-Kandidatin Heidi Ambrosch mit 197 (51,3 Prozent) zu 188 Stimmen.

Im neuen Parteivorstand, in den Baier zwar nicht gewählt wurde, wo er jedoch als Vorsitzender dennoch vertreten war, gab es potenziell eine Mehrheit gegen die vorherige Parteiführung um Baier. Von den lediglich sieben Mitgliedern repräsentierten Baier und Michael Graber (Finanzverantwortlicher) die Parteiführung, die stv. Vorsitzende Elke Kahr (Steiermark) und Stöckl deutlich die Opposition, hinzu kamen die (in unterschiedlicher Intensität) durchaus Baier-kritischen KandidatInnen aus den Reihen des GLB, v.a. Robert Hobek, mit Abstrichen Manfred Groß und Oliver Jonischkeit. Die Kontrolle über den Apparat, Parteimedien, Ressourcen und Finanzen ermöglichte es Baier, ungeachtet der Verhältnisse zu agieren, die VertreterInnen der Opposition zu ignorieren und de facto auszuschalten – auch wurde entsprechender Druck bis hin zum Mobbing ausgeübt, wie manche Beteiligte es formulierten. D.h. die administrativen Maßnahmen unterbanden die demokratischen Möglichkeiten, schließlich traten von Oktober 2003 bis Februar 2004 aus Protest bzw. aufgrund der durch die Unterdrückung verursachte Belastung nacheinander Stöckl, Hobek, Kahr und Jonischkeit aus dem Parteivorstand zurück, während Groß aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stand. Damit verblieben lediglich Baier und Graber im Parteivorstand, von einer fraglich legitimierten KPÖ-„Frauenversammlung“ wurde Margit Kain als zu kooptierendes Vorstandsmitglied nominiert. Dieser Rumpfvorstand setzte sich sodann auch noch über einen klaren Be-

schluss des 32. Parteitages hinweg: Dieser hatte beschlossen, dass der 33. Parteitag wieder als Mitgliederparteitag durchzuführen ist – Baier, Graber und Kain beriefen den 33. Parteitag jedoch als Delegiertenparteitag ein, und zwar für Dezember 2004. Dass die „Parteiführung“ nun einen PT mit handverlesenen Delegierten und aufgrund nicht einsehbarer Mitgliederzahlen mit sicheren Mehrheiten ihrerseits vorbereiteten würde, war klar.

Eine inhaltliche Eskalation erfuhr die KPÖ noch durch den Beitritt zur neuen „Partei der Europäischen Linken“ (EL) per 8. Mai 2004 (Gründungskongress in Rom). Während die Opposition diesen Schritt ablehnte und der Meinung war, er könnte allenfalls durch einen Parteitag beschlossen werden, inszenierte die Parteiführung eine Konferenz, die sich für die Beteiligung an der römischen Konstituierung aussprach. Zu den folgenden EU-Parlamentswahlen sollte die KPÖ zudem unter der Bezeichnung „LINKE – Für ein solidarisches Europa“ antreten, was sogleich den EL-Vorgaben entsprach: In ihr sammelten sich auf EU-konformer Weise ehemals kommunistische, nun revisionistische Parteien sowie linkspluralistische, reformistische Neugründungen, darunter die deutsche Partei „Die Linke“, die italienische „Rifondazione“ oder die griechische „Synaspismos“. Aufrechte Parteien kommunistischer Identität lehnten die EL ab, so z.B. die griechische oder die portugiesische KP.

Etwa zur gleichen Zeit – und nach dem Ausscheiden des Großteils der gewählten Parteivorstandsmitglieder aus diesem – versuchte die marxistisch-leninistische Opposition, die sich hauptsächlich in Wien-Ottakring, der Steiermark und Tirol befand, einen organisatorischen Rettungsversuch zu unternehmen: Im April wurde auf einem Treffen in der Obersteiermark die „Kommunistische Initiative zur Erneuerung der KPÖ“ gegründet, als deren Sprecher Otto Bruckner, Gerhard Bruny (Ottakring) und LT-Abg. Werner Murgg (Leoben) fungierten. Das erklärte Ziel konnte jedoch nicht erreicht werden.

Angesichts des einberufenen Delegiertenparteitages, dessen Statutenkonformität vom KPÖ-Schiedsgericht trotz gegenteiliger Beschlusslage des 32. PT abgesegnet wurde, gab es seitens der Opposition im

Sommer einen letzten Versuch, in Amstetten einen legitimen Mitgliederparteitag einzuberufen – dies wurde durch die Parteiführung mit juristischen Mitteln verhindert. Daher tagte am 4. und 5. Dezember 2004 der 33. PT der KPÖ in Linz, die Delegierten winkten Baiers Wiederwahl, eine neue politische Plattform sowie ein neues Statut durch. Von der Opposition aus Wien, Tirol und der Steiermark wurde dieser PT aus Protest boykottiert. Die KPÖ Steiermark betrachtet ihn bis heute als illegitim und verlangt formell die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem 33. Parteitag.

Ausgestattet mit kompletter Machtfülle, ging die KPÖ-Führung nun daran, die Opposition auszuschalten: Auf Basis der Beschlüsse von Linz wurden prominente Oppositionsmitglieder ausgeschlossen bzw. ihnen kein neues Mitgliedsbuch ausgestellt, darunter Lisl Rizy, Gerhard Dusek oder Helmuth Fellner. Andere, darunter Bruckner, Bruny, Selma Schacht oder Gerhard Mack, kamen dieser Maßnahme zuvor, indem sie selbst ihren Austritt erklärten – viele Mitglieder, insbesondere aus den Wiener Bezirken Ottakring und Brigittenau, folgten diesem Beispiel, und auch KJÖ und KSV distanzieren sich nun endgültig von der KPÖ. Kurz darauf wurde nicht nur die GO Wien-Ottakring, sondern die gesamte LO Tirol (Eber, Stöckl) durch die Parteiführung aufgelöst und mit hörigen Personen neu konstituiert. Damit hatten sich Baier und seine Unterstützer eines Großteils der Opposition entledigt. Lediglich die bei GR- und LT-Wahlen erfolgreiche KPÖ-LO Steiermark musste man unberührt lassen – ihre Zerstörung hätte einen größeren Imageschaden angerichtet, gleichzeitig wurde sie aber auch als geringere „Gefahr“ eingeschätzt. – Für die marxistisch-leninistischen Kräfte war der Kampf um die KPÖ damit verloren.

Gründung der KI und der PdA

Im Januar 2005 gründeten ausgeschlossene und ausgetretene ehemalige KPÖ-Mitglieder in Wien-Wieden den Verein „Kommunistische Initiative“ (KI) als Sammlungsbewegung der marxistisch-leninistischen Kräfte außerhalb der KPÖ. Ihr Vorsitzender wurde Otto Bruckner, ihr Ziel war die Schaffung einer marxistisch-leninistischen Partei in Österreich. Auf Grundlage ihrer Tätigkeit in den folgenden Jahren

sowie jener der KJÖ und des KSV, unter Einschluss neuer Mitglieder, die zuvor der KPÖ oder der Sozialdemokratie angehört hatten, konnte 2011/12 der Parteigründungsprozess eingeleitet werden: programmatische Grundsätze und Statuten wurden vorbereitet, Vorbereitungskongresse und öffentliche Versammlungen durchgeführt, ehe für 12. Oktober 2013 zum Gründungsparteitag geladen wurde. Dieser fand unter großer Beteiligung im Wiener Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus statt, und die neue Partei erhielt den Namen „Partei der Arbeit Österreichs“ (PdA). Als Parteivorsitzender wurde abermals Bruckner gewählt, den stellvertretenden Vorsitz übernahmen Selma Schacht und Tibor Zenker.

Seither – im Februar 2018 fand der 3. PT der PdA statt – befindet sich die Partei im Auf- und Ausbau: Landesorganisationen und Grundorganisationen wurden eingerichtet, in fast allen Bundesländern neue Mitglieder aufgenommen, eine Programmkommission eingesetzt und der Versuch unternommen, mit den begrenzten Ressourcen eine entsprechende Parteiarbeit zu entfalten. Die PdA beteiligte sich an den Wiener Wahlen auf der Ebene von sechs Gemeindebezirken, mit dem Gewerkschaftsbündnis „Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International“ (KOMintern, bereits 2009 maßgeblich durch die KI gegründet), an dem auch revolutionäre migrantische Kräfte aus der Türkei/Kurdistan beteiligt sind, erreichte man bei den Arbeiterkammerwahlen 2014 jeweils ein Mandat in Wien und Niederösterreich, in Tirol wurde der Einzug knapp verfehlt. Zu den Erfolgen der PdA zählen außerdem die jährliche Durchführung der Internationalistischen Bündnisdemo am 1. Mai in Wien, theoretische, strategische und historische Bildungsreihen, aktuelle politische Veranstaltungen, öffentliche Kundgebungen und Erklärungen – nach Maßgabe des Möglichen. Jüngster Höhepunkt war wohl die Veranstaltungsreihe zum 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit einer würdigen, erfolgreichen und international besuchten Schlussveranstaltung in Wien im November 2017. Angesichts aller Schwierigkeiten weit davon entfernt, alle organisatorischen und strukturellen Bedingungen zu erfüllen, stellt die PdA ihrem Wesen nach heute dennoch die einzige bundesweite marxistisch-leninistische Partei Österreichs dar.

Auch international konnte die PdA die Verbindung zur kommunistischen Weltbewegung aufbauen und vertiefen. Sie ist Gründungsmitglied der 2013 geschaffenen „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“, 2016 wurde sie in den Kreis der „Solid-Net-Gruppe“ der Teilnehmer der „Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien“ aufgenommen, mit maßgeblicher Unterstützung durch die griechische und kubanische KP, aber auch durch die ungarische MP und die DKP. Die PdA nimmt nicht nur an europäischen und internationalen Treffen teil, sondern hat auch umfassende bilaterale Beziehungen zu anderen kommunistischen Parteien aufgebaut, die sich auf alle Kontinente erstrecken. In der internationalen kommunistischen Bewegung ist die PdA gut verankert.

Das soll und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die PdA über relevante Defizite verfügt. Der Mitgliederstand ist ansehnlich, aber ausbaufähig – und außerdem nicht 1:1 als Aktivistensstand zu verstehen. Oft ruht die Parteiarbeit auf zu wenigen Schultern, die Etablierung eines organisatorischen Zentrums, ohne hierfür finanzielle Mittel und daher freigestellte Personen zu haben, ist nur ansatzweise möglich. Der Parteivorstand ist zu oft mit „Alltäglichem“ befasst. Auch die Programmarbeit schreitet eher langsam voran. All' dies führt freilich dazu, dass die Verankerung der Partei in der Klasse noch nicht gegeben ist. Doch alle Probleme sind lösbar, alle Schwierigkeiten bewältigbar. Und vor allem: Sie müssen es sein, wenn es in Österreich wieder eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse geben soll, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Denn niemand anderer wird diese Partei schaffen und aufbauen.

KPÖ heute

Die KPÖ ist seit 2004 weiter im willkürlichen Linksreformismus versunken, der Vorsitzwechsel von Baier zu seinem langjährigen Kampagnon Mirko Messner 2006 änderte freilich nichts. Ihre beliebigen Wahlbündnisse sind jedes Mal gescheitert, sie befindet sich auf dem historischen Tiefpunkt ihrer gesellschaftlichen Relevanz – nicht nur quantitativ, sondern v.a. qualitativ, d.h. inhaltlich und programmatisch, zumal sie nichts anzubieten hat als linken Sozialdemokratismus, und

dies auch noch ohne klare Klassenorientierung. Hält man sich die ehrenvolle, kämpferische und opferreiche Geschichte der KPÖ vor Augen, so ist dies in jeder Hinsicht beschämend.

Ein wenig übertüncht wird der weitere Niedergang der KPÖ lediglich durch die Wahlerfolge ihrer steirischen Landesorganisation, die regelmäßig für zumindest kurzfristiges mediales Interesse sorgen. Trotz ihrer – inzwischen durch den Lauf der Zeit ohnedies hinfalligen – Position zum 33. PT und ihrer postulierten Eigenständigkeit, handelt es sich bei der KPÖ Steiermark um eine Landesorganisation der KP Österreichs. Diese LO unterliegt dem Statut und der Programmatik der Bundespartei, nebenbei ist sie auch in diverser Hinsicht von ihr abhängig (z.B. infrastrukturell). Das steirische Landesprogramm, das brauchbare Ansätze beinhaltet, ist politisch und organisatorisch bedeutungslos – nicht nur aufgrund der realen Strukturen, sondern zunehmend durch die politische Praxis der KPÖ Steiermark selbst. Sie tendiert zur reinen Wahlorientierung, der alles, auch grundsätzliche Prinzipien, untergeordnet werden, sie setzt auf die Beteiligung an der kapitalistischen Armutsverwaltung und auf ihre eigene Almosenpolitik. All' dies sind Dinge, die der klassischen Sozialdemokratie entsprechen. Anders zugespitzt: Was die KPÖ in Graz macht, macht die SPÖ in Wien, wobei die letztere freilich mehr Möglichkeiten und Erfolg hat, aber natürlich auch mehr Kritikpunkte liefert. Aufgrund ihrer real- und wahlpolitischen Ausrichtung und ihrer regionalen Abkapselung hat sich die KPÖ Steiermark, die bis 2004 ein wichtiger Teil der KPÖ-Linksopposition war, in eine Sackgasse manövriert. Die Realpolitik ist mit jener der KPÖ-Bundespartei vollständig kompatibel, die ideologischen Festlegungen im steirischen Programm sind offenkundig obsolet, aber ohnedies unwirksam. Kurz gesagt: Von der KPÖ Steiermark kann man sich keinen Beitrag zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen, revolutionären Partei der Arbeiterklasse erwarten. Zu erwarten ist vielmehr das Aufgehen in einem reformistischen Wahlprojekt, das auch eine Wiederannäherung an die Bundespartei implizieren wird – wie ohnedies bei allen Bundeswahlen gegeben –, und schließlich die völlige Integration des steirischen „Kommunismus“. Das mag man bedauerlich finden, doch jeder wählt nun mal seinen eigenen Weg.

Es ist indessen keineswegs auszuschließen, dass die KPÖ bzw. ein KPÖ-Wahlbündnis mit steirischer Hilfe nicht doch noch bei Wahlen außerhalb der Steiermark reüssieren könnte – damit wäre die Festlegung auf reformistische Stellvertreterpolitik freilich endgültig einzementiert und der Weg zum r2g-Mehrheitsbeschaffer offen. Wahrscheinlich ist das aber nicht.

Perspektiven der kommunistischen Bewegung

100 Jahre nach der Etablierung des parteiförmigen Kommunismus in Österreich stehen die revolutionären Kräfte vor erheblichen Aufgaben. In der PdA, in KJÖ und KSV sowie in der KOMintern sehen wir deutlich die Grenzen des bislang Möglichen und Erreichten. Angesichts von Neugründung und Neuaufbau wurde zum Teil weniger erreicht, als manche erhofft haben – aber auch mehr, als uns viele zugetraut haben.

Dies ist einerseits den äußeren Umständen geschuldet: Das revolutionäre Potenzial der österreichischen Arbeiterklasse ist verschüttet und erlahmt, Klassenbewusstsein und sozialistisches Bewusstsein muss erst wieder geschaffen werden. Dem entsprechen auch die Möglichkeiten der revolutionären Organisierung. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die vorhandenen marxistisch-leninistischen Kräfte im Wesentlichen in der und um die PdA gesammelt wurden, nur vereinzelt bestehen wohl noch Potenziale in der KPÖ oder der SPÖ, wo es durchaus auch kritische Personen gegenüber dem pseudokommunistischen und sozialdemokratischen Reformismus gibt. Schlussendlich liegt es nun aber an uns selbst, neue KommunistInnen heranzuziehen, Kader zu entwickeln und Einfluss in der Arbeiterklasse zu erlangen. Und das wiederum wird nur gelingen, wenn die PdA ihre Schwächen ablegt, ihre Stärken gezielt einsetzt, kontinuierlich und geduldig durch aufrechte Teilnahme an den Kämpfen der Klasse vorwärts schreitet.

Es ist eine bittere Wahrheit, dass die PdA weit entfernt ist von der Stärke der KPÖ im Jahre 1918 – wie es auch gesamtgesellschaftlich keine vergleichbaren Voraussetzungen gibt –, und Ähnliches gilt natürlich auch für die kommunistischen Jugendorganisationen. Nutzlos ist jedes Lamentieren darüber. Nutzlos ist es, sein Heil in der Ein-

heit mit den reformistischen Verfälschern des Marxismus zu suchen. Nutzlos ist es aber auch, zweckmäßige Bündnispolitik abzulehnen.

Wer sich tatsächlich in die besten Traditionen der österreichischen revolutionären Arbeiterbewegung stellen will, in die Traditionslinie von Hainfeld, des Jännerstreiks 1918, der KPÖ-Gründung 1918 und ihrer marxistisch-leninistischen Geschichte, der Februarkämpfe 1934, des antifaschistischen Widerstandes 1933-1945, des Oktoberstreiks 1950 und der antirevisionistischen Erneuerung der kommunistischen Bewegung der 1970er Jahre, der muss deren Weg fortsetzen: in der Parteiarbeit, in der gewerkschaftlichen Arbeit, in der Bündnisarbeit und in der internationalen Arbeit.

In der Partei braucht es eine politische Leitung, die auf fundierte Weise und auf der Höhe der Zeit analysieren und planen kann; es braucht ein organisatorisches Zentrum, das anleitet, mobilisiert und umsetzt; es braucht nicht zuletzt wirksame Grundorganisationen oder Zellen, die unsere Verbindung nach außen, zur Klasse sind. Wir benötigen eine entsprechende Disziplin, kollektive wie individuelle Verantwortung und Initiative auf Basis des demokratischen Zentralismus, wir benötigen eine programmatische und strategische Weiterentwicklung, die uns wiederum Anleitung zum Handeln wird.

In der gewerkschaftlichen und Betriebsarbeit, inklusive der AK, wird es darum gehen, die bestehenden Bastionen zu erhalten und möglichst zu stärken sowie neue zu schaffen – und alle diese zu vernetzen. Das klingt nach einer Selbstverständlichkeit, in der Partei gibt es jedoch mitunter eine gewisse Geringschätzung und Vernachlässigung dieser Tätigkeiten und Ziele. Angesichts dessen erscheint das bereits Erreichte umso bemerkenswerter, doch ist eine engere Verzahnung der Arbeit von Partei und Gewerkschaftsorganisation resp. -bündnis unerlässlich für weitere Fortschritte. Und dies ist eine klare Bringschuld der Partei, bei allen subjektiven Limits.

Die Bündnispolitik ist einerseits eine „innerkommunistische“ mit Jugendorganisation, Studierendenorganisation und Gewerkschaftsorganisation, die einerseits als institutionalisiert, aber zweifellos optimierbar

anzusehen ist. Die Bündnispolitik im sonstigen linken und im antimonopolistischen Bereich andererseits, die sich auf Kooperation mit organisierten und zu organisierenden Kräften bezieht, verfügt bislang über wenig Linie, basiert oft auf Zufälligkeiten oder Initiativen einzelner Mitglieder, während ein klares Bewusstsein des (Leitungs-)Kollektivs in diesem Bereich nur bedingt und unvollständig gegeben ist. Darüber hinaus braucht es präzisere Ziele und Planungen, die uns vom punktuellen Reagieren zum Agieren bringen. Schlussendlich gilt, dass auch hier mehr Kräfte zu investieren sind, will man eine entsprechende Rolle spielen.

Im Bereich der internationalen Arbeit wurde vieles erreicht, dennoch sind manch bilaterale Beziehungen noch gezielt zu vertiefen, wie es auch wünschenswert wäre, wenn die PdA vermehrt zum initiativen Akteur werden könnte. Dabei muss es auch gelingen, die Erfolge und Fortschritte in der internationalen Arbeit als Rückenwind für die eigene Gesamtentwicklung zu nützen.

Dies sind einige essentielle, aber nur kurz angerissene Punkte, damit die PdA ihrem eigenen Anspruch auch gerecht werden kann. Ihrem Wesen nach ist die PdA die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse in Österreich, in der Fortführung des revolutionären Erbes der SDAP und der KPÖ. Damit Wesen und gegenwärtige Erscheinung in Einklang gebracht werden, ist offenkundig viel zu tun. Und es muss getan werden. Denn die Sache der Arbeiterklasse, die Sache des Sozialismus benötigt eine Partei dieses Typs. Sie wird nicht vom Himmel fallen, sie wird nicht spontan entstehen, sie wird nicht eine Vereinigung mit reformistischen oder linksradikalen Kräften sein können. Sie wird – nach gegenwärtigem Stand der Dinge – das sein, was aus der PdA und den mit ihr verbundenen Kräften entsteht.

Das ist eine große Aufgabe und eine große Verantwortung, aber auch das Ehrenvollste, woran die marxistisch-leninistischen Kräfte in Österreich heute arbeiten können. Die Kommunistinnen und Kommunisten haben dies vor 100 Jahren übernommen – und sie müssen es aufs Neue tun. Damit auf Basis einer bewussten Vergangenheit aus einer schwierigen Gegenwart eine revolutionäre und sozialistische Zukunft entsteht.

Die marxistische Philosophie

Von Helmuth Fellner

1. Die wichtigsten Wegbereiter der marxistischen Philosophie

1.1. Hegel

Marx selbst sah seine Leistung eher bescheiden in der Entdeckung einiger neuer Prinzipien und Engels betonte, dass die Lehre der beiden, von ihnen „wissenschaftlicher Sozialismus“ genannt, ohne den „Vorausgang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels“ nie zustande gekommen wäre. (Engels, MEW 18: 516)

Was war nun das Besondere an dieser Philosophie des Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der von 1770-1831 lebte und in Berlin als staatlicher besoldeter Professor die damalige Elite des preußischen Staates unterrichtete? Hegel bringt einen neuen Gedanken in die Philosophie, der uns heute fast selbstverständlich erscheint: *„Was wir geschichtlich sind, der Besitz, der uns, der jetzigen Welt angehört, ist nicht unmittelbar entstanden und nur aus der Gegenwart gewachsen, sondern dieser Besitz ist die Erbschaft und das Resultat der Arbeit, und zwar der Arbeit aller vorübergehenden Generationen des Menschengeschlechts.“* (Hegel 1979: 27) Dass diese Erkenntnis der historischen Entwicklung menschlichen Denkens keineswegs unumstritten war und ist, sieht man z.B. in den etwa zur gleichen Zeit niedergeschriebenen Gedanken Schopenhauers: *„Das Werk des Philosophen hingegen will seine ganze Denkungsart umwälzen, verlangt von ihm, dass er alles, was er bisher in dieser Gattung gelernt und geglaubt hat, für Irrtum, die Zeit und die Mühe für verloren erkläre und von vorne anfangen (...)“*. (Schopenhauer 1851: 34)

Für Schopenhauer ist die Philosophie ein Kampfplatz großer Genies, die „selten geboren werden“ und alles Vorherige ausradieren. (Dies ist freilich höchst unlogisch, weil selbst wenn alle vorherigen Philosophien Sackgassen gewesen wären, hätte allein durch das Ausprobieren

dieser Sackgassen eine Entwicklung stattgefunden, da man nun um die Erkenntnis reicher ist, wie diese Sackgassen zu vermeiden sind).

1.1.1. Hegels Dialektik

Die Überlegenheit und Kraft der Hegelschen Philosophie zeigt sich freilich nicht nur in solchen grundsätzlichen, damals neuen Erkenntnissen. Hegels größte Leistung liegt in der Entwicklung seiner Dialektik, die er in seinem Buch „Wissenschaft der Logik“ systematisch darstellte. In diesem Buch, das leider zu den am schwierigsten zu lesenden Werken der Philosophie gehört, versucht Hegel eine „Verallgemeinerung der Geschichte des Denkens“.

Er unterscheidet zwischen der äußeren Erscheinung einer Sache (dem SEIN), dem dahintersteckenden WESEN und dem Begreifen (BEGRIFF) als dem Weg, um das WESEN hinter dem SEIN zu erkennen. *„Dialektik ist die Lehre, wie die Gegensätze identisch sein können und es sind (wie sie es werden) – unter welchen Bedingungen sie identisch sind, indem sie sich ineinander verwandeln –, warum der menschliche Verstand diese Gegensätze nicht als tote, erstarrte, sondern als lebendige, bedingte, bewegliche, sich ineinander verwandelnde auffassen soll.“* (Lenin, LW 38: 99) Hegel untersuchte die Art und Weise, wie sich Entwicklungsprozesse vollziehen, wie es kommt, dass aus bescheidenen Anfängen komplexe hochentwickelte Systeme wie die moderne Gesellschaft entstehen. Dabei sieht er die inneren Widersprüche, die in allen Dingen vorhanden sind, als den Trieb, der Veränderung und Höherentwicklung hervorbringt. Diese geschieht allerdings nicht in einem gleichmäßigen Prozess, sondern indem sich Dinge von Zeit zu Zeit in etwas qualitativ Anderes verwandeln, das sich wiederum durch erneute Bildung von Widersprüchen weiterentwickelt („Negation der Negation“). Was die menschliche Gesellschaft betrifft, so sieht er darin die Höherentwicklung des Geistes, der nach Antworten sucht über seine eigene Natur. Der einzelne Mensch verfolge zwar immer sein eigenes Interesse, aber dadurch bringe er oft ungewollt und unbewusst die Entwicklung der ganzen Gesellschaft voran: *„Jener Zusammenhang enthält nämlich dies, dass in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken*

und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen. Sie vollbringen ihr Interesse aber es wird noch ein Ferneres damit zustande gebracht, das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewusstsein, ihrer Absicht lag.“ (Hegel 1830: 88)

Die Menschen, die also zunächst ganz egoistisch nach Glück, Geld, Macht oder was auch immer streben, bewirken also, ohne dass sie das eigentlich beabsichtigen, gleichzeitig einen Fortschritt. Eine solche These ist an sich noch nicht besonders kritisch. Bis heute wird ja z.B. von den Anhängern der „Sozialen Marktwirtschaft“ behauptet, dass der Eigennutz des Einzelnen durch die Marktkräfte das Beste für alle bewirken würde. Dennoch erschien den meisten bürgerlichen Philosophen nach Hegel allein der Anspruch Hegels auf Entwicklung und historischen Fortschritt für die ganze Menschheit zu gefährlich, so dass sie ihn als „Historizismus“ verdammt und ganz oder teilweise aufgaben.

1.2. Die Linkshegelianer

Man kann die Faszination, welche die Philosophie Hegels auf junge Studenten aus bürgerlichem Haus dieser Zeit ausübte, gut verstehen. Schließlich wurde hier der Geist, die Vernunft als das höchste erklärt, was dem Selbstbewusstsein der jungen Mächtigernphilosophen in einer von Adelsvorrechten und Standesdenken geprägten Gesellschaft sehr entgegenkam. Eine Betrachtungsweise, die in Arbeit immer nur geistige Arbeit sah, fiel natürlich bei Leuten, die tatsächlich ausschließlich geistig arbeiteten, auf fruchtbaren Boden. So wurden auch der junge Karl Marx und der junge Friedrich Engels schnell glühende Anhänger Hegels. Freilich brachte die hässliche Realität des preußischen Staates die Träume von der Herrschaft der reinen Idee schnell zum Platzen. Polizeistaat, Pressezensur, Berufsverbot für kritische Professoren, feudale Überreste zeigten den Schülern Hegels nur allzu deutlich, dass der preußische Staat keineswegs die Verwirklichung der Hegelschen „Idee der Sittlichkeit“ war. Der bessere Teil von ihnen, die sogenannten Linkshegelianer, reagierte darauf, indem er die bestehenden Zustände einer radikalen literarischen Kritik unterzog. Diese Kritik blieb freilich in der Tradition Hegels vor allem

eine Kritik des falschen Denkens. Die herrschende Ideologie des preußischen Staats war aber die christliche Religion, so dass es nicht verwundert, dass diese zur ersten Zielscheibe vernichtender Kritik wurde. Der Philosoph David Friedrich Strauss zeigte mit kalter Logik in seinem Buch „Das Leben Jesu - kritisch bearbeitet“ die Widersprüche innerhalb der Bibel auf. Der offene Atheismus, der nun von den jungen Philosophen zur Schau getragen, stellte in einer Zeit, in der es fast undenkbar war kein Christ zu sein, eine scharfe Provokation der herrschenden Ordnung dar. Der radikalste Vertreter dieses neuen Atheismus war der Hegel-Schüler Ludwig Feuerbach.

1.3. Feuerbach

Ist bei Hegel der Mensch noch ein rein geistiges Wesen, dessen gesellschaftliche und historische Entwicklung eine Geschichte der Ideen ist, so gibt Feuerbach diesen Hegelschen Grundsatz auf und erklärt die Menschen (mehrere Jahrzehnte vor Darwin) zu einer Gattung, deren Gattungsfunktion das Denken und Sprechen ist, so wie auch die Tiere ihre jeweiligen besonderen Fähigkeiten haben. Damit wird die Religion zum indirekten Selbstbewusstsein der Gattung Mensch: *„Kein Wesen kann also in seinen Gefühlen, Vorstellungen, Gedanken seine Natur verleugnen. Was es auch setzt, es setzt immer sich selbst. Jedes Wesen hat seinen Gott, sein höchstes Wesen, in sich selbst. Preisest du die Herrlichkeit Gottes, so preisest du die Herrlichkeit des eigenen Wesens.“* (Feuerbach 1841: 87)

Im Gegensatz zu den heutigen bürgerlichen Verhaltensforschern, die meist die biologische Natur des Menschen zur Rechtfertigung von Unterdrückung, Gewalt und Ungerechtigkeit benutzen, ist Feuerbach jedoch dem Humanismus, dem Streben nach einer Vervollkommnung des Menschen verbunden. Daher muss er die Natur des Menschen vorwiegend in einem positiven Licht schildern: *„Aber was ist denn das Wesen des Menschen, dessen er sich bewusst ist, oder was konstituiert die Gattung, die eigentliche Menschheit im Menschen? Die Vernunft, der Wille, das Herz. Zu einem vollkommenen Menschen gehört die Kraft des Denkens, die Kraft des Willens, die Kraft des Herzens. Die Kraft des Denkens ist das Licht der Erkenntnis, die Kraft des Willens die Energie des Charakters, die Kraft des Herzens die Liebe.“* (Ebd.)

Freilich empfindet er auch den „Schmerz“, dass „das nicht in der Wirklichkeit ist, was in der Vorstellung ist“ und sieht die Aufgabe der Philosophie daher darin zur „Einheit des Menschen mit dem Menschen“ zu erziehen. Die Lehre Hegels, der die Geschichte als geistige Entwicklung sieht, schlägt also bei seinem Schüler Feuerbach ins Gegenteil um, und der Mensch wird nun als Naturwesen gesehen. Eine solche Anschauung, die nicht-materielle Dinge wie Geist, Denken, Bewusstsein auf materielle Dinge (Natur, Biologie, Umwelt) zurückführt, nennen wir Materialismus im Unterschied zum Idealismus Hegels (beide Begriffe werden also philosophisch ganz anderes gebraucht als in der Umgangssprache). Materialistische Philosophen gab es auch schon vor Feuerbach, allerdings war Feuerbach der Erste der konsequent in seinem System keinen Platz mehr für Gott oder irgendeine Art von höherem Wesen ließ. An seine Stelle trat nun die Liebe als moralische Forderung.

2. Die Grundlagen der marxistischen Philosophie

2.1. Die Grundfrage der Philosophie

Engels hat sie in folgenden Worten formuliert:

„Die große Grundlage aller, speziell neueren Philosophie ist die nach dem Verhältnis von Denken und Sein (...) je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Welterschöpfung irgendeiner Art annahmen (...), bildeten das Lager des Idealismus. Die anderen, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus.“ (Engels MEW 21: 274 f.)

Das Verhältnis von Sein und Denken oder allgemeiner, von Materie und Bewusstsein, bildet den Inhalt der Grundfrage der Philosophie. In der bloßen Wahrnehmung finden wir nicht zwei getrennte, voneinander unabhängige Welten, eine „Welt der Materie“ und eine „Welt des Bewusstseins“. Bewusstsein finden wir nur als menschliches Bewusstsein, als Produkt der Sinnes- und Hirntätigkeit und der prakti-

schen gesellschaftlichen Tätigkeit des Menschen. Es existiert immer nur als Bestandteil des materiellen Lebensprozesses der Menschen.

Warum ist es für die Menschen wichtig, das Verhältnis zwischen Materie und Bewusstsein, zwischen realem Sein und Denken richtig zu bestimmen? Ist das vielleicht nur eine „philosophische Spinnerei“, eine künstlich ausgedachte Frage? Wenn wir uns mit unserer Umwelt praktisch auseinandersetzen, im Arbeitsprozess auf sie einwirken und sie entsprechend unseren Bedürfnissen verändern, bilden unsere materielle praktische Tätigkeit und die geistige Tätigkeit unseres Bewusstseins eine untrennbare Einheit. Sie sind eng miteinander verflochten. Wenn wir hierbei aber erfolgreich sein und die angestrebten Resultate auch wirklich erreichen wollen, müssen wir es lernen, deutlich zwischen den Gegenständen der materiellen Welt einerseits und unseren Wahrnehmungen, Vorstellungen und Gedanken über diese Welt andererseits zu unterscheiden. Und genauso müssen wir zwischen der materiellen praktischen Tätigkeit, welche die Gegenstände tatsächlich verändert, und den gedanklichen Operationen des Bewusstseins unterscheiden, die allein überhaupt nichts verändern können.

Die Menschheit hat lange Zeit gebraucht, bis sie diesen fundamentalen Unterschied zwischen materiellen und geistigen Erscheinungen verstand. Und eine noch längere Zeit war erforderlich, diese Unterscheidung auch begrifflich herauszuarbeiten und in Begriffen festzuhalten. Das setzte eine bestimmte Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Verhältnisse und des theoretischen Denkens voraus, weshalb diese Unterscheidung erst in der antiken griechischen Philosophie erfolgte. Seither spielt die Frage nach dem Verhältnis von Seele und Körper, von Geist und Natur, von Denken und Sein, von Bewusstsein und Materie eine bedeutende Rolle im philosophischen Denken.

Die Gegenüberstellung von Materie und Bewusstsein ist eine Abstraktion. Wir abstrahieren von der Verflechtung der Bewusstseinsprozesse mit den materiellen Prozessen der Nerventätigkeit und der praktischen Tätigkeit, ebenso von den verschiedenen konkreten Formen, Inhalten und Resultaten der Bewusstseinstätigkeit und stellen das Bewusstsein überhaupt der Materie gegenüber. Die philosophi-

schen Kategorien „Materie“ und „Bewusstsein“ sind aber die weitestgehenden, umfassendsten komplementären Begriffsbildungen in der Philosophie. Ihre Gegenüberstellung führt unmittelbar zur materialistischen oder idealistischen Beantwortung der Grundfrage der Philosophie. Durch die Formulierung der Grundfrage der Philosophie ist also die höchste sinnvolle Abstraktionsstufe des philosophischen Denkens erreicht.

Weil die Grundfrage der Philosophie die höchste Frage ist, führt ihre Beantwortung unmittelbar zu einer der beiden möglichen Grundrichtungen der Philosophie: entweder zum Materialismus oder zum Idealismus.

2.2. Materialismus und Idealismus

Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt erstens, dass die Materie dem Bewusstsein zeitlich vorausgeht.

Die Materie existiert vor dem Bewusstsein, denn sie ist ewig und unendlich. Das Bewusstsein aber entsteht erst auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Materie. Seine Existenz hängt von ganz bestimmten Bedingungen ab, deshalb ist es vergänglich, bedingt und endlich. Die Einsicht, dass die Materie ewig ist, dass sie weder vernichtet noch erschaffen werden kann, ist eine gesicherte philosophische Erkenntnis von grundlegender Bedeutung. Sie gründet sich auf umfassendes und unumstößliches wissenschaftliches Beweismaterial, insbesondere auf die physikalischen Erhaltungssätze, die besagen, dass weder Masse noch Energie vernichtet oder aus Nichts erschaffen werden können.

Wir wissen weiter aus der Erforschung der Geschichte unserer Erde, dass es auf ihr vor einigen Milliarden Jahren noch kein Leben gab. Folglich konnte es auch keine mit Bewusstsein begabten Lebewesen geben. Erst nach längeren Entwicklungsprozessen entstanden Formen belebter Materie. Aus deren Evolution gingen schließlich auch die ersten Menschen hervor, und mit ihnen entstand erst ein voll ausgebildetes Bewusstsein.

Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt zweitens, dass das Bewusstsein ein Entwicklungsprodukt der Materie ist, welches auf der Grundlage besonders hoch organisierter Materie, des menschlichen Gehirns, als eine qualitativ besondere Eigenschaft der Materie entsteht.

Diese besondere Eigenschaft besteht in der Fähigkeit, die materielle Welt in ideellen Formen widerzuspiegeln, ideelle innere Modelle der äußeren Welt zu bilden, sich bewusst Ziele zu setzen und das Verhalten nach bestimmten Programmen zweckmäßig zu lenken.

Das Bewusstsein ist ein Produkt der naturgeschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Diese These des dialektischen und historischen Materialismus gründet sich auf die philosophische Verarbeitung eines riesigen Tatsachenmaterials und wichtiger Erkenntnisse vieler Wissenschaften.

Die Biologie, die Physiologie, insbesondere die Richtungen der Physiologie, die die Funktion der Sinnesorgane und der Nerven erforschen, haben die Entwicklung der natürlichen Voraussetzungen des menschlichen Bewusstseins detailliert untersucht. Durch diese Forschungen besitzen wir eine relativ geschlossene Kenntnis darüber, wie die biologische Evolution bei den tierischen Vorfahren des Menschen zur Herausbildung der natürlichen Voraussetzungen des Bewusstseins geführt hat. Wir wissen, wie sich in diesem Entwicklungsprozess die Organisation und Funktionsweise des Nervensystems und der Sinnesorgane sowie die hierauf beruhende psychische Tätigkeit herausgebildet haben. Aus diesen Vorstufen und Voraussetzungen des Bewusstseins, die es bereits bei den höchstentwickelten Tieren gibt, konnte das menschliche Bewusstsein aber erst allmählich unter dem Antrieb der beginnenden Arbeitstätigkeit der Menschen entstehen. Der Übergang von der instinktiv-biologischen Lebenstätigkeit der tierischen Vorfahren der Menschen zur kollektiven Arbeitstätigkeit, zur gemeinschaftlichen Anfertigung und Anwendung von Werkzeugen, war der entscheidende Schritt, der zur Herausbildung der Sprache und des abstrakt-begrifflichen Denkens führte. Die kollektive Arbeit verstärkte das Bedürfnis der Menschen nach Verständigung miteinander. Die hieraus hervor-

gehende Sprache erwies sich in Wechselwirkung mit der Arbeit als ein Faktor, der die Entwicklung des Bewusstseins, des Denkens förderte.

Friedrich Engels hat diesen Prozess wie folgt beschrieben: *„Arbeit zuerst, nach und dann mit ihr die Sprache – das sind die beiden wesentlichsten Antriebe, unter deren Einfluß das Gehirn eines Affen in das bei aller Ähnlichkeit weit größere und vollkommeneres eines Menschen allmählich übergegangen ist (...) Die Rückwirkung des Gehirns und seiner dienstbaren Sinne, des sich mehr und mehr klärenden Bewußtseins, Abstraktions- und Schlußvermögens auf Arbeit und Sprache gab beiden immer neuen Anstoß zur Weiterbildung (...)“*. (Engels, MEW 20: 307f.)

Diese Auffassung ist in der Folgezeit durch die Anthropologie, die Neurophysiologie und die Psychologie in vollem Umfang bestätigt und auf der Grundlage der neuen Forschungsergebnisse weiter präzisiert worden.

So ist das menschliche Bewusstsein also ein Entwicklungsprodukt der Natur und der Gesellschaft. Seine materiellen Grundlagen sind sowohl die besonders hoch organisierte Materie des Gehirns und seine Tätigkeit als auch die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen und ihre materielle praktische Tätigkeit. Zwischen diesen beiden Seiten der materiellen Grundlage des Bewusstseins besteht eine enge Wechselwirkung. Das Gehirn als Organ des Bewusstseins ermöglicht und vermittelt die aktive Auseinandersetzung des Menschen mit seiner natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt. Und diese Umwelt bestimmt in entscheidendem Maße den Inhalt der Hirntätigkeit.

Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt drittens, dass das Bewusstsein eine ideelle Widerspiegelung der materiellen Welt ist. Das Bewusstsein erzeugt seine Inhalte nicht aus sich selbst, sie fließen ihm auch nicht aus übernatürlichen Quellen zu, sondern es gewinnt sie aus der geistigen Aneignung und Widerspiegelung der materiellen Welt in Empfindungen, Wahrnehmungen, Vorstellungen, Begriffen, Aussagen, Theorien usw. Der Inhalt des menschlichen Bewusstseins ist also eine Widerspiegelung, eine Ab-

bildung der materiellen Welt. Diese Widerspiegelung entwickelt sich auf der Grundlage der jeweils gegebenen Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Praxis des Menschen, sie ist also historisch bestimmt. Dank seinem ideellen Charakter ist das Bewusstsein in der Lage, die materielle Welt widerzuspiegeln. Es kann so verallgemeinernde und abstrahierende Abbilder wesentlicher Eigenschaften und Zusammenhänge der äußeren Welt schaffen, sie speichern und mit ihnen operieren. Das Bewusstsein widerspiegelt nicht nur die Gegenstände, Prozesse, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt, sondern immer auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, Interessen und Bedürfnisse, auf deren materieller Grundlage es entsteht und sich entwickelt.

Die materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie besagt viertens schließlich, dass das Bewusstsein den Menschen als Mittel der aktiven Umgestaltung der Welt dient.

Widersprechen wir damit nicht der Behauptung, das Bewusstsein sei sekundär, abgeleitet und von der Materie bestimmt? Zwar ist das Bewusstsein sekundär gegenüber der Materie. Sie war vor dem Bewusstsein da, hat das Bewusstsein aus sich hervorgebracht und ist auch der Inhalt des Bewusstseins. Aber daraus folgt überhaupt nicht, dass es keine bedeutende Rolle spielen kann. Das Bewusstsein ist ein notwendiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Dieser ist als aktive Aneignung, Veränderung und Umgestaltung der Welt nur möglich, weil das Bewusstsein die Menschen befähigt, diese Welt zu erkennen, sich bewusst Ziele zu setzen, Erfahrungen zu sammeln, zu lernen und ideell entworfene Programme und Projekte materiell zu realisieren.

Der Materialismus in allen seinen historischen Formen stand stets im Gegensatz zum Idealismus und hat sich in ständiger Auseinandersetzung mit dem Idealismus entwickelt.

Der Idealismus ist die philosophische Grundrichtung, die davon ausgeht, dass das Bewusstsein, das Denken, der Geist, der Wille, also irgendetwas Ideelles, Immaterielles primär, grundlegend, bestimmend

ist; die Materie, die Natur, die materielle Welt sei von diesem hervorgebracht oder abhängig. Der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus ist eng mit dem Kampf der Wissenschaft gegen die Religion verbunden. Der Materialismus ist dem Idealismus und der Religion prinzipiell entgegengesetzt. Er bestreitet die Existenz Gottes oder anderer übernatürlicher Kräfte und ist folglich Atheismus. Der Idealismus ist eng mit der Religion verbunden; er ist ihr direkter oder indirekter theoretischer Ausdruck und ihre theoretische Begründung.

Die idealistische Philosophie hat ihre sozialen und ihre erkenntnistheoretischen Wurzeln. Der Idealismus geht einseitig an die Erkenntnis heran, er übertreibt oder verabsolutiert eine Seite des komplizierten, vielseitigen und in sich widersprüchlichen Erkenntnisprozesses, darin bestehen seine erkenntnistheoretischen Wurzeln. Der Marxismus weist auf die erkenntnistheoretischen Wurzeln des Idealismus hin, um damit zu unterstreichen, dass der Idealismus nicht schlechthin unsinnig, sondern eine verkehrte Widerspiegelung der Wirklichkeit ist und an bestimmte Besonderheiten und Widersprüche des Erkenntnisprozesses anknüpft. Die idealistische Philosophie ist nach einem Ausdruck von Lenin eine taube Blüte, die am lebendigen Baum der lebendigen, fruchtbaren, machtvollen und allgewaltigen menschlichen Erkenntnis wächst. Lenin verglich den Erkenntnisprozess mit einer Kurve, die sich einer Spirale unendlich nähert. Bei einseitigem und subjektiven Herangehen an ein Stückchen dieser Kurve kann sie in eine gerade Linie verwandelt werden, die den Menschen vom Hauptweg der Erkenntnis und von der Wahrheit wegführt.

2.3. Erkennbarkeit der Welt – Marxistische Erkenntnistheorie

Erkennen ist eine besondere Art der bewussten Widerspiegelung der objektiven Welt im gesellschaftlichen Bewusstsein, die sich durch charakteristische Merkmale auszeichnet. Worin bestehen sie? Erkennen ist theoretische Aneignung der objektiven Welt, das heißt eine Widerspiegelung, die sich auf die wesentlichen Eigenschaften, die allgemeinen Strukturen und die Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt richtet. Ihr Ziel ist, möglichst exakte gedankliche Abbilder dieser Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen

und diese in Form von Begriffen, Gesetzesaussagen, Formeln, Hypothesen, Theorien usw. zu einem gedanklichen Modell von Bereichen der Natur und Gesellschaft zu verarbeiten. Die adäquaten Abbilder von wesentlichen Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der objektiven Welt, die Erkenntnisse, dienen den Menschen als theoretische Grundlage ihrer zweckmäßigen Tätigkeit. Sie ermöglichen es ihnen, diese Eigenschaften, Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zum Zweck der planmäßigen Veränderung und Beherrschung von Naturprozessen und Gesellschaftsprozessen praktisch auszunutzen und anzuwenden.

„Wie verhalten sich unsere Gedanken über die uns umgebende Welt zu dieser Welt selbst? Ist unser Denken imstande, die wirkliche Welt zu erkennen, vermögen wir in unsern Vorstellungen und Begriffen von der wirklichen Welt ein richtiges Spiegelbild der Wirklichkeit erzeugen? Diese Frage heißt in der philosophischen Sprache die Frage nach der Identität von Denken und Sein und wird von der weitaus größten Zahl der Philosophen bejaht (...) Daneben gibt es aber noch eine Reihe anderer Philosophen, die die Möglichkeit einer Erkenntnis der Welt oder doch einer erschöpfenden Erkenntnis bestreiten (...) Die schlagendste Widerlegung dieser wie aller andern philosophischen Schrullen ist die Praxis, nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unsrer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unsern Zwecken dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfaßbaren ‚Ding an sich‘ zu Ende.“
(Engels, MEW 21: 276 f.)

“The proof of the pudding is in the eating. In dem Augenblick, wo wir diese Dinge, je nach den Eigenschaften, die wir in ihnen wahrnehmen, zu unserm eignen Gebrauch anwenden, in dem selben Augenblick unterwerfen wir unsre Sinneswahrnehmungen einer unfehlbaren Probe auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit. Waren diese Wahrnehmungen unrichtig, dann muß auch unser Urteil über die Verwendbarkeit eines solchen Dings unrichtig sein, und unser Versuch, es zu verwenden muß fehlschlagen. Erreichen wir aber unsern Zweck, finden wir, daß das Ding unsrer Vorstellung von ihm entspricht, daß es das leistet, wozu wir es angewandten, dann ist dies positiver Beweis dafür, daß innerhalb dieser Grenzen unsre Wahrnehmung

von dem Ding und von seinen Eigenschaften mit der außer uns bestehenden Wirklichkeit stimmen.“ (Engels, MEW 22: 10)

2.4. Dialektik - Grundgesetze und Triebkräfte der Entwicklung

Die materialistische Dialektik ist *„die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens“*. (Engels, MEW 20: 131 f.)

Die Philosophie untersucht zum Unterschied von den verschiedenen Einzelwissenschaften die allgemeinen Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der Welt, mit dem Ziel, eine umfassende weltanschauliche Orientierung auszuarbeiten. Dementsprechend untersucht die materialistische Dialektik die allgemeinen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten aller Entwicklung in Natur, Gesellschaft und Denken.

Die materialistische Dialektik beruht auf den Erkenntnissen der Einzelwissenschaften, welche die Entwicklungsgesetze der verschiedenen Bereiche der Natur und der Gesellschaft untersuchen; sie ist deren Verallgemeinerung. Deshalb ist ihre Kenntnis von grundlegender Bedeutung für alle Wissenschaften, denn sie gestattet es ihnen, alle Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse von einer weltanschaulich richtigen Position zu erforschen, den inneren Zusammenhang der weitgehend isoliert untersuchten Bereiche der Welt zu verstehen und die Resultate der jeweiligen Wissenschaft in das System des Wissens einzuordnen.

Die materielle Welt befindet sich in einem ständigen Entwicklungsprozess. Unter Entwicklung versteht man in der materialistischen Dialektik eine Bewegung in aufsteigender Linie, in deren Verlauf neue Qualitäten entstehen und ein nicht umkehrbarer Übergang von niederen zu höheren, von einfachen zu komplizierteren Qualitäten erfolgt. Diese Entwicklung in der materiellen Welt wird nicht durch äußere Einwirkungen verursacht, etwa durch einen göttlichen ersten Bewegter. Die materialistische Dialektik fasst die Entwicklung also als Selbstbewegung der Materie auf, deren Quelle und Triebkraft in der Materie selbst, in ihren inneren Widersprüchen liegt. Die ganze materielle Welt bildet ein System qualitativ verschiede-

ner Entwicklungsstufen, die entwicklungsgeschichtlich miteinander zusammenhängen. Die großen Entwicklungsstufen - anorganische Materie, organische Materie, menschliche Gesellschaft - gehen eine aus der anderen hervor. Jede dieser großen Entwicklungsstufen der Materie weist wiederum in sich zahlreiche Entwicklungsstufen auf.

Alle Entwicklungsprozesse verlaufen jeweils auf eine Art und Weise, die durch die Beschaffenheit und die Gesetzmäßigkeiten des betreffenden Systems bedingt ist. Zugleich besitzen sie alle aber auch bestimmte gemeinsame Züge. Diese kommen in den allgemeinen Entwicklungsgesetzen zum Ausdruck, die die Dialektik untersucht und formuliert. Die wichtigsten dieser allgemeinen Gesetzmäßigkeiten sind die Grundgesetze der Dialektik.

2.4.1. Gesetz von der Einheit und dem „Kampf“ der Gegensätze

Das Gesetz von der Einheit und dem „Kampf“ der Gegensätze erklärt die Quelle, die Ursachen und die Triebkräfte der Entwicklung. In jedem natürlichen und gesellschaftlichen System befinden sich bestimmte Elemente, Kräfte, Tendenzen, Prozesse usw. in einer aktiven Wechselwirkung. Sie bilden im Rahmen des Systems eine Einheit, bedingen einander, aber schließen einander zugleich aus, wirken in entgegengesetzter Richtung, das heißt, sie liegen sozusagen im „Kampf“ miteinander. Dieser „Kampf“ der Gegensätze, die sich im Verhältnis der Einheit und des gleichzeitigen „Kampfes“ befinden, bilden einen dialektischen Widerspruch. Alle materiellen Systeme und Prozesse sind durch dialektische Widersprüche charakterisiert. Diese dialektischen Widersprüche bestimmen die Struktur und die Entwicklung der materiellen Systeme, sie sind die eigentliche Quelle der Bewegung und Entwicklung. Aus diesem Grund hat Karl Marx auch im ersten Band des „Kapital“ den Widerspruch als *„die Springquelle aller Dialektik“* bezeichnet und Lenin nannte in seiner Schrift „Konspekt zu Hegels Wissenschaft der Logik“ die Lehre vom Widerspruch den *„Kern der Dialektik“*.

2.4.2. Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in neue qualitative Zustände.

Das Gesetz vom Umschlagen quantitativer Veränderungen in neue qualitative Zustände erklärt den allgemeinen Entwicklungsmechanismus. Es charakterisiert also eine weitere wesentliche Eigenschaft aller Entwicklungsprozesse. In der Bewegung beliebiger materieller Systeme erfolgen ständig Veränderungen quantitativer Art. Diese quantitativen Veränderungen vollziehen sich jedoch im Rahmen, in den Grenzen der gegebenen Qualität. Erst an einem ganz bestimmten Punkt führen die kontinuierlichen quantitativen Veränderungen zu einem plötzlichen Übergang in eine neue Qualität. Dann wird die allmähliche Veränderung, die evolutionäre Phase der Entwicklung, durch eine sprunghafte Veränderung, durch die revolutionäre Phase der Entwicklung, abgelöst. Evolution und Revolution machen also das Wesen der Entwicklung aus. Die Evolution, die quantitativen Veränderungen, bereiten die Revolution, den qualitativen Sprung, vor, in dessen Verlauf das alte System grundlegend umgestaltet beziehungsweise beseitigt wird und ein neues System mit einer völlig neuen Qualität entsteht. Diese neue Qualität bildet zugleich mit den ihr gemäßen Quantitäten eine neue Einheit. Der weitere Entwicklungsprozess verläuft auf der Grundlage der neuen Qualität zunächst wieder in Form quantitativer Veränderungen, bis ein erneuter Umschlag in eine neue Qualität erfolgt. Die Entstehung einer neuen Qualität im Entwicklungsprozess bedeutet, dass die alte Qualität „negiert“ (verneint) wird.

Die dialektische Negation bedeutet, dass im Entwicklungsprozess die Qualität, in deren Rahmen die Entwicklung bisher erfolgte, aufgehoben, beseitigt, überwunden wird und eine neue Qualität entsteht. Aber die alte Qualität wird nicht einfach vernichtet, sie verschwindet nicht spurlos. Vielmehr wird bei dieser Negation das bisherige positive Entwicklungsergebnis aufbewahrt, es wird in die neue Qualität übernommen und dient hier als Grundlage der weiteren Entwicklung. Nachdem eine neue Qualität entstanden ist, vollzieht sich die weitere Entwicklung in ihrem Rahmen. Wenn die quantitativen Veränderungen ein bestimmtes Maß erreicht haben, erfolgt erneut der Umschlag in eine neue Qualität, das heißt, die frühere Qualität wird ebenfalls

negiert. Diese war die Negation der vorangegangenen Qualität, nun wird sie ihrerseits negiert. Betrachten wir den ganzen Entwicklungszyklus in seinem Verlauf und Zusammenhang, dann können wir ihn als Negation der Negation charakterisieren.

2.4.3. Gesetz der Negation der Negation

Das Gesetz der Negation der Negation erklärt die allgemeine Richtung der Entwicklung als Fortschreiten vom Niederen zum Höheren und zeigt den inneren Zusammenhang der Entwicklungsstadien.

Die Entwicklung der materiellen Welt vollzieht sich in Entwicklungszyklen, die jeweils als Negation der Negation auftreten. Die Entwicklungszyklen sind aber keine geradlinige Höherentwicklung, sondern gleichen eher einer Spirale, die mit der Höherentwicklung zugleich in gewisser Hinsicht eine Rückkehr zum Ausgangspunkt des Entwicklungszyklus verbindet, weil bestimmte Züge, Eigenschaften usw. der früheren Entwicklungsstufe auf höherem Entwicklungsniveau wiederkehren. Lenin nannte dies eine *„Entwicklung, die die bereits durchlaufenen Stadien gleichsam noch einmal durchmacht, aber anders, auf höherer Stufe, eine Entwicklung, die nicht geradlinig, sondern sozusagen in der Spirale vor sich geht.“* (Lenin, LW 21: 42 f.)

2.5. Bedeutung der Praxis in der marxistischen Philosophie

„In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit (...) seines Denkens beweisen.“ (Marx, MEW 3: 5)

Praxis ist die gesellschaftliche, materiell-gegenständliche Tätigkeit der Menschen, die darauf gerichtet ist, die natürliche und gesellschaftliche Umwelt entsprechend den Zwecken der Menschen bewusst und zielgerichtet zu verändern. In der Praxis, in der materiellen Produktion, der politischen Tätigkeit usw. werden die über Natur und Gesellschaft gewonnenen Erkenntnisse angewandt. Bei dieser Anwendung zeigt sich, wieweit sie mit der objektiven Realität übereinstimmen. Wenn eine Erkenntnis bei ihrer Anwendung zu den im Voraus berechneten Ergebnissen führt, dann ist das ein unwiderlegbarer Beweis dafür, dass

diese Erkenntnis ein wahres Abbild des betreffenden Gegenstandes oder Vorganges ist. Dann wissen wir, dass dieses Abbild tatsächlich mit der objektiven Realität übereinstimmt.

„Die Herrschaft über die Natur, die sich in der Praxis der Menschheit äußert, ist das Resultat der objektiv richtigen Widerspiegelung der Erscheinungen und Vorgänge der Natur im Kopfe des Menschen, ist der Beweis dafür, daß diese Widerspiegelung (in den Grenzen dessen, was uns die Praxis zeigt) objektive, absolute, ewige Wahrheit ist.“ (Lenin, LW 14: 187)

Literaturverzeichnis

Engels, Friedrich (1981a). Der deutsche Bauernkrieg. Vorbemerkung zur dritten Auflage von 1875. In: MEW Bd. 18. Berlin

Engels, Friedrich (1981b). Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW Bd. 21. Berlin

Engels, Friedrich (1982). Einleitung zur englischen Ausgabe von Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW Bd. 22. Berlin

Engels, Friedrich (1983a): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW Bd. 20. Berlin

Engels, Friedrich (1983b). Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. In: MEW Bd. 20. Berlin

Feuerbach, Ludwig (1871). Das Wesen des Christentums. Leipzig

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1830). Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Band 1. Die philosophische Weltgeschichte

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1979). Einleitung in die Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie. In: Werke in

zwanzig Bänden. Bd. 18. Frankfurt am Main

Lenin, W.I. (1981). Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“. In: LW Bd. 38. Berlin.

Lenin, W. I. (1984). Karl Marx. In: LW Bd. 21. Berlin

Lenin, W.I. (1985). Materialismus und Empiriokritizismus. In: LW Bd. 14. Berlin

Marx, Karl (1983). Thesen über Feuerbach. In: MEW Bd. 3. Berlin

Schopenhauer, Arthur (1851). Parerga und Paralipomena. Kleine philosophische Schriften. Zweiter Band. Berlin

Die PdA an der Spitze des Klassenkampfes – Zur revolutionären Strategie und Praxis der PdA angesichts der Herausforderungen unserer Zeit

Von Georgios Kolias

Die Partei der Arbeit Österreichs hat von Anfang an eine klare Position in Bezug auf die neue ÖVP-FPÖ-Regierung bezogen. Einerseits stellte sie die zukünftige weitere Verschärfung der arbeiter- und volksfeindlichen Politik des bürgerlichen Staats fest und hob auch Seiten des Regierungsprogramms hervor, die einen Angriff auf bestimmte gewerkschaftliche und demokratische Rechte sowie gegen die unmittelbaren Interessen einiger der schwächsten Teile der Arbeiterklasse und des Volkes darstellen könnten. Andererseits hat sie auf die Kontinuität der volksfeindlichen Politik hingewiesen, sich eindeutig von der Sozialdemokratie und anderen reformistischen, opportunistischen Kräften abgegrenzt und daran festgehalten, dass der Kampf nur eine Form und Ausrichtung haben kann, nämlich die Form der sozialen Klassenbewegung „von unten“ mit einer antimonopolistischen und antikapitalistischen Ausrichtung, also gegen den Kapitalismus und Imperialismus, die Herrschaft des Kapitals und der Monopole selbst. Daraus wird ersichtlich, dass die PdA – ohne den Bezug auf die konkrete Situation und die aktuellen Entwicklungen zu verlieren und sich von der Realität abzukapseln – sich nicht in den Reihen der bürgerlichen Opposition und des opportunistischen „Antifaschismus“ einfügt, sondern auch unter den heutigen verschärften Bedingungen einen eigenständigen Weg verfolgt und das Banner der selbstbewussten klassenorientierten Arbeiterbewegung und des Sozialismus-Kommunismus hochhält.

Um dieser Position gerecht zu werden, müssen die Parteistrukturen in ihrer Gesamtheit diese Orientierung in die Praxis umlegen. Hier befinden wir uns aufgrund langjähriger politischer und organisatorischer Schwächen der kommunistischen Bewegung in Österreich vor einer großen Herausforderung. Es ist dringend notwendig, die eigene Praxis anhand der historischen Erfahrung und auf Basis der heutigen verschärften Bedingungen zu überarbeiten und angemessen zu gestalten. Wir lassen uns aber von einer solchen tatsächlich schwierigen Aufgabe nicht abschrecken. Die revolutionäre Partei und ihre Mitglieder stählen und festigen sich im Klassenkampf selbst. Wie uns die Erfahrung aus der hundertjährigen Geschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich zeigt, ist die Verschärfung des Klassenkampfes ein Katalysator für die Stärkung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und die Entwicklung ihrer Praxis. Das lehrt uns vor allem die Erfahrung aus dem bewaffneten und illegalen Kampf sowohl gegen das austrofaschistische Regime als auch gegen die nationalsozialistische Fremdherrschaft, in welchem die damals noch revolutionäre KPÖ die führende Rolle eingenommen hat. Wie damals werden sich auch heute viele neue Kräfte und vor allem junge Menschen aus der Arbeiterklasse und anderen Volksschichten unserer Bewegung anschließen und es liegt an uns, diese Kräfte in den revolutionären Kampf einzubinden und zu führen.

Die zentralen Fragen

Hier können wir nicht auf die unerlässliche Arbeit der Formulierung konkreter Forderungen eingehen. Schließlich ist eine solche Formulierung nur dann wirksam, wenn sie den wirklichen Bedürfnissen und konkreten Lebens- und Arbeitsumständen der Klasse und des Volkes entspricht. D.h. sie können nicht im vorhinein theoretisch festgelegt werden, sondern nur im Dialog und in der Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung und der Klasse selbst ausgearbeitet werden.

Wichtig und möglich ist aber, unseren Standpunkt zu konkretisieren. Vor allem unter den heutigen Bedingungen, Entwicklungen und Verschiebungen seit dem Antritt der neuen Regierung, stellt sich offen die Frage, was die PdA in ihrer Ausrichtung und Praxis von anderen

politischen Kräften (hauptsächlich den sogenannten „linken“), die sich angeblich oder tatsächlich gegen die Politik dieser Regierung stellen, konkret unterscheidet und wo für sie momentan die Hauptfronten verlaufen. Wir müssen also den Rahmen, in dem sich unsere Intervention als Partei in jeder Frage gestalten muss, festlegen. Nur anhand eines solchen Rahmens wird es möglich sein, dass der Charakter und die Positionen unserer Partei in Abgrenzung zu anderen Kräften jeglicher Art klar hervorgehoben werden. Denn es wird nicht davon abhängen, wer die höchsten oder besser durchdachten Forderungen stellt, sondern wer ausgearbeitete Positionen und Strategie in Bezug auf die gesamte gesellschaftliche Lage besitzt, die einen wirklichen Ausweg für die Arbeiterklasse und das Volk in Österreich darstellen. Die PdA wird nur dann eine wirkliche Führungsposition innerhalb der Arbeiterbewegung einnehmen können, wenn sie eine klare eigenständige Perspektive anbietet und diese in der Gesellschaft als solche wahrgenommen wird.

In diesem Zusammenhang erscheint es uns als notwendig, dass unsere Parteiarbeit und Intervention (unsere Agitation, Propaganda und Aktivität) darauf abzielen muss, dass zwei Seiten im Mittelpunkt der Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der Klasse, des Volks und ihrer Bewegung stehen: 1. die Frage der Macht und des Staats der bürgerlichen Klasse und der Monopole und 2. die Befriedigung der zeitgenössischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der ärmeren Volkschichten. Ziel muss es sein, dass diese Seiten im Bewusstsein der Klasse zum Maßstab der Bewertung der Politik und der Parteien wird.

Es kann festgehalten werden, dass anhand unserer revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus, aber auch der Positionierung unserer Partei sowohl vor als auch nach der Bildung der neuen Regierung, die **Frage der Klassenmacht** stets im Zentrum unseres Agierens und unserer Intervention stehen muss, sowie dass unsere konkreten Forderungen und Vorschläge stets mit dieser Frage verknüpft werden sollen. Gegen den Versuch der herrschenden Klasse, die öffentliche Meinung von dieser Frage abzulenken und der Arbeiterklasse vorzutäuschen, dass ihre einzige Hoffnung im Wechsel der bürgerlichen Regierungen

bestünde, muss unermüdlich betont werden, dass es, solange sich die wirkliche Macht in den Händen der bürgerlichen Klasse befindet und Österreich am imperialistischen System angebunden ist, keinen wirklichen Ausweg im Interesse der Arbeiterklasse aus der momentanen Situation geben kann. Wir müssen darauf hinweisen, dass auch die Politik der heutigen Regierung nur ein Ausdruck der kapitalistischen Klassenherrschaft ist. Wir müssen aufzeigen, dass der Hauptfeind der Werktätigen in Österreich das österreichische Monopolkapital und die österreichische herrschende bürgerliche Klasse – mit ihren internationalen Verbindungen und Verbündeten – ist.

Eine solche Position steht natürlich nicht im Gegensatz zum Kampf um die **Befriedigung der zeitgenössischen unmittelbaren Bedürfnisse** der Arbeiterklasse und der ärmeren Volkschichten. Im Gegenteil muss diese zentrale Ausrichtung unserer Propaganda und Agitation immer mit diesem täglichen Kampf verknüpft sein. In Wirklichkeit lässt sich in der kommunistischen Praxis das eine von dem anderen nicht trennen. Ohne die klare Hervorhebung der Machtfrage bleibt schließlich auch der Kampf um die Bedürfnisse ohne Perspektive, ja wird sogar zu einem aussichtslosen Unterfangen, da ohne einen Bruch mit dem Kapitalismus und Imperialismus nicht einmal die Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse möglich ist. Umgekehrt lässt sich der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates in der täglichen Erfahrung und dem schwierigen Kampf, die modernen Bedürfnisse zu befriedigen, am besten erkennen.

Es ist also unerlässlich, dass alle Parteimitglieder und -strukturen diesen Punkt hervorheben und unter den Bedingungen, in den sie arbeiten und aktiv sind, konkretisieren. Es muss anhand der konkreten, unmittelbaren Erfahrung aus der Arbeits- und Lebenswelt der Menschen aufgezeigt werden, wie die Macht des Kapitals und der bürgerliche Staat ungeachtet der jeweiligen Regierungsparteien der Befriedigung der sozialen Bedürfnissen der breiten Massen in der Gesellschaft im Wege stehen. Dadurch wird schließlich auch das Bewusstsein entstehen, dass die Zerschlagung dieses Staates und die Übertragung der vollen Macht in die Hände der Arbeiterklasse und des Volkes die Voraussetzung ist, um die sozialen Probleme anzugehen und den kata-

strophalen Folgen des kapitalistischen Ausbeutungssystems ein Ende zu bereiten.

In dieser Weise, also indem wir die Machtfrage und die Befriedigung der zeitgenössischen Bedürfnisse in den Vordergrund rücken, wird sich die Partei der Arbeit sowohl klar profilieren als auch der Arbeiterbewegung eine klare Perspektive geben. Dies wird, wie wir in der Folge noch zeigen wollen, auch die Grundlage des sozialen Bündnisses schaffen, das wir anstreben müssen.

Zu den Organisations- und Kampfformen unter den heutigen Bedingungen

Die Partei der Arbeit wird nicht in der Lage sein ihre historische Rolle zu erfüllen, wenn sie nicht innerhalb der Arbeiterklasse und dem österreichischen Volk eine langfristige und tiefe Verankerung schafft, hohes Ansehen genießt, einen festen Einfluss ausübt und daraus auch die besten, fortgeschrittensten, kämpferischsten Mitglieder rekrutiert. Dies ist nur möglich, wenn unsere Mitglieder und Strukturen aktiv und wegweisend überall dort sind, wo die Klasse und das Volk lebt und kämpft, und vor allem innerhalb von Massenorganisationen, also solche Organisationen, in denen breite Teile der Arbeiterklasse und des Volks ihren Kampf zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse gestalten können.

Die zentralste Rolle nehmen dabei selbstverständlich die Gewerkschaften ein. Das Ausbauen des Einflusses in den Gewerkschaften, ihre Stärkung, Umorganisation und Verwandlung in Mittel des Klassenkampfes müssen stets hohe Priorität in der Parteiarbeit haben. Unter den heutigen Bedingungen der tiefen politischen und organisatorischen Degeneration der Gewerkschaften und ihrer Führung, die als verlängerter Arm der „Arbeitgeber“ und des Großkapitals agiert, erscheint es aber notwendig, neben der unerlässlichen Arbeit im Rahmen der bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen auch Alternativen zu schaffen. Unter den momentanen Umständen und angesichts der verknöcherten Strukturen und des sehr negativen Kräfteverhältnisses innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wäre die Beschränkung

unserer organisatorischen und politischen Arbeit in der Arbeiterklasse auf die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer gleichbedeutend mit dem Aufgeben einer wirklich klassenorientierten und revolutionären Perspektive.

Es muss aber selbst die Ausrichtung unserer Arbeit in den Gewerkschaften und anderen Organisationen angemessen bestimmt werden. Zunächst darf auf keinen Fall die Front gegen die sozialdemokratischen und opportunistischen Kräfte im Rahmen des Kampfes gegen die Politik der momentanen Regierung vernachlässigt werden, sondern im Gegenteil muss sich der Kampf in dieser Richtung sogar intensivieren und verschärfen. Aber dieser Kampf muss auch so geführt werden, dass er die Dominanz dieser Kräfte in der Arbeiter- und Volksbewegung auch tatsächlich untergräbt. Man soll sich nicht der Illusion anschließen, dass man mit „Druck“ auf die Gewerkschaftsführung langfristig etwas erreichen würde. Was notwendig ist, ist den vollkommenen Bruch mit diesen Vertretern der Arbeitgeber und des Kapitals innerhalb der Bewegung der Werktätigen herbeizuführen. Deswegen hat höchste Priorität, dass wir auf Basisarbeit im Betrieb oder in der Branche ansetzen. Nicht um „Druck“ auf die Gewerkschaftsspitze auszuüben, sondern um sie zu enttarnen und ihre Macht zu untergraben. Basisarbeit bedeutet aber Organisation von Menschen und nicht „Stellvertreterpolitik“. D.h. dass man sich z.B. im Betrieb nicht nur auf Betriebsratsarbeit beschränkt. Eine wirkliche Dynamik (und auch eine wirkliche Ausnutzung der Möglichkeiten, die einem kämpferischen Betriebsrat gegeben sind) entsteht nur dann, wenn eine aktive gewerkschaftlich organisierte Basis besteht. Aus diesem Grund ist es notwendig, die gewerkschaftliche Organisation innerhalb der Betriebe voranzutreiben. Einerseits dafür zu sorgen, dass so viele KollegInnen, wie möglich, beitreten und sich organisieren und andererseits die Gewerkschaftsstrukturen im Betrieb geltend machen. Ohne jegliche Form von Basisorganisationen bzw. Basisgewerkschaften, ohne die aktive Einbindung der ArbeiterInnenmassen in den Abläufen und Beschlüssen der Gewerkschaften ist es für die Kommunisten unmöglich, einen entscheidenden Einfluss auszuüben. Es soll dahingehend eine solche Basis geschaffen werden, die sich offen gegen den Opportunismus der Gewerkschaftsmehrheiten und der

Gewerkschaftsführung stellt, ihn bekämpft und selbstständig wird. Das wird sich auch auf den Parteaufbau auswirken müssen, was stets den zentralsten Maßstab unserer Arbeit ausmachen muss. Denn aus einer solchen Basis können schließlich auch die besten Elemente der Arbeiterklasse rekrutiert werden. Vor allem der Parteaufbau in großen Betrieben und strategisch wichtigen Branchen muss im Zentrum dieser Anstrengungen liegen.

Wie schon erwähnt, ist es aber – vor allem unter den heutigen Bedingungen – darüber hinaus auch notwendig, dass die Parteiorganisationen und -mitglieder die Initiative ergreifen, Strukturen neben den „offiziellen“ Gewerkschaftstrukturen oder anderen „anerkannten“ Massenorganisationen, Vereinen und Vereinigungen jeglicher Art, die von bürgerlichen und opportunistischen Kräften dominiert werden, schaffen oder bestehende stärken und zu Mitteln des Klassenkampfes umwandeln. Denn wir stehen konkret vor der großen Herausforderung der Einbindung und Organisierung von zahlreichen (vor allem jungen) Werktätigen, die entweder unorganisiert sind oder sich von bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie abwenden, geringe oder keine Organisations- und Kampferfahrung haben und angesichts der Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen nach Antworten und Alternativen suchen.

In diesem Sinne wäre eine *organisierte kollektive Anstrengung der Parteikräfte, im ganzen Land Komitees aufzubauen, die Menschen ungeachtet ihrer vergangenen oder momentanen politisch-ideologischen Gesinnung oder organisatorischen Zugehörigkeit, sondern nur auf Basis ihrer Klassenzugehörigkeit und ihrer Klasseninteressen einbinden würden*. Solche Komitees können sowohl allgemeinen Charakter haben als auch zu konkreten punktuellen Problemen formiert werden. Sie können sich den allgemeinen Problemen und Bedürfnissen in einer Region, einer Stadt, einem Stadtteil, einem Betrieb, einer Branche usw. widmen oder auch die Form von Initiativen einnehmen, die einen Kampf um konkrete dringende Anliegen organisieren sollen. Es können Komitees formiert werden, die sich den unmittelbaren Problemen der Bewohner in einem Stadtviertel oder auch einer besonderen Gruppe, wie der Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder der migrantischen Arbeiter-

rInnen, widmen. Es können Komitees entstehen, die sich umfassender mit den Problemen der Arbeiterklasse und der ärmeren Volksschichten in einer Region oder Stadt und der Politik der Regierung und des Kapitals auseinandersetzen und eine Art Volkskomitee der betreffenden Region oder Stadt darstellen. Es kann auch regionale Komitees zu Fragen der EU und des Imperialismus geben, sofern sie auch mit unmittelbaren Problemen verknüpft werden können, wie z.B. die Auswirkungen der EU-Politik auf eine Region. Es kann Komitees zum Schutz und der gegenseitigen Unterstützung gegenüber Angriffen und Verbrechen faschistischer Banden in einer Region geben. Es können Komitees in einem Gemeindebau oder einem Studentenheim und selbstverständlich in einem Betrieb oder einer Branche entstehen.

Wichtig ist auf alle Fälle, dass im Rahmen solcher Initiativen und Komitees der Austausch von Erfahrungen und Problemen und dadurch auch das kollektive, solidarische und kämpferische Handeln und Bewusstsein gefördert werden. Außerdem sollen sie der Verbreitung des Standpunkts und der Positionen unserer Partei dienlich sein, indem die Klassenzugehörigkeit und -ausrichtung – also die klare Abgrenzung gegenüber den Interessen des Kapitals und der Monopole – immer die Voraussetzung des gemeinsamen Agierens und der Diskussion bildet. Es soll das Bewusstsein entstehen, dass die Arbeiterklasse und die anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten sich nur dann Verbesserungen erhoffen können, wenn sie selbst aktiv werden, sich kollektiv und in bewusster Abgrenzung zu den kapitalistischen Interessen und den bürgerlichen Parteien organisieren. Schließlich gilt auch hier, dass ein zentrales Anliegen die Rekrutierung neuer Mitglieder für die PdA sein muss, nämlich jener, die sich als die führenden und besten im Rahmen solcher Kämpfen erweisen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass man sich von gewöhnlichen Vorstellungen von „Aktivismus“ fernhalten sollte, die meistens objektiv zu einem wirklichen „Sektierertum“ führen, also zu einer Form der Organisation, in der nur diejenigen etwas zu sagen haben, die aus welchem Grund auch immer die meiste Zeit oder Bereitschaft haben, ständig etwas zu tun (ohne meistens zu wissen, was sie tun und warum sie das tun) und damit die breiten Massen

von sich wegstoßen. Kein Zusammenschluss von Menschen, die die Sorgen und Lasten des täglichen (Über-)Lebens ihrer selbst und ihrer Angehörigen tragen, kann auf Basis einer nackten, blinden, unaufhaltsamen „Aktivität“ konsolidiert werden. Es ist notwendig, auch diejenigen einzubinden, die nicht die Zeit, die Möglichkeit oder die Entschlossenheit und die ideologische Reife besitzen, kontinuierlich an Sitzungen teilzunehmen, irgendwelche kurzfristig geplanten Aktionen durchzuführen oder voreilig und unbedacht in einer Situation der unmittelbaren Konfrontation mit den bürgerlichen Staatsapparat gebracht zu werden und derer Konsequenzen zu tragen. Deswegen sollte man sich auch von sogenannten „basidemokratischen“ Praktiken verabschieden, die in Wirklichkeit die Arbeiterklasse abstoßen, ineffizient sind und in letzter Instanz eine „Herrschaft der Anwesenheit“ bedeuten. Das heißt keineswegs, dass man in eine „Stellvertreterpolitik“ verfallen sollte. Man muss aber immer schauen, wie und unter welchen Voraussetzungen gemeinsame Beschlüsse tatsächlich kollektiv getragen werden, welche Strukturen, Funktionen und Repräsentationsformen notwendig sind und schließlich muss man als Kommunist auch lernen zu leiten und zu führen. Deswegen geht es auch darum, dass die Mitglieder der PdA immer die aktivsten Elemente solcher Initiativen sind, die die meiste Verantwortung tragen, sich an kollektiven Beschlüssen halten und genau deswegen geschätzt werden und ihnen vertraut wird – wodurch schließlich auch das Ansehen der PdA steigt.

Es soll außerdem vermieden werden, dass solche Komitees in eine Art „Koordinationsplattformen“ zwischen verschiedenen politischen Organisationen entarten, wo sich verschiedene Organisations- oder Parteiangehörige „hinter geschlossenen Türen“ absprechen und Kompromisse schließen. Man sollte Formen der Koordination oder des Aktionsbündnisses mit anderen organisierten Kräften, die in anderen Zusammenhängen und Anlässen dienlich sein können und denen man sich auch in der Tat bedient, nicht mit solchen Komitees verwechseln. Dies würde den Zielen deutlich widersprechen und darüber hinaus unorganisierte Menschen entmutigen, aktiv zu werden. Sofern Mitglieder anderer Gruppierungen sich an solchen Initiativen beteiligen und diese aktiv unterstützen, sind sie nicht als solche, sondern als

Mitglieder ihrer Klasse, als Einzelpersonen eingebunden. Dasselbe gilt schließlich für die Mitglieder der PdA genauso, die selbstverständlich zugleich auch in diesem Zusammenhang – wie überall und immer – die Partei und ihre Positionen vertreten, ihrer Strategie und ihren Beschlüssen folgen müssen und auf ihre Parteizugehörigkeit stolz sind. Die Auseinandersetzung mit den Einflüssen der opportunistischen und bürgerlichen Ideologie wird sich auch nur so führen lassen und nicht auf Basis von Kompromissen oder „Versöhnung“ zwischen sich widersprechenden Weltansichten und politischen Orientierungen.

Wie genau solche Komitees zu gestalten sind, oder ob diese überall und unter allen Umständen möglich oder sinnvoll erscheinen, kann selbstverständlich hier nicht festgelegt werden. Es liegt an den Parteimitgliedern und -strukturen, die unter konkreten Bedingungen arbeiten, ihre Praxis unter der Leitung der Führungsorgane der Partei zu gestalten. Es gibt dazu organisatorische Seiten, die man hier berücksichtigen sollte. Unter Umständen ist es notwendig, dass man hier die Kräfte und Ressourcen sammelt und nicht zersplittert. Deswegen wird es meistens vernünftiger erscheinen, die Anstrengungen auf ein oder zwei Bereichen jeweils zu konzentrieren. Eine Gruppe von zwei-drei GenossInnen könnte und sollte sich z.B. deswegen auf die Formierung eines Komitees in ihrem Standort konzentrieren, das in der Lage ist, die Interessen breiterer Massen anzusprechen. Andererseits bestehen womöglich Bedingungen, die den Fokus auf Probleme einer besonderen Gruppe als sinnvoller erscheinen lässt, wenn solche an einem Ort in sehr verschärfter Form auftreten. Auf alle Fälle müssen in der Einschätzung der Lage und in der Entscheidung die Leitungsorgane der Partei einbezogen werden, um die Sinnhaftigkeit im Rahmen der gesamten Strategie zu gewährleisten. Schließlich soll *das längerfristige Ziel sein, dass sich solche Komitees, zumindest tendenziell, in einer **bundesweiten Bewegung und Front** zusammenschließen lassen.* Eine solche Bewegung kann natürlich nicht künstlich entstehen oder „eingeführt“ werden. Man muss an objektive Gegebenheiten anknüpfen. *Aber die weitere Verschärfung der volksfeindlichen Politik der Regierungen des Kapitals wird notwendigerweise im Volk und in der Klasse solche Bestrebungen hervorbringen, die unsere Partei aufgreifen kann, muss und wird.*

In diesem Sinne muss festgehalten werden, um auch die Orientierung, die eine solche Arbeit mit Komitees und Initiativen haben muss, zu verstehen, dass wir uns im Allgemeinen auf diejenige Bereiche, Fragen und Ziele konzentrieren müssen, die am Relevantesten für den Klassenkampf sind und auch der Ansammlung von Kräften dienlich sind. In der Folge soll deswegen versucht werden, die zentralen Fronten aufzuzeigen, an denen man ansetzen kann. Es geht nur um einige Grundzüge, die eine strategische Orientierung geben und unsere Praxis leiten können. Diese Gedanken sind als Anstoß gedacht, mit der Hoffnung, dass sie der Formulierung oder Wahrnehmung einer allgemeinen Ausrichtung dienlich sein können.

Die Ausrichtung unserer Praxis

Zentral für unsere allgemeine Stoßrichtung muss es sein, die Notwendigkeit des Aufbaus *einer starken **sozialen Front**, eines starken **sozialen Bündnisses** zwischen den werktätigen Schichten dieser Gesellschaft, das für seine eigenen Interessen kämpft, sich der Politik des Kapitals widersetzt und zum Gegenangriff übergehen kann*, deutlich zu machen. Dies ergibt sich auch aus der vorher erwähnten Orientierung auf die Machtfrage und den unmittelbaren Bedürfnissen der Volksmassen.

Dafür ist es aber auch notwendig, die Grundpfeiler einer Arbeiter- und Volkspolitik zu setzen, die sich in der Praxis der Parteikräfte und den hervorgerufenen Strukturen der Klassenfront widerspiegeln müssen. Nur auf dieser Basis können schließlich die sozialen Kräfte gesammelt werden, die für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse notwendig sind. Es soll demnach auf diejenigen Bereiche, Fragen und Forderungen abgestellt werden, die einerseits die unmittelbarsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der ärmeren und mittleren Volksschichten betreffen, und andererseits gegen die zentralen Punkte der Politik der herrschenden Klasse gerichtet sind, sodass die Notwendigkeit der Zerschlagung der bürgerlichen Macht aufgezeigt wird.

Man kann zunächst feststellen, dass im Rahmen der kapitalistischen Konkurrenz sich **die strategische Orientierung der Politik des Kapitals** – in erster Linie der großen österreichischen und internationalen

Monopolgruppen – in Bezug auf ihren Gegensatz zur Arbeiterklasse und dem Volk hauptsächlich auf folgende Punkte konzentriert:

- *Die Maximierung des Profits und die Senkung der „Arbeitskosten“, also die Steigerung des Mehrwerts, durch Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeit, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse etc.*
- *Die Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft*
- *Zerstörung von „unproduktiven“ Kapitalien und Konzentration des Kapitals*
- *Teilnahme an imperialistischen Bündnissen für die intensivere Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, sowie des eigenen Volks durch ökonomische, politische, militärische Hebel für Extraprofite und zur Sicherung von Absatzmärkten, Rohstoffen, Handelswegen und militärischen Stützpunkten im Rahmen der innerimperialistischen Gegensätze*

Diese Politik wirkt sich auf die Lebensumstände der Arbeiterklasse und des Volkes in diverser Weise aus. Daraus entsteht die Möglichkeit einer Klassenbewegung, die breite Massen der Bevölkerung umfassen kann. Dafür entstehen folgende zentrale **Kampffelder**, die miteinander verknüpft sind und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen bestimmen:

- *Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der die Fragen der Löhne, der Arbeitszeit, der Arbeitsverhältnisse, des Sozialversicherungssystems, des Pensionssystems, der Arbeitslosigkeit usw. betrifft.*
- *Der Kampf um die Befriedigung sozialer Bedürfnisse: Wohnen, Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr, Kultur, Sport usw. für die breiten Volkmassen.*
- *Der Gegensatz zur Herrschaft des Monopolkapitals und zum Imperialismus. Der Gegensatz zur EU, zur NATO und allen imperialistischen Bündnissen. Der Gegensatz zur Beteiligung unseres Landes an solchen Bündnissen und Strukturen und ihren Kriegen und Interventionen.*

Diese Kampffelder, die natürlich an die Bedingungen des Orts, Sektors oder der sozialen Gruppe angepasst und konkretisiert werden

müssen, sollen den Rahmen der Parteiarbeit innerhalb der Arbeiterklasse und des Volks bilden. Dass dieser Rahmen diskutiert und überarbeitet werden muss, steht außer Frage. Was aber auf alle Fälle nötig ist, ist, dass die zentrale Leitung der Partei gemeinsam mit den Parteistrukturen, aber auch den Parteifreunden und -anhängern, konsequent und planmäßig vorgeht, um die Partei der Arbeit an die Spitze der Bewegung gegen diese, sowie jede Regierung des Kapitals, gegen den Kapitalismus und den Imperialismus selbst, also *an die Spitze des Klassenkampfes* zu bringen.

Die PdA als die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse – Zur Organisation der revolutionären Partei und einigen Eigenschaften des PdA-Mitglieds

Von Georgios Koliás

In einer Zeit, in der alte Kampftraditionen unserer Bewegung für abgestorben erklärt werden und die bürgerliche-kleinbürgerliche Ideologie mit ihren individualistischen und „aktivistischen“ Vorstellungen von Organisation und Politik auch innerhalb der Arbeiterklasse dominant geworden ist, erscheint es als notwendig, sich gewissen Seiten der Parteiorganisation und -mitgliedschaft zuzuwenden, die allzu oft vernachlässigt werden. Ohne eine grundsätzliche Klärung und Hervorhebung der Charakteristika der kommunistischen Bewegung und der revolutionären Organisation, werden wir immer wieder mit Phänomenen konfrontiert sein, die den Charakter und die Funktionsfähigkeit unserer Partei bedrohen und sie an der Erreichung ihrer Ziele hindern. Folgende Bemerkungen sollen als Anstoß dienen, um uns mit diesen Fragen konsequenter auseinanderzusetzen und Missständen bestimmt und entschlossen entgegenzutreten, ohne den Anspruch auf Originalität oder Vollständigkeit zu haben.

Unsere Partei ist kein loser Zusammenschluss von Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Zielen. Sie ist kein gelegentliches Zusammenwirken unabhängiger Personen oder „Aktivisten“. Die Partei der Arbeit ist die Vorhut der Arbeiterklasse und als solche ein Kampfbund derjenigen, die für den Sozialismus-Kommunismus anhand der wissenschaftlichen revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus kämpfen und sich in der glorreichen Tradition des heldenhaften

Kampfes der noch revolutionären Kommunistischen Partei Österreichs und der Internationalen Kommunistischen Bewegung des vorigen Jahrhunderts sehen. Unsere Partei ist eine Kampforganisation, deren Bestehen sich aus der historischen Erfahrung und aus der Theorie als notwendig erwiesen hat, um den Interessen der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen zu dienen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen.

Aus diesem Grund und angesichts der gegenwärtigen und erwartbaren Repressionsmechanismen des bürgerlichen Staates muss unsere Partei so organisiert sein, dass ihre Funktions- und Kampffähigkeit unter allen Bedingungen gesichert ist. Das ist es, was der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip unserer Partei in erster Linie gewährleisten soll. Aber dieses Prinzip wird allzu oft zur bloßen Floskel oder Formalität. Deswegen muss und kann der demokratische Zentralismus nur dann zu einer wirklichen Praxis werden, wenn ihn die Mitglieder und Organe der Partei bewusst Tag für Tag leben und schützen. Denn er lebt im Kollektiv der RevolutionärInnen, das die Partei darstellen soll, selbst und soll eben dessen wirkliche und vollkommene Kollektivität gewährleisten.

Aus diesem Grund muss sich auch jeder und jede von uns von Vorstellungen verabschieden, dass seine oder ihre persönliche politische Praxis und Arbeit irgendwelche eigenständige Bedeutung oder Zweckmäßigkeit im Rahmen des Klassenkampfes unabhängig oder getrennt von der Partei hätten. Unsere Arbeit kann immer nur im Rahmen des kollektiven Agierens und Bestehens als Partei betrachtet und betrieben werden. Jedes einzelne Parteimitglied repräsentiert die Partei überall und immer. KommunistIn sein heißt, KommunistIn in jeder Lebensäußerung zu sein. KommunistIn sein heißt, RepräsentantIn der Kommunistischen Partei zu sein und ihrer Linie und Beschlüssen zu folgen. Das Parteikollektiv steht (auf jeder Ebene) über der einzelnen Person. Die Interessen der Partei und der Parteiorganisationen stehen über den Interessen einzelner Mitglieder bzw. das höchste Interesse jedes Mitglieds ist das Interesse der Partei. Selbstverständlich ist die Partei als solche das Kollektiv ihrer Mitglieder und ist deswegen auch nichts Abstraktes, keine von ihren Bestandtei-

len losgelöste „Idee“. Aber aus diesem Grund bedeutet Parteilichkeit schließlich auch die gegenseitige Unterstützung, Solidarität, Vertrauen der Genossinnen und Genossen. Jedes Unrecht gegen ein Mitglied ist ein Unrecht gegen die gesamte Partei.

Parteilichkeit bedeutet darüber hinaus, dieselben Ziele zu verfolgen und sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Das hat selbstverständlich nichts mit den unausweichlichen kleineren oder größeren Meinungsunterschieden zu konkreten Fragen zu tun, die legitim sind, sofern sie innerhalb der Partei geäußert und diskutiert werden und zu keiner Fraktionsbildung führen. Solche Meinungsunterschiede, sowie die notwendige Kritik an der Praxis und den Beschlüssen *müssen* sogar eingebracht werden, denn nur so können sie eine Relevanz haben, nur so können sie auch für die Partei nützlich und konstruktiv sein, nur so kann die Partei sich weiterentwickeln. Aber darüber hinaus muss unsere Partei ein monolithisches organisches Kollektiv mit einer gemeinsamen wissenschaftlich ausgearbeiteten Strategie und einer zentralen Leitung darstellen. Nur so kann die Partei der Arbeit ihrer Rolle als revolutionäre Partei gerecht werden.

In diesem Rahmen sind unter den höchsten Werten, Qualitäten und Richtlinien eines Parteimitglieds und vor allem eines Parteikaders zu betrachten: die gelebte Kollektivität, die bewusste Disziplin, die Selbstaufopferung für die Zwecke der Partei, der Respekt gegenüber den Genossinnen und Genossen, die ideologisch-politische Standhaftigkeit, die unerschütterliche Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus-Kommunismus und die Parteilichkeit oder der „Parteipatriotismus“ bzw. „-stolz“, also die bewusste und aktive Verteidigung der Ehre der Partei gegenüber jeden, der diese schädigt, verunglimpft, bedroht oder als Ganzes in Frage stellt. Diese Werte stehen höher bzw. sind die Voraussetzung der unerlässlichen täglichen Parteiarbeit und -aktivität. Ein Mitglied, das unter allen Bedingungen standhaft bleibt, ist unvorstellbar mehr wert als ein weiterer „Aktivist“, der die Partei nur als ein äußeres Verhältnis oder als Vehikel seiner persönlichen Interessen und Ansichten betrachtet, und zwar genau deswegen, weil eine revolutionäre Partei etwas ganz anderes ist als ein weiterer Zusammenschluss kleinbürgerlicher „Aktivisten“ mit beliebigen Ansichten und Zielen.

Diese Werte sind von keinem abstrakten Prinzip her abgeleitet, sondern Produkt der historischen Erfahrung, aber auch der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Es sind dieselben Werte, welche sich die Arbeiterklasse und die ärmeren Volksschichten durch ihre eigene Kampferfahrung und auf Basis ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, früher oder später aneignen. Im kollektiven Kampf der Klasse wird kein Einzelgänger geduldet und es werden keine Verräter toleriert. Es gibt in der Geschichte kein einziges organisiertes politisches Kollektiv der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, das sich in einem verschärften Kampf befand, das ohne solche Werte überleben konnte.

Außerdem geht es auch um die konkreten Bedingungen und Realitäten des Kampfes der Partei selbst. Wie uns die Geschichte sehr deutlich zeigt, müssen KommunistInnen unter Umständen in der Lage sein, individuell oder in kleinen Gruppen in relativer Isolation selbstständig zu agieren. Dies kann nur dann nicht zu einer auch politischen „Vereinzelung“ oder „Zersplitterung“ führen, wenn die Strategie und die Ideologie der Partei verinnerlicht ist, wenn jeder seine Praxis als organischen Teil der gesamten Parteiarbeit versteht und die strategischen Weisungen der Führung unter den konkreten Umständen seiner politischen Arbeit umsetzen kann. Das setzt zugleich voraus, dass man die Partei – also das Parteikollektiv – als die eigentlich agierende Kraft versteht. Es heißt auch, dass unter solchen schwierigen Bedingungen Genosse und Genossin diejenigen sind, denen ich vertrauen kann. Deswegen bringt jedes Erschüttern des Vertrauens schwere Konsequenzen mit sich.

Jede Unterminierung oder Vernachlässigung der Parteidisziplin, des Vertrauens unter den Mitgliedern und des Vertrauens in die Leitungsorgane, könnte somit das „Todesurteil“ der Organisation als revolutionäre Vorhut bedeuten. Sie ist gleichbedeutend mit der Unterminierung der Partei und ihrer Zwecke. Dasselbe gilt für das Strapazieren der Parteihre und die Unterminierung oder Vernachlässigung der Kampfmentalität des Parteikollektivs. Am Schärfsten muss in dieser Hinsicht gegen jede Erscheinung des Defätismus vorgegangen werden. Das betrifft sowohl die angemessene inhaltliche Auseinander-

setzung und die Anstrengung, die Moral und Kampfbereitschaft der Mitglieder zu stärken und ihnen den notwendigen revolutionären Enthusiasmus und Optimismus einzuflößen, als auch administrative Maßnahmen. Der Defätismus führt zur Zersetzung der Partei. Er ist sowohl in nicht-revolutionären als auch in revolutionären Zeiten eine der größten Gefahren für die Partei. Auch in Bezug auf ihren Einfluss in die Arbeiterbewegung ist eine defätistische Stimmung innerhalb der Partei desaströs. Vor allem auf die Jugend, die sich in der Partei oder in ihrem Umfeld befindet, sind die Folgen verheerend.

Die Partei der Arbeit kann es sich nicht leisten, diese Seiten des Parteilebens zu vernachlässigen. In diesen Fragen kann es auch keine Zweideutigkeiten geben. Es mag sein, dass wir einen großen Weg vor uns haben, aber man sollte sich nichts vortäuschen: diese Prinzipien sind keine fernen Ziele oder Nebensächlichkeiten, sondern die tägliche Bestrebung, sie geltend zu machen, ist vielmehr die Voraussetzung unserer Existenz und Praxis als Partei.

Zwei Seiten einer Medaille – Über „transformatorische Tagträume“ in der Steiermark und im Bund

Von Dominik Maier

Gleichermaßen wie der Illusion, man könne mit der EU irgendetwas im Sinne der Arbeiterklasse anfangen, müssen wir der Illusion entgegentreten, ein EU-Austritt brächte der Arbeiterklasse per se etwas Gutes. Der nationale Kampf darf nicht vom Klassenkampf der Arbeiterklasse losgelöst werden.

Der prinzipiell richtige und notwendige Kampf gegen die politische Linie etwa der KPÖ, die stolzes Mitglied der „Europäischen Linkspartei“ ist, schlägt dann, wenn er nicht einer klaren revolutionären Grundlage erwächst und sich auf diese stützt, nur ins ebenso schädliche Gegenteil um.

Anlässlich des EU-Ratschlags der KPÖ am 20. Jänner 2018 in Wien, bei dem mit Werner Murgg¹ und Robert Krotzer² auch mindestens zwei Spitzenpolitiker der steirischen Landesorganisation dieser Partei teilgenommen haben, wurde ein möglicherweise bereits älterer Text (denn es wird darin auf ein Buch von 2011 als „jüngst“ erschienen referiert) von Werner Murgg auf der Homepage der Landesorganisation veröffentlicht (Murgg 2018). Dieser Text zeigt recht deutlich, welche Blüten es treiben kann, wenn die falschen Positionen der KPÖ lediglich abstrakt negiert werden: Anstatt Illusionen in die EU zu verbreiten, werden hier nun eben, genau verkehrt, Illusionen in einen EU-Austritt verbreitet. Beide Varianten sind nur zwei Seiten einer Medaille, sie bedeuten gleichermaßen eine Abkehr vom revolutionären Weg und die Behauptung der Reformierbarkeit des Kapitalismus.

Bei einem innerkapitalistischen EU-Austritt würde sich an den wechselseitigen Gegensätzen und Abhängigkeiten zwischen den kapitalistischen Ländern nichts Wesentliches ändern – und erst recht nicht an der Stellung der Klassen zueinander. An der ökonomischen Basis, an den Eigentums- und Produktionsverhältnissen wäre dadurch alleine ja noch nicht einmal gerüttelt und Österreich würde ja trotzdem Teil des imperialistischen Weltsystems bleiben. Lediglich die Form des politischen Überbaus würde entsprechend angepasst werden.

Sand in die Augen

Murgg zitiert politische Losungen aus einem Parteitagsbeschluss seiner Partei, um im Anschluss zu argumentieren, dass diese innerhalb der EU unmöglich durchgesetzt werden können: „a.) *Auflösung aller Armeen und Militärbündnisse, Verschrottung sämtlicher Massenvernichtungswaffen.* b.) *Beseitigung der wachsenden ökonomischen und sozialen Unterschiede in Europa und in der Welt durch Entmachtung der internationalen Konzerne, grundlegende demokratische und soziale Umgestaltung der EU und der Wirtschaftsbeziehungen in der Welt.* c.) *Verteidigung, Schutz, Ausweitung und Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, des öffentlichen Gesundheitswesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialversicherungssysteme.*“ (Murgg 2018)

Natürlich ist es richtig, dass diese Dinge nicht innerhalb der EU durchgesetzt werden können und die im zweiten Punkt gewünschte „*grundlegende demokratische und soziale Umgestaltung der EU*“ eine völlige Verschleierung der DNA der EU sowie der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus und Imperialismus bedeutet. Soweit können wir mit Murgg mitgehen. Allerdings ist aber genauso richtig, dass eine „*grundlegende demokratische und soziale Umgestaltung*“ generell nicht innerhalb des Kapitalismus möglich ist. Hier trennen sich die Wege. Denn im weiteren Verlauf seines Artikels wird immer klarer, dass Murgg zwar die EU als Hindernis betrachtet, dass seiner Meinung nach aber auf eine „*grundlegende demokratische und soziale Umgestaltung*“ innerhalb des Kapitalismus hinarbeiten sei – bis er gegen Ende schließlich zu offen reformistischen Formulierungen greift.

Murgg versucht, Illusionen der Bundes-KPÖ zu attackieren: „*Wer den Menschen erzählt, man könne die EU zu einer Friedens- und Sozialunion umbauen, streut den Betroffenen Sand in die Augen.*“ (Ebd.) Aber er tut dann selbst nichts Besseres: Denn auch wer den Menschen erzählt, ein EU-Austritt, der nicht mit dem antikapitalistischen Kampf verbunden ist, würde der Arbeiterklasse und dem österreichischen Volk per se etwas nützen, streut „den Betroffenen“ Sand in die Augen.

Mit CDU und KMUs zum Sozialismus?

Von antikapitalistischem Kampf ist in dem Text aber gar keine Rede. Und das ist konsequent, schließlich möchte sich Murgg auch als Schutzpatron der „*klein- und mittelständischen Unternehmerschaft*“ (Ebd.) positionieren, die er durch die „vier Grundfreiheiten der EU“ gefährdet sieht. Als würde dem Kleinbürgertum heutzutage noch irgendetwas Fortschrittliches innewohnen – die Gesellschaftsform, die dem Kleinbürgertum entspricht, ist der Kapitalismus, und der spielt bekanntlich schon seit Längerem keine fortschrittliche Rolle mehr in der Geschichte der Menschheit. Natürlich kann es vorkommen, dass sich einzelne Angehörige dieser Schicht dem antikapitalistischen Kampf der Arbeiterklasse anschließen. Aber das wird nicht auf sinnvolle Weise passieren, wenn man so tut, als hätte die „*klein- und mittelständische Unternehmerschaft*“ an sich irgendeinen positiven Wert. Stattdessen muss man davon ausgehen, dass diejenigen Angehörigen dieser Schicht, die sich dem revolutionären Kampf anschließen, schon nicht mehr ihre gegenwärtigen, sondern ihre antizipierten zukünftigen Klasseninteressen vertreten, zumal aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in der Regel zu erwarten ist, dass sie früher oder später proletarisiert werden. Um aus der Untersuchung von Gerfried Tschinkel über „Monopolkapital und Kleinunternehmen in Österreich“ zu zitieren: „*Die revolutionäre Partei hingegen kann von einem möglichen Bündnis mit den Produktionsmittelbesitzern nichts gewinnen, wozu sie nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse benötigen würde. Um die Monopole zu entmachten, bedarf es der Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten (selbstständige Mittelschichten, lohnabhängige Mittelschichten, werktätige Bauern usw.). Aber die Entmachtung der*

Monopole ist weitgehend gleichbedeutend mit einer umfassenden Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel. Eine Zwischenstufe hin zum Sozialismus, die genau dies beinhaltet ist nicht nur überflüssig, sondern unmöglich.“ (Tschinkel 2015:14)

Zitieren wir die letzten Sätze des Aufsatzes von Murgg: *„Klaus Bartsch hat jüngst im Buch „EU am Ende?“ derartige Bündnisse – heruntergebrochen auf Deutschland – folgendermaßen beschrieben: Ein Bündnis von Blüm bis Wagenknecht, unter Einbeziehung aller nicht finanziellen Unternehmen, also all derjenigen, die unter den wachsenden Profitansprüchen des Finanzsektors leiden. Parallel dazu brauchen wir in Europa eine neue internationalistische Allianz gleichberechtigter (!) Nationalstaaten. Um dazu zu kommen, müssen die bestehenden EU-Nationalstaaten von Staaten des Monopolkapitals zu, wie es im Programm der KPÖ Steiermark skizziert wird, progressiven Sozialstaaten umgewandelt werden. Dem steht die EU im Wege!“* (Murgg 2018)

Es ist schon erstaunlich: Gemeinsam mit Norbert Blüm, dem langjährigen Spitzenpolitiker der CDU, also der parteipolitischen Hauptverwalterin des deutschen Kapitalismus, und gemeinsam mit Sahra Wagenknecht, die in der sozialdemokratischen Partei „Die Linke“ für die Positionen des früheren CDU-Bundeskanzlers Ludwig Erhard wirbt, soll man also Bündnisse eingehen, um *„das Kräfteparallelogramm (...) in Richtung Fortschritt zu verschieben“*? Na sauber. Bei solchen bündnispolitischen Perspektiven sollte man sich wohl tatsächlich mehr um die *„klein- und mittelständische Unternehmerschaft“* sowie um *„alle nicht finanziellen Unternehmen“* bemühen als um die Arbeiterklasse.

Parallel zu derartigen Bündnissen – also ebenfalls noch innerhalb des Kapitalismus – soll laut Murgg *„eine internationalistische Allianz gleichberechtigter Nationalstaaten“* entstehen. Auch das ist eine völlige Illusion, aus der ein bürgerlich-formalistisches Verständnis von Recht spricht. Denn dem Inhalt nach kann es Gleichberechtigung zwischen Nationalstaaten natürlich nur im Sozialismus geben. Ein kapitalistischer Staat hingegen bleibt notwendigerweise Teil des imperialistischen Weltsystems, das von wechselseitigen Abhängigkeiten und

Gegensätzen geprägt ist, welche durch Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und vorübergehende Bündnisse ausgetragen werden.

Zu guter Letzt bemüht sich Murgg noch, zu „erklären“, wie diese wundersamen Dinge, von denen er spricht, erreicht werden sollen: Nämlich indem die bestehenden Nationalstaaten von Staaten des Monopolkapitals in „progressive Sozialstaaten“ „umgewandelt“ werden. Kein Wort darüber, dass ein Staat in der gegenwärtigen Epoche nur dann progressiv und sozial sein kann, wenn er auf sozialistischen Eigentumsverhältnissen basiert. Und kein Wort darüber, dass diese sozialistischen Eigentumsverhältnisse nicht durch „Umwandlung“ eines Staates, sondern ausschließlich durch Zerschlagung des bürgerlichen und Errichtung des proletarischen Staates erkämpft werden können. Aber er „vergisst“ nicht nur, diese Dinge in einem Kontext zu erwähnen, in dem sie eigentlich erwähnt werden müssten, sondern behauptet sogar dezidiert das Gegenteil: Es gehe eben um die Umwandlung (!) der bestehenden (!) Staaten. Murgg hat seinen Artikel „Transformatorische Tagträume“ betitelt – wie passend! Seine abschließende Klage über Hindernisse auf dem Weg der Verwirklichung seiner Vorstellungen hätte allerdings, anstatt sich auf die EU zu beschränken, treffender lauten sollen: *„Dem steht die Realität im Wege!“*

Fazit

Werner Murgg, 2004 noch Gründungsmitglied und Sprecher der Kommunistischen Initiative, in deren Tradition die Partei der Arbeit steht, ist mittlerweile offenbar völlig zum Reformismus abgedriftet. Sofern Murgg immer noch zum „marxistisch-leninistischen Flügel innerhalb der KPÖ Steiermark“ gezählt wird, kann man an seinen Äußerungen ablesen, wie es um diesen Flügel offenbar bestellt sein muss. So oder so sind derartige Positionen symptomatisch für die Entwicklungen in der KPÖ insgesamt, in der Steiermark wie österreichweit. Sie sind im zitierten Aufsatz völlig klar formuliert: Illusorisches Ziel ist die Umwandlung, also Transformation der bestehenden kapitalistischen Staaten in „progressive Sozialstaaten“. An diesen Formulierungen gibt es nichts zu deuteln oder zu rechtfertigen. Mit Marxismus-Leninismus haben sie nichts zu tun, sondern sie widersprechen ihm.

Klassenkampf und nationale Frage

Abschließend einige allgemeine Worte über das Verhältnis zwischen nationalem Kampf und Klassenkampf, welches auch im Kampf gegen die EU bedeutsam ist und nicht zuletzt von der österreichischen kommunistischen Bewegung klar gefasst werden sollte, die hierzulande doch gemessen an ihrer relativ geringen Stärke eine historisch durchaus bedeutsame Rolle für die Entwicklung ihrer Nation gespielt hat.

Ja, was der österreichischen Nation dient, dient der Arbeiterklasse und umgekehrt. Die Bourgeoisie hingegen verhält sich notwendigerweise objektiv antinational. Denn in der heutigen Epoche hängt jeder wirkliche Nutzen für eine Nation mit der Erringung des Sozialismus zusammen. Mehr darüber im Aufsatz „Rechter Patriotismus ist kein echter Patriotismus“ von Stefan Klingersberger. (Klingersberger 2014)

Ja, man muss neben dem Wesen auch die Erscheinung berücksichtigen und beispielsweise den ideologischen Erscheinungsformen entgegengetreten, dass irgendeine der bürgerlichen oder sozialdemokratischen Parteien im Interesse der Nation handeln würde, oder gar, dass es der österreichischen Nation Fortschritt brächte, wenn das österreichische Kapital Osteuropa auspresst. Oder aber, dass die EU dabei helfen würde, Chauvinismus zu überwinden – denn selbst da wo sie den nationalen Chauvinismus geringfügig abmildert, ersetzt sie diesen bloß durch genauso schädlichen EU-Chauvinismus.

Ja, vor dem Hintergrund des objektiven Zusammenfallens der Interessen der Nation, der internationalen Arbeiterklasse und des Volkes kann es unter verschiedenen politischen, militärischen, ideologischen Bedingungen notwendig sein, die Seiten dieser objektiven Identität verschieden zu betonen: Manchmal kann es zum Beispiel erforderlich sein, die nationalen Gefühle der Massen aufzugreifen und in eine bestimmte Richtung zu lenken, manchmal hingegen macht das wenig Sinn und es geht in der Agitation zur Gänze darum, den internationalistischen Inhalt des revolutionären Kampfes zu betonen. Mal muss

man aus taktischen Gründen betonen, dass man Patriot ist, mal muss man betonen, dass man Internationalist ist – objektiv ist man aber stets entweder beides oder keins von beiden.

Aber nein – der nationale Kampf darf keinesfalls vom revolutionären Klassenkampf losgelöst werden. Das hätte selbstverständlich nichts mit der notwendigen taktischen Flexibilität zu tun, sondern letztlich mit der Aufgabe des revolutionären Klassenkampfes, in der einen oder anderen Weise. Werner Murggs Variante davon lautet, zum vermeintlichen Nutzen der österreichischen Nation die Interessen und Kämpfe der Arbeiterklasse zu verraten. Wie wir gesehen haben, verbündet er sich zum Zwecke seines Kampfes gegen die EU sogar mit Teilen der österreichischen Bourgeoisie.

Anmerkungen

- 1) Steirischer Landtagsabgeordneter, Stadtrat in Leoben und einer der drei Sprecher der steirischen KPÖ-Landesorganisation.
- 2) Stadtrat in Graz.

Literaturverzeichnis

Klingensberger, Stefan (2014). „Rechter Patriotismus ist kein echter Patriotismus“. Auf: <http://parteiderarbeit.at/?p=2039>. Aufgerufen: 28.5.2018

Murgg, Werner (2018). Transformatorische Tagträume. Auf: <https://www.kpoe-steiermark.at/transformatorische-tagtraeume.phtml>. Aufgerufen: 28.5.2018

Tschinkel, Gerfried (2015): Monopolkapital und Kleinunternehmen in Österreich. In: Einheit und Widerspruch. Heft 2 – Februar 2015. Auf: <http://parteiderarbeit.at/?p=2244>. Aufgerufen: 28.5.2018

Kapitalismus auf der Überholspur?

Von Matthias Koderhold

Am Ende einer Dekade, die durch eine veritable Krise geprägt war, befindet sich die Weltwirtschaft und mit ihr die österreichische in einer lange herbeigesehnten Erholungsphase. Doch ist dies gleichbedeutend mit einer neuen ausgedehnten Wachstumsepisode, ist der Kapitalismus in einer neuen Ära der Prosperität angekommen? Das bleibt zu bezweifeln. In den kapitalistischen Zentren bleiben die gegenwärtigen Wachstumsraten trotz des Aufschwungs vergleichsweise moderat verglichen mit zu vergangenen Erholungsphasen, und die durchgeführten und prognostizierten Investitionen werden kaum ausreichen, um die Defizite der Vergangenen Dekade zu kompensieren. Zwar wurden einige negative Effekte – beispielsweise durch Regulation im Bankensektor – abgemildert, aber die mit der Krise grundsätzlich in Verbindung gebrachten Problembereiche sind weder angegangen noch beseitigt. Zu den dem Kapitalismus innewohnenden Krisenursachen gesellten sich eine international steigende Einkommens- und Vermögensungleichheit, die historische Dimensionen annimmt, Außenhandelsungleichgewichte, die einigen Ländern ermöglichen Wachstum auf Kosten anderer zu generieren, sowie deregulierte Finanzmärkte, die es individuellen und institutionellen Anlegern erlauben, weltweit auf Jagd nach der höchsten Rendite zu gehen.

Aufschwung mit Ablaufdatum

Im ersten Quartal 2017 zog die österreichische Konjunktur kräftig an. Diese Entwicklung sollte das ganze Jahr über anhalten – in Summe wuchs die österreichische Wirtschaft 2017 real um + 2,9 %. Hintergrund der konjunkturellen Dynamik waren ein rasches und robustes Wachstum der Weltwirtschaft (2017: 3,4 %), das sich in einem kräftigten Exportwachstum in der Sachgütererzeugung niederschlug, sowie

die Folgewirkung der Lohn- und Einkommenssteuerreform, die einen kontinuierlich starken Nachfrageimpuls der privaten Haushalte nach sich zog und somit den Aufschwung stützte. Mit zunehmender Kapazitätsauslastung wurden die Anlageinvestitionen deutlich ausgeweitet, um die Produktionskapazitäten auszubauen. Aufgrund vorangegangener Investitionsversäumnisse ist jedoch davon auszugehen, dass die Produktionsausweitung hinter den Möglichkeiten, die die aktuelle Weltkonjunktur bieten würde, zurückbleibt. Auch bei den Bauinvestitionen war 2017 ein starkes Wachstum beobachtbar. Letztere verloren allerdings im zweiten Halbjahr 2017 wieder deutlich an Schwung. Gestützt wurde die Konjunktur durch einen merklichen Lageraufbau. Auch 2018 dürfte laut OECD und WIFO der Aufwärtstrend vorerst anhalten. Doch mit dem für 2019 prognostizierten Abflauen der Weltwirtschaft, wird sich der Wachstumseffekt der Exporte verringern und in Folge auch die Anlage- und Bauinvestition reduziert werden. Mit dieser Entwicklung wird dann auch schon das Ende des aktuellen Konjunkturzyklus in Österreich eingeläutet. Abermals zeigt sich die enorme Abhängigkeit der österreichischen Wachstumsdynamik von der Außenhandelsentwicklung, vom Weltmarkt. Die Exportorientierung rief bereits die Hochkonjunktur Mitte der 2000er Jahre hervor, in Folge jedoch auch den wirtschaftlichen Absturz 2009 und anschließend ein jahrelanges Dahintümpeln der Wirtschaft. Stabilisierend wirkte einzig die robuste Inlandsnachfrage, die für ca. 2/3 der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage verantwortlich zeichnet, von der für den gegenwärtigen Konjunkturzyklus allerdings keine weiteren Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaft 2017 verhältnismäßig stark (+ 2,4 %) und auch am zu Jahresende in allen großen Ländern weiterhin kräftig. Kapazitätsauslastungen, Auftragsbestände und Produktionserwartungen gestalteten sich positiv und bleiben es vermutlich zunächst noch. Während das Wachstum in den wichtigsten Euroländern und Großbritannien ähnlich zu Österreich hauptsächlich durch ein kräftiges Exportwachstum und Anlageinvestitionen getragen und durch die Fiskal- und Geldpolitik unterstützt wurde, spielten in den USA und v.a. in Kanada die privaten Konsumausgaben eine bedeutendere Rolle für den Aufschwung als in den EU-Ländern. Die star-

ken Infrastrukturinvestitionen in China 2016 und 2017 waren ein Schlüsselfaktor für den weltweiten Aufschwung v.a. unter den Rohstoffexporteuren in den asiatischen Schwellenländern. In Brasilien und Russland wuchs die Wirtschaft 2017 nach zweijährigen Rezessionen erstmals wieder, dieser Trend dürfte sich auch fortsetzen, solange die Rohstoffpreise nicht einbrechen. Insgesamt gestaltete sich das Wachstum der Schwellenländer jedoch verhaltener als die in den Jahren zuvor. 2018 soll die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt erreichen, 2019 bereits wieder in einer Abschwungsphase ankommen. Im Großteil der wichtigsten Ökonomien dürften Kapazitätsprobleme das Wachstum drosseln, da davon auszugehen ist, dass die produktiven Investitionen zu schwach ausfallen, um das Produktionspotential zu stärken. In China drücken die ausklingenden Infrastrukturmaßnahmen 2016/17, die Bemühungen zur Stabilisierung der Unternehmensverschuldung sowie ein Abbau von Überkapazitäten in manchen Sektoren auf die künftige Entwicklung. Dies wird sich wiederum negativ auf die Weltwirtschaft auswirken, besonders auf die rohstoffexportierenden Ökonomien.

Zuletzt spiegelte sich die wirtschaftliche Aufschwungsphase auch auf den Arbeitsmärkten wider. Die Beschäftigung stieg, die Anzahl der Arbeitslosen ging ebenso zurück wie die Arbeitslosenquoten. Dennoch lagen die Arbeitslosenstatistiken in den meisten Ländern über den Vorkrisenniveaus, zum Teil beträchtlich (z.B. Griechenland 2017: 21,5 %, 2008: 7,8%). Einige Länder fallen aus diesem Trend heraus. In Deutschland beispielsweise lag die Arbeitslosenquote 2017 (3,8 %) deutlich unter jener von 2008 (7,4 %). Hierfür waren aber wesentlich demographische Ursachen ausschlaggebend, der starke Rückgang war also auf eine Verringerung des Arbeitskräfteangebots zurückzuführen. OECD-weit gibt es eine hohe Anzahl von Menschen, die nur marginal an den Arbeitsmarkt angebunden sind. Teilzeitarbeit ist weiterhin im Steigen begriffen und nicht unwesentlich von Unfreiwilligkeit geprägt. V.a. am unteren Ende der Verteilung erfuhren viele Haushalte in der letzten Dekade kaum Wachstum des verfügbaren Einkommens und wurden somit weiter abgehängt. In Österreich bleiben die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit gegenüber den Kapital- und Selbstständigeneinkommen langfristig zurück. Aber auch innerhalb

der Arbeiterklasse ist eine zunehmende Spreizung der Einkommen zu beobachten, die durch Segmentierungsprozesse am Arbeitsmarkt hervorgerufen werden. Niedrige Löhne, geringe soziale Absicherung, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrigere Aufstiegschancen und höhere Instabilität der Beschäftigung prägen die Realität eines wesentlichen Teils der österreichischen Arbeiterklasse.

Hohe private Verschuldung und Preisblasen auf den Wertpapier- und Immobilienmärkten

Ein relevantes Problem stellen die Verschuldung von Haushalten und nicht-finanziellen Unternehmen dar, die in vielen entwickelten Ökonomien und Schwellenländern hoch und weiterhin im Steigen begriffen sind. OECD-weit stieg die Verschuldung der Haushalte im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen bis zur Krise und stabilisierte sich danach auf historisch hohem Niveau, zwischen den Ländern sind hier mitunter entgegengesetzte Entwicklungen beobachtbar. Der Verschuldungsgrad nicht-finanzieller Unternehmen schwankt zwischen den Ländern deutlich und darf nicht unabhängig vom Verwendungszweck der Kredite bzw. von den Wachstumschancen der Unternehmen und somit von den Möglichkeiten der Kreditbedienung betrachtet werden. Hoch verschuldete Unternehmen sind jedoch besonders anfällig für Nachfrageschwankungen oder Finanzierungsschocks (Kreditverengung, Zinssteigerungen, schlechtere Refinanzierungsmöglichkeiten bei Zahlungsrückständen), ihre Finanzierungsoptionen für Investitionen sind eingeschränkt. Generell ist zu beobachten, dass sich der Anstieg der Verschuldung nach Ausbruch der Krise nicht in Kapitalinvestitionen niederschlug, stattdessen u.a. ein historisch hoher Anteil von Aktienrückkäufen durch die Unternehmen zu beobachten war. In den OECD-Ländern lag die durchschnittliche Verschuldung nicht-finanzieller Unternehmen 2015 bei 136 % des BIP, blieb in der Nachkrisenperiode somit persistent hoch und lag weit über den langjährigen Verschuldungsquoten vor 2008. Die durchschnittlichen Verschuldungsquoten der nicht-finanziellen Unternehmen in den OECD-Ländern lagen zwischen 73 % in Griechenland und 220 % in Irland; in Deutschland (94 %), Österreich (111 %), Italien (117 %) oder den USA (120 %) beispielsweise unterhalb des OECD-Durch-

schnitts, in Kanada (163 %), Frankreich (168 %), Portugal (182%) oder Belgien (209 %) deutlich darüber. In einigen OECD-Ländern steckt ein nicht unbedeutender Teil des Bruttoanlagevermögens in sogenannten Zombiefirmen, Firmen, die zehn Jahre oder länger existieren und in zumindest drei aufeinanderfolgenden Jahren ihre Zinszahlungen für Kredite nicht aus dem operativen Geschäft decken konnten. 2013 lag der Anteil des Bruttoanlagevermögens, der in Zombiefirmen gebunden war, beispielsweise in Griechenland bei 28,2 %. In Italien (19,2 %), Spanien (15,5 %), Deutschland (12,1 %), Österreich (9,1 %) und Frankreich (6,0 %) waren die Anteile geringer. Gegenüber 2007 stieg der Anteil des Bruttoanlagevermögens italienischen Zombiefirmen um 11,4 Prozentpunkte und betraf 5,8 % der Unternehmen bzw. 10,1 % der Beschäftigten. Auch in Spanien stieg der Anteil des Bruttoanlagevermögens in Zombiefirmen (+ 7,9 Prozentpunkte), betroffen waren 10,3 % der Unternehmen und 11,9 % der Beschäftigten.

Höhere Eigenkapitalquoten und stärkere Regulierung senkten die Kreditvergabe des Bankensektors v.a. an Risikoschuldner. Dies hatte eine Verschiebung zu alternativen Finanzierungswegen und eine steigende Bedeutung finanzieller Unternehmen aus dem Nichtbankenbereich zur Folge. In den letzten Jahren kam es zu einem deutlichen Anstieg von Anleiheemissionen (darunter auch ein steigender Anteil internationaler Emissionen) sowie zu vermehrter Zeichnung von Anleihen in ausländischer Währung, die den Schuldner Wechselkurschwankungen aussetzen können. Gegenwärtig besonders anfällig für Wechselkurschwankungen sind beispielsweise Brasilien oder Russland, da hier eine große Lücke zwischen Finanzierungskosten und Einnahmen in der jeweiligen Währung besteht. Es ist auch eine substantielle Verschlechterung der Kreditqualität zu beobachten, v.a. breiten sich Wertpapiere aus, die Hochrisikoschulden versichern (z.B. Non-Investment-Grade-Anleihen).

In den Schwellenländern stieg die Verschuldung seit der Krise stark an. Diese Entwicklung war hauptsächlich durch China getrieben: hier stieg die Verschuldung der nicht-finanziellen Unternehmen (teilweise auch verstaatlichter Unternehmen) von 100 % des BIP 2008 auf 170 % des BIP Anfang 2016. Die Verschuldung in den Schwellenländern

fällt mit einer Periode zusammen, die durch expansive Geldpolitik in den entwickelten Ökonomien, eine Vertiefung internationaler Kreditmärkte und höhere Risikobereitschaft und geringere Risikoaufschläge geprägt ist.

Die Aktienkurse sind in den wesentlichen Ökonomien stark gestiegen und die Kursgewinnverhältnisse übersteigen in der Eurozone und den USA historische Durschnitte – die OECD sieht Anzeichen einer Überbewertung. Ende Jänner lag der S&P500-Index um rund 80 % über dem Wert von 2007. Seit Jahresbeginn nimmt zudem die Volatilität auf den Aktienmärkten zu, Kurseinbrüche und negative Folgen für die Realwirtschaft werden bereits in Betracht gezogen. Auch die Immobilienpreise ziehen stark an. Seit ihrem Tiefstand 2011 stiegen beispielsweise die Immobilienpreise in den USA wieder beträchtlich an und haben sich gegenüber dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt (S&P/Case-Shiller-Index). Starke Risikobereitschaft ist auch auf dem Unternehmensanleihenmarkt in der Eurozone und den USA beobachtbar.

Was nun?

Ökonomisch lechzt der immanente Verwertungszwang des Kapitals nach Wachstum und Kapitalakkumulation, v.a. aber nach einem neuen Innovationszyklus, der beharrlich auf sich warten lässt. In den kapitalistischen Zentren scheinen gegenwärtig Exportorientierung (*beggar thy neighbour*) und Inwertsetzung nichtkapitalistischer Milieus auf der einen und Verschuldung auf der anderen Seite die einzigen Wachstumsmotoren zu sein. Ökologisch droht der Kapitalismus die Natur und mit ihr die Lebensgrundlage der Menschheit zu zerstören.

Verteilungsfragen – die Verteilung von Einkommen und Vermögen, das Eigentum an den Produktionsmitteln, die Verteilung von Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene oder die globale Verteilung von Lebenschancen – stehen auf der Tagesordnung. Verteilungsfragen, die zum Teil auch innerhalb des Kapitalismus behandelt werden können und, müssen, aber zum Teil, die Grenzen des Systems auch deutlich überschreiten und nach einer Alternative schreien. Verteilungsfragen, die nicht nur zwischen den Klassen sondern auch zwi-

schen Regionen verlaufen – am deutlichsten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden. Verteilungsfragen, die selbst zwischen Generationen verlaufen, werden die ökologischen Folgewirkungen unserer imperialen Lebensweise berücksichtigt, die dazu führt, dass v.a. in den kapitalistischen Zentren ein Vielfaches der biologischen Kapazität (Ressourcen und Senken) der Erde überschritten wird. Die ökologische Frage darf aber nicht auf ein Umweltproblem reduziert werden, das auf eine reine Überschreitung der natürlichen Grenzen durch die menschliche Zivilisation zurückzuführen ist. Die Aneignung begrenzter natürlicher Rohstoffe muss den privaten Land- und Bodeneignern sowie Konzernen entzogen werden, die deren Abbau und Nutzung der imperialistischen Profitlogik unterordnen.

„Die Arbeit ist nicht die Quelle alles Reichtums. Die Natur ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit (...)“ (Marx, MEW 19: 15) Die Menschheit lebt ökologisch über ihren Verhältnissen, dies v.a. in den kapitalistischen Zentren und in ihnen auch weite Teile der Arbeiterklasse. Eine rein materielle oder quantitative Wachstumsorientierung bedroht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit ebenso wie eine Beschränkung auf die Verteilungsfrage in den kapitalistischen Zentren. Die ökologische Krise muss als globale und soziale Verteilungsfrage verstanden und vermittelt werden, darf daher nicht als Nebenwiderspruch nachrangig hinter die soziale Frage gestellt werden. Eine unendlich erweiterte Reproduktion der Gesellschaft ist ökologisch nicht tragfähig, sie ist es nicht im Kapitalismus, sie wird es auch im Sozialismus nicht sein. Schließlich wird es nicht genügen auf den Kommunismus, *„die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“* (Marx, MEW EB 1: 536) zu warten, um die ökologische Frage zu lösen.

Geschrieben im März 2018.

Literaturverzeichnis

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München

Ederer, Stefan (2018). Schwungvolle Konjunktur im 1. Halbjahr. WIFO-Monatsberichte 2/2018. S. 83 – 89

Eppel, Rainer/Leoni, Thomas/Mahringer, Helmut (2017). Österreich 2025 – Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich. WIFO

Marx, Karl (1981). Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: Marx Engels Werke. Ergänzungsband 1. Berlin

Marx, Karl (1982). Kritik des Gothaer Programmentwurfs. In: Marx Engels Werke. Bd. 19. Berlin

McGowan, Müge Adalet/Andrews, Dan/Millot, Valentine (2017). Insolvency Regimes, Zombie Firms and Capital Reallocation. OECD Economics Department Working Papers No. 1399.

OECD (2017). Economic Outlook. Volume 2017. Issue 2

OECD (2018). Going for Growth

Ederer, Stefan (2018). Prognose für 2018 und 2019. Österreichs Wirtschaft weiter auf Expansionskurs. WIFO-Konjunkturprognose März 2018

www.ec.europa.eu/eurostat/de/data/database

www.imf.org/en/Data

www.statistik.at

www.stats.oecd.org

Die Organisation der Dialektiker

Von Peter Ostertag und Dominik Maier

Marxismus-Leninismus und Philosophie

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung ist wesentlich auch *philosophische* Weltanschauung. Eine revolutionäre Bewegung, die die menschliche Gesellschaft im Weltmaßstab von Grund auf umgestalten will, muss sie auch von Grund auf zu verstehen versuchen.

Philosophie und Theorie allgemein sind für eine revolutionäre Bewegung natürlich nie reiner Selbstzweck, sondern an ihrer politischen Bedeutung orientiert. Um es mit dem klassischen Marx-Zitat zu formulieren: „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern.*“ (Marx, MEW 3: 7) So hat auch die Programmkommission der Partei der Arbeit als einzige Voraussetzung für Beiträge in der E&W festgehalten: „*Das geltende Kriterium lautet schlicht und einfach: Sämtliche Beiträge sollen für unsere politische Arbeit, unsere theoretische Debatte, unsere politische Theoriebildung fruchtbar sein können.*“ (Programmkommission der PdA 2014: 3)

Diese Parteilichkeit in der Beurteilung theoretischer Beiträge könnte man als unwissenschaftlich, subjektiv, pragmatistisch abtun – und tatsächlich wird bürgerliche Ideologie nicht müde, marxistischem Denken genau dies vorzuwerfen. Jedoch ist das falsch. Wahrheit und Nützlichkeit für historischen Fortschritt müssen als objektiv zusammenfallend gedacht werden: „*Was dem historischen Fortschritt in Richtung des marxistischen kategorischen Imperativs¹ dient, wird somit zum Relevanz- und Wahrheitskriterium philosophischer Spekulation.*“ (Klingensberger 2018: 51)

Die Parteilichkeit für den Kommunismus tritt eben *nicht* äußerlich an die Wahrheit heran, pickt sich willkürlich das zur eigenen Ideologie passende heraus und setzt ansonsten Scheuklappen auf. Sondern die

Parteilichkeit für den Kommunismus will die *ganze* Wahrheit, so wie umgekehrt die ganze Wahrheit die Parteilichkeit für den Kommunismus impliziert. Wahrheit und progressive Parteilichkeit sind *objektiv* aufs Engste miteinander verwoben. Dies aufzuzeigen, ist die Aufgabe jeglicher materialistischen Dialektik und jeglicher marxistischen Aufklärungsarbeit, zumal die Verkehrtheit der kapitalistischen Gesellschaft es nicht unmittelbar einsichtig werden lässt.

Der Entwicklungsstand marxistischer Philosophie

Man könnte meinen, die marxistisch-leninistische Philosophie würde im Wesentlichen fertig vorliegen und es ginge nur noch darum, sie anzuwenden und zu verwirklichen. Tatsächlich findet man in marxistischer Philosophie mehr Wahrheit und Klarheit, mehr Orientierung und Nützlichkeit als in nicht-marxistischer Philosophie. Trotzdem kann man der legitimen Auffassung sein, dass neben der Verbreitung marxistischer Philosophie auch ihre weitere Vertiefung eine notwendige Voraussetzung ist, um angesichts der immer komplexer werdenden Wirklichkeit ausreichend Ordnung ins menschliche Denken zu bringen, sodass der weltweite Sturz der kapitalistischen Herrschaft und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft möglich werden.

Der bedeutendste sich auf den Marxismus-Leninismus stützende Philosoph im deutschsprachigen Raum nach der Konterrevolution war Hans Heinz Holz. Seine Einschätzung über den Entwicklungsstand marxistischer Philosophie war, dass sie – zumindest im Vergleich dazu, was sie einmal werden soll, kann und muss – eigentlich erst in den Kinderschuhen steht: *„Marxismus als Theorie gibt es seit dem ‚Kapital‘, Marxismus als politische Theorie gibt es seit Lenin. Aber Marxismus als Philosophie, das hat Lenin selbst und Stalin noch gesagt und Gramsci immer wieder ausgesprochen: die philosophische Erarbeitung dieser Denkstrukturen, die fehlt noch. Das ist die Aufgabe unserer Generation, nachdem wir jetzt die Grundlage der Ökonomie haben. Da haben wir ein Fundament. Für die Frage der politischen Organisation von Strategie und Taktik können wir uns kein besseres Beispiel als Lenin denken, aber Marx/Engels wie Lenin haben immer darauf hingewiesen, wir brauchen dazu die Philosophie, und sie haben sie benutzt, aber sie haben sie nie aus-*

gebildet, nie entwickelt. Ich meine, das ist jetzt die philosophische Aufgabe von Marxisten.“ (Holz 2017: 109)

Vor dem Hintergrund einer solchen Einschätzung kann es unter bestimmten Bedingungen als sinnvoll erscheinen, eigene Organisationen zu schaffen, um dieser „philosophischen Aufgabe von Marxisten“ nachzukommen.

Schon Lenin wies darauf hin, dass es dabei vor allem auch um die Entwicklung dialektischen Denkens gehen müsse: Er wollte eine *„Gesellschaft materialistischer Freunde der Hegelschen Dialektik“*. (Lenin, LW 33: 220) Und Bertolt Brecht konzipierte Anfang der dreißiger Jahre die Gründung einer *„Organisation der Dialektiker“* (Brecht, BW 21: 526), die sich mit materialistischer Dialektik beschäftigen und *„eingreifendes Denken“* (Brecht, BW 21: 527) organisieren sollte. Es gehe um die *„Dialektisierung aller Kategorien des Denkens“*, weil man auf diese Weise von jedem Gebiet aus zur Revolution kommt, sofern *„die politische Komponente gezogen wird“*. (Brecht, BW 21: 572)

Aber auch in den letzten Jahren hat sich im deutschsprachigen Raum – ausgehend von Salzburg – eine Gruppe zusammengefunden, die sich die Weiterentwicklung der Dialektik auf Basis der marxistisch-leninistischen Klassiker zur Aufgabe gemacht hat: die Gesellschaft für dialektische Philosophie (GfdP), die sich im Anschluss an Brecht in ihrem statutarisch festgehaltenen Selbstverständnis auch auf die Formulierung *„Organisation der Dialektiker“* bezieht.

Die Gesellschaft für dialektische Philosophie

Die *„Gesellschaft für dialektische Philosophie“* wurde im Jahr 2012 von einigen StudentInnen und philosophisch Interessierten um Stefan Klingensberger in Salzburg gegründet. Damals hieß sie *„Salzburger Gesellschaft für dialektische Philosophie“*.

Man kann kaum behaupten, dass diese Initiative in der Luft lag – zumindest nicht wenn man einfach die Trends institutionalisierter Philosophie als Maßstab heranzieht. Weder in Österreich, noch weniger

in Salzburg spielte (und spielt bis heute) die dialektische Philosophie an Universitäten eine Rolle. Gerade an der Salzburger Universität ist die Philosophie sehr einseitig der dezidiert antidialektischen analytischen Philosophie der angelsächsischen Tradition verpflichtet. An anderen philosophischen Instituten in Österreich mag es zwar etwas mehr Aufgeschlossenheit geben, ein Schattendasein führt – vor allem materialistische – Dialektik aber dennoch. Diese Tatsache ist Ausdruck der Einbettung der Universitäten in den ideologischen Klassenkampf².

Der Verein „Gesellschaft für dialektische Philosophie“ ist immer noch ein österreichischer Verein mit Sitz in Salzburg. Allerdings haben sich die Schwerpunkte verschoben, nachdem in den ersten Jahren ein stetiges und durchaus rasches Wachstum zu verzeichnen war. Das Wort „Salzburger“ wurde aus dem Namen gestrichen und das Statut neu konzipiert, um im gesamten deutschsprachigen Raum aktiv werden zu können. Das organisatorische Zentrum des Vereins ist mittlerweile in Berlin. Und in der Mitgliederversammlung vom Februar 2017 übernahm der Holz-Schüler Andreas Hüllinghorst den Vorsitz von Stefan Klingersberger.

Die Zeitschrift „Aufhebung“ ist die zentrale Publikation der Gesellschaft, sie erscheint zweimal im Jahr. Im aktuellen Jahr 2018 sind es das insgesamt elfte und zwölfte Heft. Im Jahr 2011 wurde die Zeitschrift „Topos – Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie“ eingestellt. Sie war von Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo herausgegeben worden. Wir konnten viele ihrer Abonnenten für uns gewinnen: das Erbe dieser Zeitschrift anzutreten, die explizit „*Topologie der Welt*“ als „*System der Begriffe*“ (Topos 1993) erstellen wollte, bleibt angesichts ihres hohen Niveaus aber eine beständige Herausforderung.

Außer der Zeitschrift „Aufhebung“ veranstaltet der Verein üblicherweise eine Jahrestagung. Sie fanden bis jetzt in Salzburg, Wien und Berlin statt. Zudem gibt es Tagungsbände, verschiedene kleinere Veranstaltungen sowie Lesekreise.

Die Ausrichtung

Die Gesellschaft als „Organisation der Dialektiker“ vertritt die materialistische Dialektik, wie sie von Karl Marx konzipiert wurde: *„Die Gesellschaft für dialektische Philosophie hat die Aneignung, Weiterentwicklung und Vermittlung materialistischer Dialektik zum Ziel.“* (GfdP 2015) Eine Besonderheit der GfdP ist ihr starker Bezug auf den deutschen Philosophen Hans Heinz Holz (1927-2011), welcher gegenwärtig für die philosophische Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum eine bedeutende Rolle spielt und dessen System noch weiter diskutiert und ausgewertet werden muss: *„Die Gesellschaft hat die Aneignung und kritische Reflexion der Philosophie von Hans Heinz Holz zum Ziel.“* (GfdP 2015)

Die Dialektik dient Holz als übergreifender Zusammenhang, damit verknüpft er Erkenntnis, Natur und Geschichte, Politik und Revolution, aber auch Ästhetik und Ethik zu einem umfassenden begrifflichen „Gesamtzusammenhang“ (Engels). Auch philosophiehistorisch verbindet sich so das Denken der alten Griechen mit Leibniz, Hegel und Marx bis zu Philosophen der Gegenwart oder der chinesischen Philosophie.

Ein erst kürzlich erschienenenes Buch mit Interviews, die Arnold Schölzel und Johannes Oehme mit ihm geführt haben, bietet einen guten Überblick über die Figur Holz und sein Leben und Wirken: *„Die Sinnlichkeit der Vernunft – Letzte Gespräche“*, Verlag Das Neue Berlin. Es wurde mit Unterstützung der GfdP herausgegeben und kann über sie auch bezogen werden (über bestellung@dialektische-philosophie.org oder über den Buchhandel). Hans Heinz Holz erläutert hier die gesellschaftspolitischen Umstände seines Philosophierens.

Auch die Vorlesungen an der Universität Girona aus dem Jahr 2001, die 2015 unter dem Titel *„Freiheit und Vernunft“* publiziert wurden, bieten einen vergleichsweise knappen Einstieg. Weniger persönlich, mehr philosophisch als im Interview findet man in dieser intellektuellen Autobiographie die wesentlichen Problemgebiete und Positionen, die Holz Zeit seines Lebens beschäftigt haben.

Etwas umfangreicher und systematischer geht es in der dreibändigen „Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie“ zur Sache, die speziell für *kommunistische* Holz-Interessierte zu empfehlen ist.

Wer sich einen Vorgeschmack auf eine mögliche weitere Auseinandersetzung mit dem Denken von Hans Heinz Holz verschaffen möchte, kann dies – passend zum 200. Jubiläum des Begründers der wissenschaftlichen Weltanschauung – zum Beispiel mit seinem kurzen Aufsatz über Karl Marx mit dem Titel „Revolutionäre Dimension – Wissenschaft und Weltgeschichte“ tun. Er wurde 2008 in der jungen Welt veröffentlicht und ist auf der DKP-Infoseite news.dkp.de allgemein zugänglich. Durch eine einfache Google-Suche lassen sich auch viele weitere kleine Aufsätze von Holz entdecken.

Parteiperspektive

Im Herbst 2017 haben sich drei PdA-Genossen aus dem Vereinsvorstand der Gesellschaft für dialektische Philosophie zurückgezogen. Das Gute daran ist, dass sie dadurch wieder mehr Kraft für die Parteilarbeit zur Verfügung haben. Das war auch der wesentliche Beweggrund für diesen Schritt, und ohnehin ist die GfdP inzwischen auch ohne sie gut „überlebensfähig“ (was in den ersten paar Jahren noch nicht der Fall war). Aus Perspektive der Partei birgt der Rückzug auch einen Nachteil: Denn logischerweise ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die „Gesellschaft“ früher oder später in eine aus Sicht der Partei falsche Richtung entwickelt, desto höher, je weniger direkten Einfluss Parteimitglieder auf diese Organisation ausüben. Die drei kamen aber zum Schluss, dass der genannte Vorteil diesen Nachteil deutlich überwiegt. Denn die unmittelbare Parteilarbeit muss vorgehen. Gerade auch in der jetzigen Phase, in der es derartig viele und mitunter gravierende organisatorische und politische Schwächen der Partei zu bekämpfen und zu überwinden gilt.

Notwendig wird dadurch für die Partei jedenfalls, die GfdP nun verstärkt nicht nur solidarisch, sondern auch kritisch zu beobachten und zu begleiten. Insbesondere, da es seit kurzem auch in Österreich wieder eine Grundorganisation gibt, und zwar in Wien.

Nichtsdestotrotz möchten wir jenen GenossInnen, die sich näher für marxistische Philosophie interessieren, ein Abonnement der „Aufhebung“ unbedingt ans Herz legen. Unter allen philosophischen Periodika im deutschsprachigen Raum ist sie die einzige, die gegenwärtig zumindest ein relatives ideologisches Naheverhältnis zur Partei der Arbeit aufweist.

Bewertungsmaßstäbe

Einige der oben bereits angesprochenen Überlegungen von Brecht liefern gültige Maßstäbe zur kritischen Beurteilung des politischen Werts einer „Organisation der Dialektiker“. Sie können in den Notizen „Betreffend: Eine Organisation der Dialektiker“, „Grundlinie für eine Gesellschaft der Dialektiker“, „Ziele der Gesellschaft der Dialektiker“, „Satzungen (der G.M.F.H.D)“ sowie in einem Brief an Otto Neurath aus dem Jahr 1933 nachgelesen werden (diese Texte finden sich allesamt in Band 21 bzw. 28 der insgesamt 30-bändigen Großen kommentierten Berliner und Frankfurter Ausgabe).

Das allgemeinste und grundlegendste Kriterium ist, inwiefern „*eingreifendes Denken*“ gelehrt wird, „*welches zur Weltrevolution führt*“. (Brecht, BW 21: 528) Aufgabe von Dialektikern sei es daher, „*die verschiedenen Denkgebiete zu dialektisieren und die politische Komponente zu ziehen*“, weil das „*von jedem Gebiet aus [...] zur Revolution*“ führe. (Brecht, BW 21: 572) wie auch die GfdP in ihrem Statut festgehalten hat, dass die erforderliche Philosophie „*kollektiv*“ erarbeitet und bewusst organisiert werden müsse, fordert Brecht: „*Das methodische Denken von mehr als einem.*“ (Brecht, BW 21: 537) Zu welchen hervorragenden Leistungen kollektiv angegangene Philosophie und Wissenschaft imstande ist, beweisen zahlreiche Bücher aus den bisherigen sozialistischen Ländern, welche von Autorenkollektiven erarbeitet wurden.

In organisationspolitischer Hinsicht besteht das wesentliche Kriterium in der Frage, inwiefern folgende, wenn auch längerfristig angelegte, strategische Perspektive verfolgt wird: „*Die Organisation der Dialektiker erfolgt außerhalb der kommunistischen Arbeiterpartei und findet ihren Abschluss mit der organisatorischen Vereinigung mit dieser.*“ (Brecht, BW 21: 526)

Anmerkungen

1) Gemeint ist der kategorische Imperativ, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*“ (Marx, MEW 1: 385)

2) Näheres darüber findet sich in der Broschüre „Gemeinsam kämpfen“ des KSV Salzburg (2017): <http://www.rotes-salzburg.at/?p=861>

Literaturverzeichnis

Brecht, Bertolt (1992). Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Band 21: Schriften 1914-1933. Berlin/Frankfurt

GfdP (2015). Statut. Auf: http://www.dialektische-philosophie.org/?page_id=970. Aufgerufen: 20.5.2018

Holz, Hans Heinz (2018). Die Sinnlichkeit der Vernunft – Letzte Gespräche. Berlin

Klingensberger, Stefan (2018). Mal wieder Marx lesen!, In: Unipress der ÖH Salzburg, Heft 692.

Lenin, Wladimir (1922). Über den streitbaren Materialismus. In: LW Bd. 33. Berlin

Marx, Karl (1844). Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Einleitung. In: MEW Bd. 1. Berlin

Marx, Karl (1845). Thesen über Feuerbach. In: MEW Bd. 3. Berlin

Programmkommission der PdA (2014). Für eine lebendige Theorie-Praxis-Einheit! In: Einheit und Widerspruch, Heft 1.

Topos-Redaktion (1993). Editorial. In: Topos – Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 1.

Was werden die griechischen Kommunisten im Falle eines Krieges tun?

Von Nikos Mottas

Die jüngste Eskalation der türkischen Provokation im Rahmen der breiteren Verschärfung der innerimperialistischen Rivalitäten in der Region, gab rechten und faschistischen Kreisen einen Anlass ihre bekannten nationalistischen „Pollutionen“ zu bewerben. Unabtrennbarer Bestandteil der rechtsextremen, nationalistischen Propaganda war und ist die Haltung der KKE im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung Griechenlands mit der Türkei.

Indem sie wieder die unhistorische, zum Kotzen antikommunistische Theorie von der „*verräterischen*“ KKE aufwärmten, traten die verschiedenen Faschistengruppen – vom traurigen, unbeachteten Menschlein, das Streikzettel zerreißt und Frauen im Regionalrat von Attika angreift, bis hin zu den Verbrechern der nazistischen Goldenen Morgenröte – auf, um Lügen und Unverschämtheiten auszuposaunen.

„Im Falle eines Krieges mit einem anderen Land, hat die KKE ihre Mitglieder angewiesen, nicht zu kämpfen“, ist ein Text titulierte, den sie in den letzten Tagen auf mehreren rechtsextremen und anderen Webseiten veröffentlichten. Eine alte Technik für die Saat des „Maniadakis“ (ehem. griechischer Militär, Anm. d. Üb.), um das Schwarze umzufärben und die KKE mit Schmutzkübeln zu bewerben.

Was zeigt jedoch die Erbärmlichkeit der Leute von der Goldenen Morgenröte wirklich? Was werden die griechischen Kommunisten im Falle einer Einbeziehung Griechenlands in einen kriegerischen Konflikt mit einem anderen Land tun?

1. Die KKE und ihre Anhänger waren diejenigen, die ihr Blut gaben und den Widerstand der EAM während der deutschen Besatzung anführten. Der Volksbefreiungskampf der EAM-ELAS zeigte in der Praxis, was Kommunisten unter Patriotismus verstehen, indem sie ihre Besten in den Kampf schickten und einen hohen Blutzoll zahlten. Charakteristisch blieb das Beispiel der gefangenen und verbannten Kommunisten der faschistischen Diktatur Metaxas, die an die Front gehen wollten, was ihnen der Diktator verweigerte. In weiterer Folge übergab er sie den Besatzern, unter ihnen auch den Generalsekretär des ZK der Partei, Nikos Zachariadis, der nach Dachau geschickt wurde.

Wer war es also, der gegen die Eroberer während der Besetzung kämpfte? Die bürgerlichen Kräfte, die ins Ausland entwichen? Vielleicht die ideologischen und politischen Vorfahren der „Morgenrötler“, die Leute von den Sicherheitsbataillonen und die Kollaborateure, die sich als die besten Verbündeten der Nazis erwiesen? Das griechische Volk kennt die Antwort, und die Geschichte wird nicht umgeschrieben.

Wenn wir schon von der Besatzungszeit sprechen, lohnt es sich – diejenigen, die das vergessen haben – an den Eid der Widerstandskämpfer der ELAS und an den entsprechenden der Sicherheitsbataillone zu erinnern.

Der Eid der Kämpfer der ELAS (wie er im „Befreier“ veröffentlicht wurde, dem Organ der ZK der ELAS, am 27. April 1943):

„Ich schwöre beim griechischen Volk und bei meinem Gewissen, dass ich bis zum letzten Tropfen meines Blutes für die vollständige Befreiung Griechenlands vom fremden Joch kämpfen werde. Dass ich kämpfen werde für die Wahrung der Interessen des griechischen Volkes und die Wiederherstellung und Sicherung seiner Freiheiten und Hoheitsrechte. Zu diesem Zweck werde ich die Befehle der höheren Organe gewissenhaft und diszipliniert ausführen, und ich werde jede Tat vermeiden, die mich als Person und Kämpfer des werktätigen griechischen Volkes entehrt.“

Und auf der anderen Seite der Eid der Sicherheitsbataillone:

„Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich DEN BEFEHLEN

DES OBERSTEN FÜHRERS DER WEHRMACHT, ADOLF HITLER; absolut gehorchen werde. Ich werde treu die mir übertragenen Aufgaben ausführen, und ich werde den Befehlen der Oberen unbedingt gehorchen. Ich weiß sehr wohl, dass ich bei einem Verstoß gegen meine Verpflichtungen, die ich übernehme, NACH DEUTSCHEM MILITÄRRECHT bestraft werde.“

2. Bei der gestrigen, öffentlichen Versammlung der KKE in Thessaloniki gegen die imperialistischen Pläne der NATO und der EU und die Beteiligung Griechenlands an ihnen, sagte Dimitris Koutsoumbas unter anderem:

„Wir Kommunisten werden, wie immer in unserer hundertjährigen heldenhaften Geschichte, im Kampf für die Verteidigung unserer territorialen Integrität und unsere Hoheitsrechte in erster Reihe stehen. Damit jeder fremde Eindringling, wenn er es wagt, Griechenland anzugreifen, vernichtet wird. Gleichzeitig aber weisen wir darauf hin, dass wir keinerlei Vertrauen zur bürgerlichen Regierung haben, die den Krieg führen wird. Keine Toleranz gegenüber der herrschenden Klasse, die am Krieg zur Förderung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen teilnimmt, indem sie das Blut unseres Volkes vergießt. Unser Ziel ist es, sie mit unserem Kampf in den Mülleimer der Geschichte werfen, durch ihren Sturz, für den endgültigen Sieg des Volkes.“

In den oben genannten Worten des Generalsekretärs ist auf vollkommene klare Weise die leninistische Theorie über die Haltung der Kommunisten im Falle eines Krieges zusammengefasst. Kampf gegen jeden fremden Eindringling, aber auch Organisation des Kampfes gegen die lokalen Plutokraten und Henker des werktätigen Volkes. Die Kinder des griechischen Volkes haben keinen Grund zuzulassen, dass sie „Kanonenfutter“ für die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten werden, die den Reichtum des Werktätigen ausplündern – mögen sie sich „Griechen“ oder „Türken“ oder „Amerikaner“ nennen.

3. In Klassengesellschaften hat der Patriotismus einen Klasseninhalt. Das Griechenland der Großindustriellen und Großreeder ist nicht dasselbe, wie das Griechenland des Tagelöhners. Das Griechenland

Latsis (jeden „Latsis“, „Vardinoyannis“, „Niarchos“ etc.) ist nicht dasselbe wie das des Werftarbeiters, der mit zerschlagenen Arbeitnehmerrechten für ein Stück Brot kämpft.

Die Aufgabe der politischen Vorhut der Arbeiterklasse, ihrer Partei, unter den Bedingungen eines imperialistischen Krieges ist es, die Notwendigkeit der klassenorientierten Einheit der Werktätigen aufzuzeigen, des Bündnisses mit den Volksschichten, die internationale Dimension der Solidarität zwischen den Arbeiterklassen jeden Landes. Kurz gesagt, die Aufgabe der Kommunisten ist es, den Werktätigen, dem Volk zu zeigen, dass es mit keinem Imperialisten, weder einem fremden noch einem einheimischen, zusammengehen muss.

Als den „einzig befreienden Krieg“ bezeichnete W. Lenin den Kampf für die Umwandlung des Krieges in einen bewaffneten Klassenkampf, mit dem Ziel der sozialistischen Revolution. Diese Haltung, die die bürgerlichen Eliten und ihre faschistischen Lotsenfische als angeblich „verräterisch“ beschimpfen, – ist die echte patriotische Haltung jeden Arbeiters, jeden Mannes der Arbeit, des Tagelöhners, eines jeden jungen Menschen, der seine Heimat frei von den Fesseln der kapitalistischen Fäulnis und Ausbeutung haben will.

Um zum Schluss zu kommen: Die Kommunisten akzeptieren keinen „Unterricht in Patriotismus“ von ideologischen und politischen Nachkommen derjenigen, die das Land und das Volk in Tragödien geführt haben (s. kleinasiatischer Feldzug, Teilung Zyperns usw.). Die KKE war seit ihrer Gründung und bleibt in ihrem Werdegang bis heute, eine internationalistische Partei, und ist genau aus diesem Grund wirklich patriotisch. Nicht in dem Sinn, wie die verschiedenen Nacktschnecken der bürgerlichen Herrschaft „Patriotismus“ definieren, sondern mit der reinen Auffassung des Volkes, die jeder Mensch von seiner Heimat hat, der für bessere Tage kämpft.

So, wie es der Held Nikos Beloyannis mit Mut und Tapferkeit vor seinen Anklägern ausdrückte:

„(...) Der Patriotismus einer Partei oder sogar einer Person, zeigt sich, wenn die Unabhängigkeit, die Freiheit und Integrität unserer Heimat in Gefahr gerät. Dort ist der Prüfstein. Das ist das Kriterium für den Patriotismus einer Partei. Und wenn jemand nach diesem Kriterium die KKE beurteilen will, wird er sehen, dass sie keine verräterische Partei ist, sondern im Gegenteil, klar griechisch und patriotisch (...) Wir lieben Griechenland und sein Volk mehr als unsere Ankläger. Das haben wir bewiesen, als seine Freiheit, Unabhängigkeit und Integrität gefährdet war. Und genau dafür kämpfen wir, damit in unserem Land bessere Tage ohne Hunger und Krieg anbrechen. Dafür kämpfen wir und geben, wenn nötig, unser Leben hin. Ich glaube, dass, wenn ihr uns heute verurteilt, ihr den Kampf für den Frieden und Griechenland selbst verurteilt. Ich habe nichts anderes mehr hinzuzufügen.“

Lestempfehlung: Lenin über den Krieg und die Haltung der Kommunisten, Politbüro des ZK der KKE, KOMEP 2012, Heft 6

Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus dem Griechischen übertragen von Franz Holzer

Quelle: www.atexnos.gr

